

Belgien 30,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 800,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,50 fl., Norwegen 8,50 skr., Österreich 14,00 Sch., Portugal 200,00 Esc., Schweden 8,00 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Türkei 750 TL.

Donnerstag, 4. September 1986 - D ***

Heute in der WELT

China: Mehr Markt als Mao

Seit dem Tod Maos vor zehn Jahren hat China seinen Charakter geändert: Mehr Markt als Mao. Die Todesstunde des Titanen war das Fanal für den Wandel. Er vollzog sich in dramatischen, offenen Machtkämpfen, auf denen der Schatten des Staatsgründers von 1949 lag. Wer war Mao Zedong? Mit dieser Frage beschäftigt sich Herbert Kremp. Seite 3

Wie die Kohlmeise den Habicht täuscht

Wissenschaftler von der Universität Bochum fanden jetzt heraus: Das aufgeregte Geschrei der Singvögel beim Auftauchen eines Raubvogels ist lebensrettend. Die gejagte Kohlmeise zum Beispiel warnt ihre Artgenossen in einem Frequenzbereich, den ein Habicht nur so undeutlich wahrnimmt, daß er seine Beute nicht sicher orten kann. Seite 5

POLITIK

Biederkopf: Der Vorsitzende der CDU

Kurt Biederkopf, hat in einem Interview mit der WELT die Absichten des Asylrechts als verfassungsrechtlich umstritten bezeichnet, jedoch einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Der Frage, ob es eine Änderung des Grundgesetzes für nötig halte, bejahte Biederkopf mit dem Hinweis, daß er sich „noch keine abschließende Meinung gebildet“ habe. (S. 8)

Sowjetunion: Die Spitze des Staatskomitees für die Sicherheit

Die Spitze des Staatskomitees für die Sicherheit der Sowjetunion wurde neu besetzt. Neuer Chef: Wladimir Michailowitsch (54), der zuvor als Direktor eines Kernkraftwerkes arbeitete. Sein Vorgänger war nach Tschernobyl entlassen worden.

WIRTSCHAFT

Preisrückgang: Die Verbraucher können auch in den nächsten Monaten mit weiter nachgebenden Fleischpreisen rechnen. Das seit Monaten bestehende überdurchschnittlich große Angebot wird den Druck auf die Preise verstärken. Bei Rindfleisch etwa lag der Kilo-Preis für den Schwarzboden im August im Schnitt bei 15,50 gegenüber 16,01 und 16,36 DM in den beiden zurückliegenden Jahren. Schweinefleisch war erstmals seit fünf Jahren mit 6,90 DM pro Kilogramm wieder billiger als sieben DM.

Börse: Am Aktienmarkt gingen die Notierungen auf breiter Front zurück. Auch der Rentenmarkt tendierte leichter. WELT-Aktienindex 288,82 (291,79). BHF-Rentindex 107,781 (107,866). BHF-Performance-Index 107,392 (107,488). Dollar-Mittelkurs 2,0348 (2,0381) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,00 (407,20) Dollar.

KULTUR

Bienal: Für einen Höhepunkt im Programm der ersten Hälfte der Film-Festspiele in Venedig sorgte der Schauspieler Marcello Mastroianni. Er ist Titelheld in dem Film „Der Biennenzüchter“, den der griechische Regisseur Theo Angelopoulos in Szene setzte. Mastroianni spielt einen müden alten Mann, der seine Träume aufgegeben hat. (S. 21)

SPORT

Tennis: Steffi Graf steht im Halbfinale der Meisterschaften der USA in Flushing Meadows. Für ihren Sieg über Bonnie Gadusek (USA) benötigte sie erneut nur 47 Minuten. Morgen trifft sie auf Martina Navratilova, die erste der Welt rangiert. Boris Becker spielt im Viertelfinale gegen den Tschechoslowake Milan Strežber. (S. 19)

AUS ALLER WELT

Flugangst: Plötzlich auftretende Erkrankungen, das hat die Flugzeug-Katastrophe von Los Angeles gezeigt, können zu folgenschweren Zwischenfällen führen. Auch in der Bundesrepublik gibt es zahlreiche (ältere) Privatpiloten, die unfähig für unerwartete und plötzliche Erkrankungen sind. (S. 22)

Eisenbahnwagen: Amerikanische Millionäre haben ein neues exklusives Steckenpferd - den privaten Eisenbahnwagen. Im eigenen Salonwagen wie einst John Jacob Astor oder John Pierpont Morgan reisen sie zum reinen Vergnügen durchs Land, bewirten darin Geschäftsfreunde oder halten sogar Konferenzen ab. (S. 22)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 5

Leserbriefe und Personalien Seite 19

Fernsehen Seite 20

Wetter: Wechselnd wolzig Seite 22

Forscher: Der Wald stirbt, aber er stirbt langsamer

In den bayerischen Alpen und den Mittelgebirgen spitzt sich die Lage zu

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Waldschäden in der Bundesrepublik haben - möglicherweise klimabegünstigt - von 1984 bis 1985 im Durchschnitt aller Baumarten deutlich langsamer zugenommen als in den Jahren zuvor. Aber die Situation in den bereits stärker geschädigten Gebieten hat sich weiter verschlechtert. Das gilt vor allem für die bayerischen Alpen und die höheren Lagen der Mittelgebirge. Zu dieser Beurteilung gelangt der Forschungsbeirat „Waldschäden/Luftverunreinigungen“ in seinem zweiten Bericht, den das Bundeskabinett gestern verabschiedet hat.

Wie Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber anschließend erklärte, steht die Bundesregierung in diesem Bericht eine Bestätigung dafür, daß die von ihr seit Ende 1982 verstärkte Förderung der Waldschadenforschung und die Koordinierung der Förderung zwischen Bund und Ländern wesentlich zur weiteren Klärung dieser Schadensphänomene beigetragen haben. Allein das Bundesforschungsministerium unterstützt die entsprechenden Forschungen in diesem Jahr mit ca. 18 Millionen Mark, während 1982 erst 200 000 Mark zur Verfügung standen. Der Bericht bestätigt auch die von der Bundesregierung betriebene Politik der Verringerung der Emissionen von Luftschadstoffen. Die Wissenschaftler hätten festgestellt, daß Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Ozon entscheidende Ursachen für die Waldschäden seien. Deshalb sei die Verringerung der Schwefeldioxid-Emissionen notwendig.

Der Bericht macht im einzelnen deutlich, daß es „den“ Waldschaden oder „die“ Schadensursache nicht gibt. Vielmehr handelt es sich um eine komplexe Erscheinung, an der die Luftverunreinigung allerdings maßgeblichen Anteil hat. Alle weiteren zur Klärung der Waldkrankung herangezogenen Hypothesen konnten vom Forschungsbeirat nach sorgfältiger Prüfung entweder ausgeschlossen werden (was zum Beispiel für elektromagnetische Wellen, radioaktive Strahlen, Bleivergiftung oder Luftverschmutzung) oder aber durch nachprüfbar Ergebnisse nicht belegt werden (epidemieartige Krankheiten durch Viren, Mykoplasmen oder Rickettsienbefall). Der Beirat stellte jedoch mit Besorgnis fest, daß insbesondere in den Hauptschadensgebieten die natürliche Verjüngung der Wälder durch überhöhte Wildbestände sowie in den Alpen auch durch Waldweidebetrieb empfindlich gestört wird.

Aus Sicht des Beirates ist die Waldschadenforschung noch lange nicht abgeschlossen. Vielmehr bestehe ein großer Bedarf an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf mindestens sieben Gebieten. Zur Verstärkung der Forschungskapazität wird ein Ausbau der forstlichen Fakultäten und eine verbesserte Ausstattung der Institute, aber auch der Ausbau nichtuniversitärer Forschungsinstitute sowie die verstärkte Pflege des qualifizierten Nachwuchses empfohlen. Ernährungsstaatssekretär Georg Gallus kündigte gestern für November den Waldschadenbericht der Bundesregierung „mit sicherlich brisanten Zahlenmaterial“ an. Es gebe überhaupt keinen Grund zur Entwarnung.

Kanzler verärgert über Gutachten

Kernenergie-Ausstieg: Im Kabinett Kritik an Bangemann / Wallmann bestätigt Kurs

DW, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Art und Weise gerügt, in der das Bundeswirtschaftsministerium das Thema Kernkraftausstieg behandelt hat. In der gestrigen Kabinettsitzung zeigte sich Kohl insbesondere sehr ungehalten über die Auswahl der Institute, die für das Haus Bangemann in nur sechs Wochen ein Gutachten über die kurz- und langfristigen Wirkungen eines Verzehrs auf Kernenergie anfertigen sollten.

Martin Grüner (FDP), parlamentarischer Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, erläuterte in der gestrigen Kabinettsitzung, auf die Ausschreibung seines Hauses zum Thema Ausstieg aus der Kernenergie hätten sich nur zwei Institute beworben, nämlich das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und das Freiburger Öko-Institut.

In der Kabinettsitzung wurde kritisiert, daß der Tenor des Freiburger Gutachtens von vornherein zu erwarten gewesen wäre und daß auch beim RWI gewisse „Kohärenzen“ dominieren dürften. Bangemanns Aktion wurde auch als Einmischung in die Kompetenzen des Umweltministers und des Forschungsministers getadelt, die gerade in Fragen der Kernenergie „ihren Kopf hinhalten müßten“. Das Haus Bangemann habe ein derart sensibles Thema in einem „höchst eigenartigen Verfahren“ behandelt, wurde in der Kabinettsitzung angedeutet.

Das Bundeswirtschaftsministerium selbst sieht sich durch beide Gutachten in seiner Auffassung bestätigt, daß ein kurzfristiger Verzicht schwerwiegende ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgen haben würde. 37-De Experten hätten angesichts des engen Zeitrahmens nicht untersuchen können, welche Wirkungen sich ergäben, wenn sich andere Industrieländer einem Kernenergieverzicht der Bundesrepublik anschließen. Damit würde nämlich weltweit bei den fossilen Energieträgern ein Nachfrageschub mit entsprechenden Preiswirkungen ausgelöst. Bundes-

Palmes Nachfolger setzt neue Akzente

Regierungschef Carlsson kündigt unter anderem Steuerreform an / WELT-Interview

HERBERT KREMP, Stockholm

Der schwedische Regierungschef Ingvar Carlsson, der im März an die Stelle des amnestierten Ministerpräsidenten Olof Palme getreten ist, will neue Akzente in der Innen- und Außenpolitik seines Landes setzen. In einem Interview mit der WELT kündigte er eine Steuerreform an, die zu einer Verbesserung der realen Einkommenssituation in Schweden führen soll. Schweden gilt als eines der höchst besteuerten Länder der Welt. Darauf beruht der Wohlstand, der von den Vorgängern Carlssons ausgebaut wurde.

Schweden wird künftig auch die Verteidigungsausgaben zum Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in seinen Hoheitsgewässern erhöhen. Wörtlich sagte der Ministerpräsident: „Wir sind uns in Schweden ganz einig, daß wir eine starke Verteidigung benötigen.“ Er habe bei seiner Unterredung mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow die Operationen sowjetischer U-Boote in sein Land große Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Technologie unternommen, um die Kernkraft, die 45 Prozent der Elektrizität liefert, zu ersetzen. Da Solar-Energie aus klimatischen Gründen nicht ausreichend gewonnen werden kann und Schweden nur über wenig Kohle verfügt, müssen die Ressourcen Wasser, Wind, Torf und Holzsäballe herangezogen werden.

Nach Angaben Carlssons liegt die Arbeitslosenrate in Schweden erstaunlich niedrig, nämlich bei 2,3 Prozent. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Regierung die Jugend-Arbeitslosigkeit durch obligatorische Beschäftigung eingrenzt. Junge Menschen von 17 bis 20 Jahren, die nicht sofort Arbeit finden, müssen wenigstens vier Stunden am Tag im Dienst der Kommunen oder in privaten Unternehmen tätig sein. Erst dadurch gelangen sie in den Besitz von Arbeitslosengeld. Diese Methode verfolgt, wie Carlsson der WELT sagte, den Zweck, die jungen Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben zu bringen und zu halten.

Der Ministerpräsident zitierte den Optimismus der Polizei, daß der Mord seines am 26. Februar in Stockholm erschossenen Vorgängers Palme gefunden werden könne. Vom Zeitpunkt des Mordes an haben 200 Kriminalbeamte 400 000 Stunden lang gefahndet. Die Fahndung zielt jetzt in eine bestimmte Richtung: Nicht ein einzelner Mörder, sondern eine Gruppe sei für die Tat verantwortlich.

Inflationsangst läßt Goldkurs glänzen

cd./fu. Frankfurt/London

Inflationsängste in den USA jagten gestern die Edelmetallpreise hoch und sorgten für einen Kursenbruch am amerikanischen Aktien- und Rentenmarkt, der auch auf die deutsche Börse abfärbte. Der Preis für die Feinunze Gold durchbrach erstmals seit März 1984 die psychologisch wichtige Marke von 400 Dollar und kletterte von 393,26 Dollar beim zweiten Londoner Dienstagsschluß in Fernost bis auf 411 Dollar, bevor er zum gestrigen Nachmittagschluß in London auf 405 Dollar zurückging. Zinder für den Goldmarkt war die Preisexplosion bei Platin von 544 Dollar je Unze Ende letzter Woche auf gestern 680 Dollar in der Spitze, die von der Furcht eines südafrikanischen Platin-Exportstopps als Antwort auf Sanktionen genährt wurde.

Auslöser der Inflationsängste in den USA war das unerwartete 2,2-prozentige Auftragsplus der amerikanischen Industrie im Juli, das stärkste seit Ende 1984. Obwohl Experten unter Hinweis auf den hohen Anteil von Rüftungsaufträgen vor einer konjunkturellen Überschätzung des Auftragswachstums warnten, geisterte durch die zuvor noch von einer sich verstärkenden Wirtschaftslaute überzeugten Märkte gestern der Gedanke an eine Konjunkturbeubung. Damit wurden manche Hoffnungen auf eine vom Markt zum Teil schon eskompierte weitere Diskontenkung von der Furcht vor einem Wiederanstieg der Zinsen abgelöst. Davon profitierte der Dollar mit einer leichten Befestigung.

Am US-Rentenmarkt gab es daraufhin einen Kurssturz. Die Rendite der als Marktindikator geltenden 30jährigen Regierungsanleihe kletterte von 7,20 auf 7,33 Prozent. Der Zinsanstieg setzte sich gestern bei New Yorker Geschäftsbörsen fort. Für die Aktienbörse war dies das Signal für umfangreiche Abgaben, die den Dow Jones Index, das populäre Kursbarometer, um 27,98 Punkte auf 1870,36 drückten. Etwas schwächer tendierte vor diesem Hintergrund gestern auch die deutsche Börse, an der sich allerdings schon am Dienstag eine Reaktion auf die vorangegangenen Kurssteigerungen abgezeichnet hatte.

In Bankkreisen warnt man vor einer Überbewertung der hektischen Preisveränderungen an den Märkten und ihrer Ursachen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß einzelne Monatskonjunkturdaten in den USA schon häufig falsch interpretiert worden sind. Als spekulativ völlig überzogen wird vor allem die Hausse der Edelmetalle bezeichnet. Man rechnet zwar mit einer Korrektur von Übersteigerungen; doch wird ein zunehmendes Interesse für Gold beobachtet, seit die amerikanischen Zinsen nicht mehr wie in der Hochzinsperiode von der zinslosen Goldanlage abschrecken. Dabei spielt auch die Erwartung eine Rolle, daß die US-Inflation wieder ansteigt, sobald der Ölpreiseffekt verbraucht ist und die Dollarabwertung auf die Importpreise durchschlägt.

Es rauscht

PETER GILLIES

Fast hatten wir ihn schon vergessen, den schlechten deutschen Wald. Die „Havarie“ in einem sowjetischen Kernkraftwerk saugte das öffentliche Interesse so vollständig auf, daß die Umweltschützer Überblick und Augenmaß verloren. Sie sind so stark auf das „Anti-Atom“ fixiert, daß sie bei einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie sogar noch höhere Umweltschäden in Kauf zu nehmen bereit sind. Mit dieser Art von Umweltpolitik legte man endgültig die Axt an den Wald.

Die Mahnung kommt deshalb zur rechten Zeit: Der Wald ist weiter schwer krank, in manchen Regionen nehmen die Schäden sogar zu. Gewaltige Anstrengungen sind nötig, um das gestörte ökologische System wieder zu stabilisieren. Illusionslos sei festgestellt, daß die Forschung, will sie seriös bleiben, einräumen muß, daß sie über die Ursachen weiter im Dunkeln tappt. Einen belegbaren Zusammenhang zwischen bestimmten Umweltschäden und Pflanzenkrankheiten gibt es nicht. Man pfeift im deutschen Wald, um sich Mut zu machen.

Luftverunreinigung sei die Hauptursache des Waldsterbens, behaupten uns die Forscher. Aber selbst dabei sind sie so sicher nicht, denn auch der Wildbestand, das Klima und andere Faktoren beeinflussen die Entwicklung. Gleichwohl habe der Wald „gute Chancen“, so heißt es regierungseitig, wenn die Schadstoffe weiter konsequent verringert würden. Eine Information steuert gestern eine große Ölgesellschaft bei: 80 Prozent der Ölleitungen bei uns sind veraltet - allein hier schlummert ein gewaltiges Potential für aktiven Umweltschutz.

Und selbst wenn es der Bundesrepublik Deutschland gelänge, die Schadstoffemissionen auf den absoluten Nullpunkt zu drücken, hätte sie nur die Hälfte ihrer Belastung ausgeschaltet, denn die andere Hälfte weht (oder schwimmt) über die Grenzen zu uns herein. Die Herausforderung lautet, den Wald mit technischer und politischer Phantasie, mit internationaler Kooperation und Augenmaß zu sanieren. Eine Methode jedenfalls schlägt nicht an: Hysterie.

Washington hält sich im Fall Daniloff deutlich zurück

Reagan-Administration will Gipfeltreffen nicht gefährden

with. Washington

Trotz spürbarer Verärgerung und Betroffenheit bemüht sich die Reagan-Administration in der „Affäre Daniloff“ sichtlich um Zurückhaltung. Man möchte nichts unternehmen, was den Gipfel zwischen Reagan und Gorbatschow gefährden könnte. Washington hat bisher keinerlei konkrete Gegenmaßnahmen angedroht und es offen gelassen, ob man sich auf einen Tauschhandel mit dem in New York auf Spionageverdacht verhafteten sowjetischen UNO-Angestellten Sachcharow einläßt. Es gibt jedoch starke Kräfte, die von einem derartigen Tausch abraten, weil es die Sowjets veranlassen könnte, künftig jede Verhaftung eines sowjetischen Spions in den USA in der Art der „Daniloff-Affäre“ zu bezeugen.

Nicholas Daniloff ist amerikanischer Korrespondent in Moskau, der vom KGB in Moskau angeblich auf frischer Tat ergriffen wurde, als er ein Paket mit „Geheimpapieren“ in Empfang nahm. Daniloff glaubte, es handle sich in diesem Paket um Zeitungsausschnitte.

Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte gestern, daß die Fälle Sachcharow und Daniloff „in ihrer Natur völlig unterschiedlich“ seien. Es war die einzige indirekte Andeutung von offizieller Seite, daß man sich auf einen Austausch wahrscheinlich nicht einlassen werde. Verteidigungsminister Weinberger sprach von einer „bedauerlichen Situation“, und Vizepräsident Bush warnte: „Wenn die Sowjets darauf bestehen, diesen Weg einzuschlagen, macht es die Chancen zu besseren Beziehungen schwieriger.“

Sehr viel deutlicher äußerte sich der einflussreiche republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, Richard Lugar: „Ich halte dies im Hinblick auf den Gipfel und das Treffen der beiden Außenminister für eine sehr ernste Angelegenheit. Man kann diese Dinge nicht isoliert sehen. Es führt zu der grundsätzlichen Frage, ob die Sowjets wirklich ernsthaft einen Gipfel vorbereiten. Kann man den Fall Daniloff mit vollem Gerichtsverfahren in Szene setzen und zugleich substantielle Fortschritte in den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen erwarten?“

„Asyl-Bedenken sind Zweckklüge“

DW, Düsseldorf

Als zutiefst unemenschlich hat das DGB-Vorstandsmitglied Ilse Bruns die Asylpolitik der Bundesregierung bezeichnet. Mit der „Zweckklüge“, die Versorgung von Asylanten sei gefährdet, widerspräche sie „zum ersten Mal ihren eigenen Erfolgsmeldungen über das Wirtschaftswachstum“. Gerede vom massenhaften Mißbrauch des Asylrechts sei „nichts anderes als Wahlkampfpolitik“. Statt „unqualifiziert herumzupoltern“, solle er „solches Datenmaterial“ vorlegen.

Umsiedlung soll Widerstand in Afghanistan brechen

Operationsgebiet der Mudschahedin wird entvölkert

DW, Kabul/Bonn

Die afghanische Regierung will im Osten des Landes eine großangelegte Umsiedlungsaktion durchführen. Offensichtlich hofft die Regierung im Kampf gegen die Rebellen, die im Grenzgebiet zu Pakistan operieren, damit einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Nach offiziellen Angaben soll die Umsiedlung die dortige Wirtschaftsstruktur verbessern und freiwillig sein.

Aus den Ostprovinzen Kunar, Laghman und Pakia sollen bis zu 300 000 Menschen in die dünnbesiedelten Gebiete an der Grenze zu Iran umziehen. In den bergigen Ostprovinzen finden immer wieder Gefechte mit den gegen die kommunistische Regierung kämpfenden Mudschahedin statt.

Sie sichern aus dem benachbarten Pakistan ein, wo sie ihre Lager haben. Die sowjetischen und afghanischen Truppen versuchen seit Jahren vergeblich, das Einsickern von Nachschub und weiteren Widerstandskämpfern zu verhindern. In den Provinzen Helmand und Nimroz sollen im jetzt angelaufenen Fünf-Jahr-Plan rund 18 000 Hektar Land urbar gemacht werden. Dieses Neuland bietet Platz für rund 15 000 Familien. Eine Familie umfaßt in Afghanistan durchschnittlich sechs Personen. Im nächsten Fünf-Jahr-Plan solle dann noch einmal genausoviel Platz geschaffen werden. Insgesamt wären rund 300 000 Personen betroffen.

Die Umsiedlungsabsichten gehören offensichtlich zu den Bemühungen des neuen Parteichefs Nadschib, sich die Unterstützung größerer Bevölkerungsteile zu sichern - ein weiterer Versuch, die Basis der kommunistischen Regierung in der strenggläubigen islamischen Bevölkerung zu verbreitern.

Die afghanische Regierung folgt mit ihrem Umsiedlungsprogramm dem Vorbild der moskauorientierten Regierung in Äthiopien. Dort wurde Mitte 1985 der Versuch unternommen, 1,5 Millionen Menschen aus der Bürgerkriegs-Region Eritrea in die Südwestprovinzen zu deportieren. Ziel war auch hier, den Nachschub für die Rebellen zu unterbinden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sechswochen-Schnellschuß

Von Arnulf Gosch

Das vom Bundeskanzler scharf gerügte Bundeswirtschaftsministerium hat sicher mit Genugtuung und Erleichterung zur Kenntnis genommen, was Professor Hans Karl Schneider den Kernenergie-Aussteigern gestern ins Stammbuch schrieb. Nicht, daß der Wirtschaftsweisen und Obergutachter aus Essen vor der Presse in Bonn von seiner Expertise komplett abgerückt wäre. Jedoch relativierte er, was die Bangemann in den letzten Tagen reichlich bekommen gemacht hatte, nämlich die Kernthese des Gutachters: daß ein Kraftausstieg zwar nicht ohne negative Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung bliebe, jedoch nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führen, ja nicht einmal ein begrenztes Wachstum ausschließen würde.

Da schien guter Rat teuer. Wie wollte man unter diesen Umständen den Wählervolk noch klarmachen, daß ein Festhalten an der Kernenergie unverzichtbar sei? Die Geister, die Bangemann rief, wurde er nun nicht los. Und die Reaktion bei Kanzler und Kabinettskollegen war sicher nicht angenehm.

Da kam nun Hans Karl Schneider als rettender Engel und beseitigte alle Zweifel, ob er als Hans Karl Schneider und als Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung per Saldo für einen Ausstieg plädiert. Die Antwort kam gewunden, aber die Botschaft war klar: Nein!

Zwar ließ der Gutachter die Frager wissen, daß Schlussfolgerungen aus der Expertise von anderen gezogen werden müßten. Zwar wies er darauf hin, daß das Gutachten „keine Gesamtevaluierung der Kernenergie“ sei. Doch gleichzeitig formulierte Schneider so viele Bedenken und wies auf so viele mögliche makroökonomische Auswirkungen hin, daß Zweifel an dem, was er tatsächlich meint, nicht mehr angebracht sind, zumal da - Originalton - „die Sicherheit unserer Kernkraftwerke keinen Zweifel zuläßt“.

Die Diskussion um die Kernenergie ist um einen sehr farbigen Beitrag bereichert worden. Dazu gehört, daß das RWI-Gutachten über diese Jahrhundertfrage in ganzen sechs Wochen erstellt wurde. Da gibt es nachher viel Raum zur Relativierung.

Wer langsam geht

Von Uwe Bahnsen

Kriminalität kann man auf mancherlei Art senken. Man kann, wie die Hamburger Justizbehörde dies offensichtlich vorhat, auf dem Verfolgungswege Ermittlungsverfahren gegen jugendliche Täter massenhaft einstellen lassen. Man kann auch - ebenfalls in Hamburg - Ermittlungen so schleppend betreiben, daß die Straftatbestände verjähren.

Genau das geschieht offenbar in Sachen „Neue Heimat“. Im Mai hat der Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft seinen Abschlußbericht vorgelegt. Das Gremium war einstimmig zu der Auffassung gelangt, daß in diesem umfangreichen Konvolut zahlreiche Anhaltspunkte für versuchte oder vollendete Straftaten enthalten seien. Das Landesparlament hatte sich diese Auffassung einstimmig zu eigen gemacht. Als Schriftführer des Ausschusses hatte der CDU-Abgeordnete Karl-Heinz Ehlers (er Staatsanwaltschaft Ende Mai diesen Abschlußbericht mit dem Ersuchen zugeleitet, entsprechende Ermittlungsverfahren einzuleiten).

Was seither geschehen beziehungsweise nicht geschehen ist, setzt den Senat und die Justizbehörde dem schlimmen Verdacht aus, es werde die Staatsanwaltschaft bei ihrer Ermittlungstätigkeit mit dem Ziel behindert, nach und nach die Verjährung möglicher Straftatbestände zu erreichen. Noch immer ermittelt nur ein Staatsanwalt in diesem überaus umfangreichen Komplex. Ermittlungsverfahren etwa gegen Aufsichtsräte der „Neuen Heimat“ wurden bislang ebenso wenig wie gegen Geschäftsführer von Regionalgesellschaften eröffnet. Das Ermittlungsverfahren gegen den vom Dienst suspendierten Leiter des Amtes für Wohnungswesen in der Hamburger Baubehörde, der bekanntlich für die Rechtsaufsicht über den Konzern zuständig und verantwortlich war, soll inzwischen ebenfalls eingestellt worden sein, und bei Ermittlungen gegen ehemalige Geschäftsführer des Konzerns steht das, wie aus der Hamburger Justiz zu hören ist, in Kürze bevor.

Die Verjährungsfrist etwa bei Verdacht des Subventionsbetrugs beträgt fünf Jahre. Ruchbar geworden ist der Fall „Neue Heimat“ im Februar 1982. Es ist fatal für den Rechtsstaat, wenn er dem Kalender unterworfen wird.

Jubel, nicht Beifall

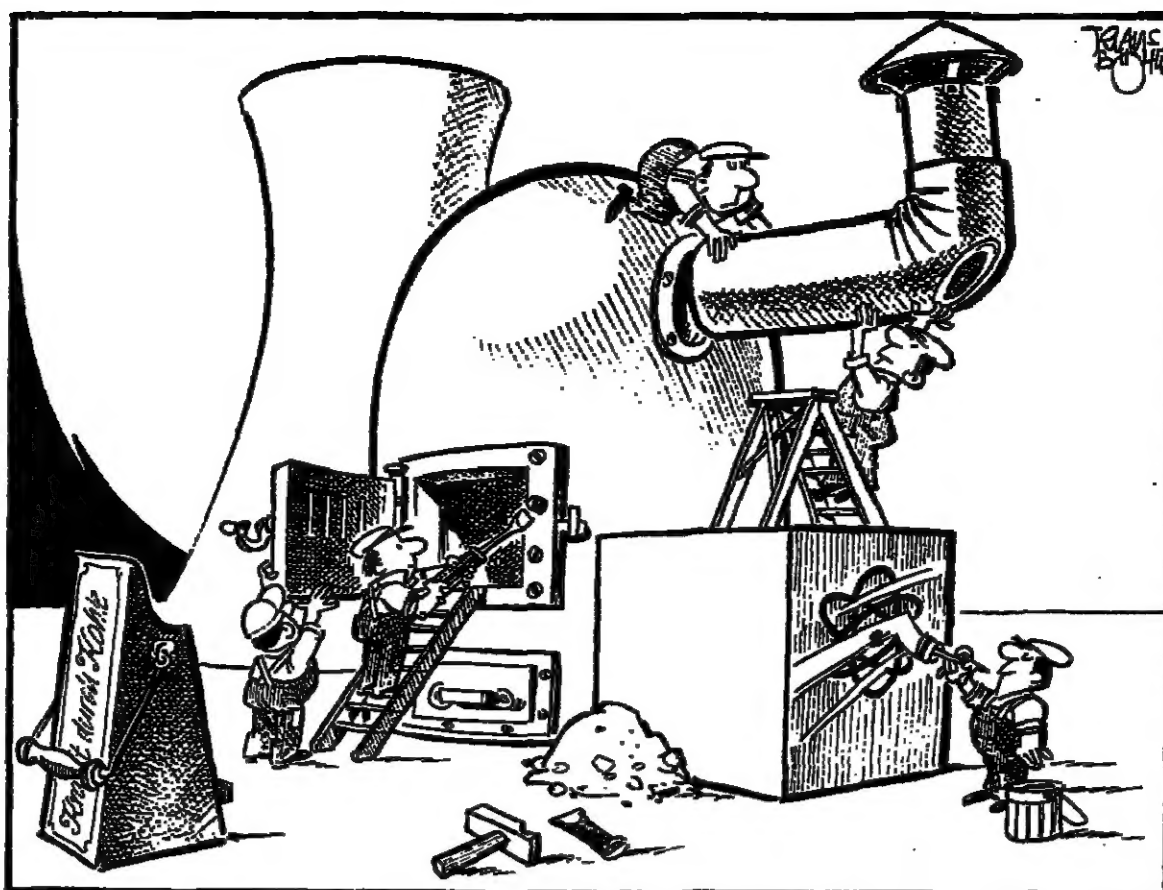
Von Enno v. Loewenstern

Nun sei „die Lüge vom Beifall wohl endgültig vom Tisch“, kommentierte die Vorstandssprecherin der bayerischen Grünen, Ulrike Windsparger, nachdem das Landgericht München eine einstweilige Verfügung gegen den Bundesjustizminister Engelhard erlassen hatte. Ihm ist es - einstweilen - verboten, fernerhin zu behaupten, in Hannover hätten die Grünen bei ihrer Bundesversammlung zu Pfingsten lautstark Beifall geklärt, als die Zahl der zur selben Zeit in Wackersdorf verletzten Polizeibeamten bekanntgegeben wurde. Die Grünen haben umso mehr Anlaß, sich zu freuen, als ein CSU- und ein SPD-Politiker entsprechende Behauptungen widerriefen, als sie mit Klagen der Grünen konfrontiert wurden.

So geht es Politikern, die ihre Hausaufgaben nicht machen. Denn vom Tisch ist gar nichts. Es ist nur so, daß die Grünen genau wie andere Systemveränderer gelernt haben, mit den Feinheiten des Systems zu operieren.

Die Wahrheit auf dem Tisch ist, daß die Deutsche Presseagentur (dpa) am Pfingstmontag meldete: „Als die Nachricht von 132 verletzten Polizisten aus Wackersdorf auf dem Parteitag durchsickerte, jubelten seine fundamentalistischen Parteifreunde an der Basis. Minister Fischer dagegen war verärgert und warnte davor, vor der Bundestagswahl in die Gewalttätigkeit zu laufen.“ Dazu berichtet der dpa-Chefredakteur: „Diesen Satz schrieb unser Korrespondent aufgrund eigener Beobachtungen über die Reaktion einer größeren Gruppe von Delegierten. Es wurde nie behauptet, daß es sich dabei um eine „Reaktion aus dem Plenum“ gehandelt habe.“

Die Grünen haben dpa wohlweislich nie verklagt. Sie verklagen wohlweislich nur diejenigen, die ihnen eine Handhabe liefern, indem sie den Sachverhalt in einem Detail unrichtig oder überzogen darstellen. Er ist schon erschütternd genug: eine „größere Gruppe“ von Grünen-Delegierten „jubelt“ über die Nachricht, daß 132 Menschen von Gewalttätern verletzt worden sind. Und der Grünen-Minister Fischer verweist ihnen das nicht etwa als eine verachtungswürdige Verbrechergesinnung, sondern mahnt sie nur, vor der Bundestagswahl keine taktischen Fehler zu machen.



Umrüstung

KLAUS BÖHLE

Der Fall Daniloff

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Verhaftung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff vom Magazin „US News and World Report“ durch das KGB sowie die Ankündigung, er werde wegen Spionage vor Gericht gestellt, ist in jeder Beziehung ungewöhnlich und läßt aufhorchen. Schon manchemal sind die Sowjets gegen unliebsame ausländische Zeitungsleute drastisch vorgegangen, mit Beschuldigungen, mit Anschlüssen, auch mit dem „Spionage“-Vorwurf. Neu allerdings ist das Einsperren eines akkreditierten ausländischen Korrespondenten. So etwas hat es weder unter Breschnew noch unter Chruschtschow, ja, nicht einmal unter Stalin gegeben. Es mutet einigermaßen ironisch an, daß eine solche KGB-Aktion gegen einen solchen amerikanischen Medien-Vertreter ausgerechnet während der Amtszeit eines sowjetischen Parteichefs erfolgt, der als erster die „Glasnost“-also die Öffentlichkeit und das Offenlegen - für sein Land und sein System verkündet hat.

Mit dem Spionagevorwurf gegen Daniloff braucht man sich kaum lange auseinanderzusetzen. Daß dem Amerikaner, der ohnehin seine Moskauer Tätigkeit beenden und ausreisen wollte, eine Falle gestellt wurde, ist nicht zu bezweifeln. Die Übergabe „kompromittierender“ Papiere an eine Person und die anschließende Verhaftung durch die bereits in den Büschen liegenden KGB-Agenten: Das ist ein altbekannter Trick, und nicht einmal besonders originell. Vielleicht war Daniloff an Untergrund-Literatur oder an politischen Analysen aus Disidentenkreisen interessiert, sicher aber nicht an irgendwelchen militärischen Geheimdokumenten. Dennoch mag er in der Vorstellungswelt sowjetischer Geheimpolizisten besonders „geeignet“ sein, um als Tauschobjekt im Falle des wegen wirklicher Spionage verhafteten sowjetischen UNO-Beamten Sacharow zu dienen. Aber selbst wenn man davon ausgeht, daß den Sowjets ungeheuer viel daran gelegen ist, ihren in New York festgenommenen Mann zurückzubekommen - die Verhaftung eines prominenten amerikanischen Journalisten in dieser Form und zu einer Zeit, da Gorbatschow sich offenbar intensiv auf seinen



Opfer eines Machtkampfes im Kreml? Daniloff

FOTO AP

nächsten Gipfel mit dem amerikanischen Präsidenten vorbereitet, paßt nicht in die Landschaft.

Gorbatschows neuer Berater in amerikanischen Fragen, der langjährige sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, hat genug Erfahrung mit Amerika und amerikanischen Medien, um seinem obersten Chef erklären zu können, daß die öffentliche Meinung der USA mit solchen Methoden nicht zu gewinnen ist; daß damit viel mehr alle jene anti-sowjetischen Emotionen wiedergekocht werden, die Gorbatschow durch geschickte Propaganda und durch weltmännisches Auftreten überwinden wollte.

Die Vermutung liegt also nahe, daß es in der Sowjetunion Kräfte gibt, die dem sowjetischen Parteichef bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens mit Reagan einen Streich spielen, ihm den außenpolitischen Erfolg (den er dringend braucht) ruinieren wollen. Übrigens gibt es für solche Sabotageakte in der jüngeren sowjetischen Geschichte durchaus einige Beispiele. Als der damalige sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow sich 1964 auf eine Reise nach Bonn und damit auf eine neue Etappe der Deutschland-Politik vorbereitete, verübten sowjetische Agenten auf den deutschen Techniker Schwirkmann, der mit „unkonventionellen“ Methoden die Moskauer Botschaft der Bundesrepublik abhörscher machen wollte, ein Senig-

Wenn das KGB oder Teile desselben hier also ein Spiel unter Umgehung oder Brückierung des Generalsekretärs angesetzt haben sollte (ausgerechnet des Generalsekretärs, der mit dem KGB eng verbunden ist und mit Männern wie Aljew und Schewardnadse eine Art KGB-Fraktion in der sowjetischen Spitze anführt), wäre das ein weiteres Indiz dafür, daß Gorbatschows Stellung und Macht nicht so gefestigt sind, wie er uns glauben machen will. Und daß seine Reformversuche - er selbst sagte vor dem Fernsehen, er wolle sich nicht in neue Ausgaben treiben lassen; gemeint waren Rüstungsausgaben - gefährdet sind.

Womöglich wird gerade auf dem Rücken Daniloffs der exemplarische Streit um die Zukunft des Kommunismus ausgetragen.

IM GESPRÄCH L. Reidemeister

Ein „Fall“, ein Glücksfall

Von Heinrich König

Dreimal mußte er in diesem Sommer operiert werden. So wundert es niemanden, daß er seine kunstweltbekannte Vitalität als „etwas reduziert“ beschreibt. Denn Professor Leopold Reidemeister ist ein Mann von immerhin 86 Jahren.

Doch das alles hat ihn nicht abhalten können, selbst auf dem Krankenlager an der Vorbereitung der 5. Berliner „Orangerie“ mitzuwirken, zu der der deutsche Kunsthandel vom 11. bis zum 22. September in das Charlottenburger Schloß bittet. Seit 1982, dem stürmischen Start dieser jüngsten deutschen Kunstmesse, ist er dabei - als Mitglied des Künstlerischen Beirates und der Jury, kritisierend, korrigierend, applaudierend.

Hier nimmt er unverdrossen die Heftigkeit in Kauf, die ihn davon abhält, zu den Eröffnungsfeiern für das Waltraut-Richartz-Museum und Museum Ludwig nach Köln zu reisen (zu viele Menschen, zuviel Gerede, bei dem doch nichts herauskommt).

Dabei war er in Köln von 1945 bis 1957 Leiter der Städtischen Museen und zugleich des alten Waltraut-Richartz-Museums. Immerhin, eine kritische Inspektion des neuen Museumsbaus (für mich alles ein bißchen super) steht für die nächsten Monate „ganz sicher“ auf seinem Programm.

Der Mann, der so alt ist wie unser Jahrhundert, kann von sich sagen: „Ich bin seit 1918 im Berliner Kulturbereich tätig.“ Damals verdiente sich der aus Braunschweig gebürtige Student als Helfer in der Galerie von Diemen Unter den Linden sein erstes Geld. Wilhelm von Bode, der „Bismarck des Museumswesens“, war sein Großonkel, und dessen Einfluß zeichnete seinen Lebensweg vor. Doch es charakterisiert ihn, daß er nicht unter den Schutzschirm des übermächtigen Mannes kroch, sondern nach dem Studium 1924 in die Ostasiatische Kunstabteilung der Berliner Staatlichen Museen „emigrierte“, wie er es noch jetzt nennt. Seinen Aufstieg bis zum Direktor beendete der Krieg. Nach Berlin kehrte



Mit 86 im Unruhestand: Reidemeister

FOTO ULSTEIN

er erst 1957 zurück, als Generaldirektor der vierzehn ehemals Staatlichen Museen und gleichzeitig Chef der Nationalgalerie. 1964 wollte ihn sein neuer Dienstherr, die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, entgegen einer früheren Zusage des Kultusministers Tiburtius pensionieren. Reidemeister trat vorzeitig zurück, doch sein „Fall“, auf den Zeitungs-Titelzeilen erörtert, wurde zum Glücksfall für Berlin. Er begründet den Ruhestand als Unruhestand und wurde zum rastlosen Anreger, Förderer und schließlich Leiter des 1967 eröffneten „Brücke“-Museums. Schmidt-Rottluff und Heckel, die damals noch lebenden Mitglieder der Künstlergemeinschaft, halfen mit üppigen Sach- und Geldspenden.

Noch heute sitzt Reidemeister jeden Morgen um 9.00 Uhr an seinem Schreibtisch in dem schmucken Dittmann-Bau am Rande des Grunewaldes, mit höchst lebendigen Eichbörchen, Wildkainichen und sogar Pirolen vor den Fenstern. Sein Vertrag mit dem Berliner Senat verlängert sich automatisch alle zwei Jahre, und „es ist auch von keiner Seite an eine Änderung gedacht“, lacht er jugendlich-fröhlich. Mit 86...

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Vor allem die amerikanische Presse wird sich sehr mit dem Daniloff-Fall beschäftigen

The Washington Post

Wir müssen (der Sowjetunion) sagen, daß wir genau verstehen, was sie getan haben: daß sie ihre Verpfähungen verletzt haben und daß das Festhalten Daniloffs nicht ohne Folgen bleibt... Zwischen Santa Barbara und Washington schienen die öffentlichen und privaten Erklärungen mal anzudeuten, daß die Festnahme Daniloffs nicht den Umgang mit der Sowjetunion stören sollte, und ein andermal, daß wir seine sofortige Freilassung fordern, damit wieder normale Beziehungen gepflegt werden können. Wir hoffen sehr, daß diese zweite Lesart die richtige ist... Wir weisen auch auf die Gefahren all dieses losen Geredes innerhalb und außerhalb der Regierung über einen Austausch hin. Mag sein, daß dies letztlich der einzige Weg ist, Daniloff freizubekommen. Aber dann muß man auch sehen, daß dies einen Preis hat: Amerikanische Reporter werden zum Tauschobjekt für jede Regierung erklärt, die ihre gefaßten Spione zurückhaben will, ein Journalist als Spion gebrandmarkt, Daniloff mit einem sowjetischen Spionageagenten gleichgesetzt.

The New York Times

Vielleicht brauchte der KGB eine unschuldige Geisel, um die Freilassung eines sowjetischen Beamten der Vereinten Nationen zu erreichen, der unter dem Vorwurf festgenommen wurde, einen FBI-Informanten für

amerikanische Geheimnisse bezahlt zu haben. Wenn der KGB auf eigene Faust gegen Daniloff gehandelt hat, verrät dies eine alarmierende Unabhängigkeit in einer Frage, die die Beziehungen mit den Amerikanern berührt. Wenn er die Billigung des Politbüros hatte, ist das nicht weniger alarmierend. Und wenn es nicht um einen Austausch gegen den UNO-Beamten geht, dann war die Festnahme Daniloffs vielleicht als eine interne Kampfansage an kürzlich sowjetische Bemühungen gedacht, die Kontakte mit den USA zu verbessern... Seit Stalins Tod 1953 ist das Opfer nicht mehr, selbst nicht vorübergehend, ins Gefängnis geworfen worden. Will Gorbatschow wirklich diesen Geist beschwören?

THE GUARDIAN

Jedem, der die Daniloff-Festnahme als Vergeltung für den Arrest eines angeblichen sowjetischen Spions in den USA sehen, könnten sicher recht haben. Es könnte aber auch sein, daß sich jemand im sowjetischen Geheimdienst KGB oder im Kreml über die Berichte von Daniloff geärgert hat.

Le Monde

Muß man glauben, daß die sowjetische Nummer eins, die einzige Dinge in ihrem Land in Bewegung bringen will, als Ausgleich dem KGB nichts abschlagen will, nicht einmal eine sehr heikle Initiative?

Junge Schläger und Diebe im hanseatischen „Erewhon“

Zweierlei Recht und die Verantwortung des Bürgers / Von Peter R. Hofstätter

Die eigentümlich zwiespältige Einstellung der Freien und Hansestadt Hamburg zum Recht kommt schon darin zum Ausdruck, daß es an ihrer Universität zwei Fachbereiche namens „Rechtswissenschaft 1“ und „Rechtswissenschaft 2“ mit den Ordnungsnummern 02 und 17 gibt, deren Mitglieder erst kürzlich das Ansinnen einer Zusammenlegung energisch zurückgewiesen haben.

Die Vertreter dieser beiden Rechtswissenschaften betrachten sie offensichtlich als unvereinbar. Dafür gibt es angesichts der weitgehenden Soziologisierung und Psychologisierung des Rechtes in Nummer 17 triftige Gründe, denn es geht hier um das Ausmaß, in dem man den Staatsbürger für fähig hält, sein eigenes Tun oder auch Nicht-Tun zu verantworten. Kann er das, dann ist er in einem Gemeinwesen wohl dazu auch verpflichtet. Wenn er dazu nicht fähig ist, verlagert sich die Verantwortung auf die Institutionen der Gemeinschaft, die ihn erziehen, pflegen und gegebenenfalls therapeutisch zu betreuen haben. In

Samuel Butlers utopischem Roman „Erewhon“ von 1872 - die Umkehrung des Wortes ergibt „Nowhere“, das heißt nirgendwo - werden daher Verbrecher mit der Rücksichtnahme behandelt, die sonst nur Kranken entgegengebracht wird.

Die Grundfrage nach der Reichweite der individuellen Verantwortung steht - meist unausgesprochen - zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Leitbild der Gesellschaft. Sie wird im Vorfeld der Wahlen in Hamburg am 9. November und zum Bundestag im Januar von der SPD möglichst nicht erörtert werden, aber es gibt die (geplante) Verfü-

gung der Hamburger Justizbehörde (Aktenzeichen 4213/1-6), mit der die Einstellung vom Ermittlungsverfahren im Bereich der Jugendkriminalität geregelt werden soll.

Ebenso wie in Nordrhein-Westfalen sollen auch hier Jugendliche und Heranwachsende (14 bis 21-jährige) bei einer Reihe von Delikten nicht mehr der Strafverfolgung unterliegen; darunter sind: vorsätzliche Kör-

perverletzung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (Rauschgift), Sachbeschädigungen, Automatenaufruf sowie Diebstahl und Unterschlagung bis zu einem Wert von 100 Mark.

Da die Häufigkeit gerade dieser Taten in Hamburg besonders deutlich ansteigt, könnte man das Ganze für einen Schildbürgerstreich halten: Indem man nicht ermittelt, gibt es die entsprechenden Straftaten in der Statistik nicht mehr - während de facto das Leben weniger sicher wird.

Zunächst aber wird der neue Justizsenator der Hansestadt den Entwurf gründlich und mindestens bis zum 9. November prüfen und davon wie von einem ganz unverbindlichen „Papier“ sprechen. Nach den Wahlen wird man ja sehen, ob sich die Grün-Alternativen durch die geplante Verfü-

gung zur Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung bewegen lassen, oder ob sie darüber hinaus auch eine Halbierung der Personalstärke bei der Polizei fordern.

Letzten Endes aber wird die Bundestagswahl am 25. Januar über das Recht des Bürgers und über dessen Pflicht zur Selbstverantwortung entscheiden. Müht man diese den „Heranwachsenden“ nicht mehr zu, die gleichwohl wahlberechtigten Bürger sind, dann lernen diese eben, daß entgegen einem alten Lehrsatz das Verbrechen sich doch auszahlt.

Die „Entkriminalisierung“ von Jugendlichen und Heranwachsenden, die der Justizbehörde vorschwebt, ist ein böses Schlagwort, das insgeheim den Gedanken enthält, es sei die Umkehrordnung der bürgerlichen Gesellschaft, in der es Wohlhabendere und Ärmere gibt, die Verbrechen entstehen läßt beziehungsweise diesen oder jenen in die Verbrechensrolle betzt, der er dann durch seine erste Verurteilung verhaftet bleibt. Im Sinne des von amerikanischen Kriminalsoziologen eine Zeitlang maßlos überstrapazierten „Labeling approach“, nach dem das ihm aufgedruckte Kennzeichen („Label“) das Wesen eines Menschen bestimmt, herrscht da-

bei der Vorstellung, „daß es sich bei der Identifikation eines Straftäters um einen Definitionsprozeß handelt und daß das Resultat dieses Prozesses ein Ausdruck der relativen sozialen Macht der Beteiligten ist“.

So gesehen, ist das Individuum ein unschuldiges Opfer der Gesellschaft beziehungsweise des Zufalls, der es von früh auf begünstigen oder benachteiligen kann. Diese sozialistische Idee zielt auf einen Staat der völligen Unfreiheit ab, der sich allerdings als Wohltäter aller und als Garant der Humanität aufspielen würde. Was von einem solchen Staat zu erwarten wäre, hat Goethe im Hinblick auf einige Gedanken Herders in einem Brief aus Neapel am 27. Mai 1787 festgehalten: „Auch muß ich selbst sagen, half ich es für wahr, daß die Humanität endlich siegen wird, nur fürcht ich, daß zu gleicher Zeit die Welt ein großes Hospital und einer des anderen humaner Krankenwärter sein werde.“ Bis auf gelegentliche Schläge und Diebstähle, versteht sich.

Mao ist in den Massen gestorben

Vor zehn Jahren starb Mao Zedong. Er verließ ein Land, das er verändert hatte und das sich nach seinem Tode wieder veränderte.

Von HERBERT KREMP

Wenn einer der bedeutendsten Männer Chinas die Zeit verläßt, erklingt aus den Sendern des Landes eine Musik, in der sich eine Endlichkeit klagend dehnt. Die Komposition enthält traditionelle chinesische und bei Mahler und Wagner aufgenommene europäische Elemente. Die Hoffnung des Requiem fehlt, die stundenlange Wiederholung der kurzen Weisse, das akustische Kreisrunden, erstickt jeden Funken Heroismus in würdevoller Trauer. Mao Zedong starb, nach offiziellen Angaben, am 9. September 00.10 Ortszeit.

Man benötigte Stunden, um gewisse Reichs-Oblichkeiten und Zeremonien zu ordnen, und schaltete dann erst die tausend Lautsprecher in den Gassen, Straßen und Plätzen der Städte und Dörfer an die rotierende Trauermusik. Sie war die Bestätigung lange anhaltender Gerüchte. Die Menschen weinten nicht so heftig wie ein dreiwertiger Premier Zhou Enlai. Sie erschauerten einfach, sie schienen beschwert von dem Gedanken, was nun in China folgen werde. Die Todesstunde des Himmels war das Fatale für den offenen Ausbruch des Machtkampfes in der Partei.

Hua empfahl sich als Nachfolger

Mit vier Schriftzeichen, die die stehende Mao Zedong auf ein Blatt Papier gemalt hatte, wies sich der amtierende Ministerpräsident und stellvertretende Parteivorsitzende Hua Guofeng im Politbüro als der auserwählte Nachfolger aus. „Wenn du die Sache in die Hand nimmst, bin ich beruhigt“, soll auf dem Zettel gestanden haben, den Hua auf den Tisch legte. Das war die ganze Legitimation, es gab kein schriftliches Testament, keine klare mündliche Verfügung. Wie ein zerbrochenes Mosaik fiel der Auftrag der Macht unter die zerstrittenen Seilschaften der kommunistischen Einheitspartei.

Es sollte bis zum Herbst 1978 dauern, bevor der entscheidende Mann in der Reserve, Deng Xiaoping, die Trümmer der Ära abgeräumt hatte.

und Chinas neues Grand Design entwerfen konnte. Zwei Jahre Chaos sind nach dem Tode eines Diktators eigentlich ein kurzer Schrecken, die Zeit der Wirren zieht sich oft länger hin.

Gegen den „Nachfolger“ Hua erhob sich Maos Frau Jiang Qing, die mit einer Gruppe getreuer Kulturrevolutionäre – man nannte sie später einfachheitshalber die Viererbande – das Erbe beanspruchte.

Hua brachte die Armeebefehlshaber und den Prätorianer-General Wang Dongxing, den Chef der Leibgarde Maos, hinter sich, mit den Schwankenden im Politbüro schloß er formell Kompromisse. Am 6. Oktober 1978, knapp einen Monat nach dem Todesfall, nahm Wang die Witwe und ihre schlecht organisierte Truppe fest.

Die Entmachteten wurden aus den Photographien der Beisetzungszereemonien auf dem riesigen Platz vor dem Kaiserpalast gelöscht. Ihnen galt von nun an der entfesselte Haß, der sich seit 1966, dem Beginn der Kulturrevolution, gegen Mao angesammelt hatte. Auf den Karikaturen, die überall erschienen, wurden die vier Funktionäre stellvertretend geteert, gefädelt und gerädelt.

Aus zehnjährigem Abstand betrachtet erscheint der Abgang Maos wie ein gewaltiges Gebirgsbeben, unter dessen Wucht sich das Profil der Landschaft veränderte. China hat sich von der kommunistischen Orthodoxie weiter entfernt als jedes vergleichbare Land. Leistung, Fachwissen, Konkurrenz, die Rückwandlung der Bauernkommunen in Familienbetriebe und das sprunghafte Wachstum der Industrie; die Konsum-Stimmung des Booms, Inflation, Handelsdefizit und Korruption: Die explosive Mischung der modernen Welt kennzeichnet seitdem das Leben des 5000 mal 5000 Kilometer großen Landes. Was wäre aus China, was wäre aus Amerika, Europa und Rußland geworden, hätte Mao Zedong nicht von 1949 bis 1978 genau das Gegenteil erzwungen: Hätte er nicht den Aschenregen der Gleichheit über das Reich der Begabungen gesenkt, hätte er die fünfzehnhundert Millionen Menschen, die sich unter seiner Herrschaft verdoppelten, nicht in die Fesseln der Isolation, des Personalenkultes, des zölibatären Willens, der ewigen Revolution geschlagen?

Ebenso mißglückt wie phantasierenreich ist diese Frage. Die Fliese der Politik hätten sich andere Wege gesucht, was bergab geht, wäre bergauf

gegangen. Aber das Wichtigste ist: Vor nur zehn Jahren hätte sich diese Frage in China niemand gestellt.

Aus vagen Zeichen mußte man damals lesen, daß sich ein großer Wandel anbahnte. Im März 1978 war der Machtkampf zwischen dem „Nachfolger“ Hua Guofeng, der sich als Sohn in der Dynastie des Volkskaisers darstellte, und dem Reformator Deng Xiaoping, der die Öffnung und Modernisierung des Landes anstrebte, noch nicht entschieden. Hua organisierte am Ende des V. Nationalkongresses, des ersten nach Mao und seiner Familie, eine große Demonstration mit Fahnenwäldern, groben Schirmmützen, Kesselpauken auf Eselskarren und langen Fransen an den Transparenten. Hatte er nicht, um die Konkurrenz der Neuerer zu bändigen, von der Wiederholung der Kulturrevolution – in gemessenen Abständen – gesprochen?

Zwei Bilder symbolisierten den Bruch der Zeit

Zehntausende füllten die Prachtstraße, die Mao durch Peking geschlagen hatte, aber eine für die Regie verheerende Spur des Unbeteiligten, der Mildekeit lag auf den Gesichtern. Nicht ein Bild, sondern zwei Bilder, das von Hua und von Mao, wurden über den Köpfen getragen, eine verwirrende Welt. Die Masse marschierte nicht, sie trotzte. Das war der Bruch der Zeit, in Szene gesetzt.

Am Rande dieser Klüft konnte man erkennen, daß Mao in den Massen gestorben war. Seitdem gelang es den Führern der Vergangenheit nicht mehr, einen Aufmarsch oder Aufruf zusammenzutrommeln.

Wer war Mao Zedong? Die Widersprüche seiner Person fügten sich zu einer der großen politischen Begabungen des 20. Jahrhunderts. Eine reiche, aber immer noch verwirrende biographische Literatur hat ihn mit Lenin, Stalin, Hitler, Churchill, de Gaulle, den anderen Tötern der Zeit, verglichen, aber die Parabeln hinken, denn die ganze Galerie der Mächtigen hat, mit der einen Ausnahme Hitlers, weniger gewollt und mehr erreicht als er.

Die Einigung Chinas, die Sicherung seiner Unabhängigkeit, seine Transformation in das Zeitalter der Gleichheit, das gesellschaftliche Experiment einer anhaltenden Revolution haben Abermillionen Menschen das Leben gekostet.

Mao neigte zum Soziocid, er betrieb die Ausrottung der Grundbesitzer-Schicht, die im alten China bestimmend war, er wandte sich dann gegen die gefestigten Strukturen und Bollwerke der von ihm geschaffenen Partei, sprengte sie von 1957 an in einem nicht enden wollenden Machtkampf auf und begründete jedes Chaos als ersten Schöpfungstag.

Kein Führer der Zeit hat sein Volk so tief unter seinen Willen gezwungen wie Mao Zedong. Pol Pot von Kambodscha und Kim Il Sung von Korea sind an ihm gemessene Epigonen.

Aus diesem Grunde wurde Mao nach seinem Tode einem fortwährenden Prozeß der Teilung unterworfen. 1979 sagte Deng, 70 Prozent an ihm seien schlecht, 30 Prozent seien gut gewesen. Zu jener Zeit teilte man auch die Geschichte seines Lebens auf in die Strecke bis 1957, die Periode der Revolution und Einigung, und in die Strecke bis zum Tod, die Periode der Exzesse.

Aus dem Widerspruch seiner Leistungen traten dann immer stärker die Züge des ziellosen Romantikers, des auf dem Pferderücken dichten Phantasten, des Sittler kauen den Exzentriker hervor, der für seine Vision die „Vernunft der Revolution“ auf Spiel setzte, für die Mondgeschichte eines Wahns die Existenz des Volkes.

Nun sagte man, er sei gar kein richtiger Marxist gewesen, sondern ein Nachfolger des Gründerkaisers Shi Huang li aus dem dritten Jahrhundert v. Chr., dessen babylonischer Bau am Ende einstürzte. Ein Anarchist also, im übrigen persönlich kalt, bindungslos und grausam wie alle marischen Idealisten – mehr als 70 Prozent schlecht und kaum 30 Prozent gut.

Ein Porträt erinnert an den Großen Steuermann

Welch eine Gestalt, wenn alles dies zuträfe. In Peking hängt nur noch ein Porträt Mao Zedongs zur Schau, über dem Eintritt in den Kaiserpalast, dem Tor des Himmelsfriedens. In der Distanz der Jahre erscheint Mao in der Tat immer mondgesichtiger, immer abstrakter, immer ferner, obwohl sein Ansehen unter diesen Eindruck nicht weiter leidet. Unerwartet paradox erscheinen, fast unvorstellbar, daß sich in den Augen der Chinesen das Bild des Revolutionärs und Partisanenführers, des Helden und des Staatsmanns, des Bewegers und



Restoration eines Bildes

FOTO: HERBERT KREMP

Großen Steuermanns langsam wieder festigt.

Persönlich ist man ihn los, unpersönlich kann man ihn würdigen, kann man sogar stolz auf ihn sein, kann man das Furchtbare an ihm übersehen, das man in Asien ohnehin schneller vergißt als auf dem Rest der Erde.

Hat der Soldat nicht gelehrt, wie der Schwächerer den Stärkeren besiegt? Hat er nicht den Imperialismus der Sowjetunion rechtzeitig durchschaut? Hat er nicht die Verbindung zu den USA hergestellt, als die Amerikaner für Vietnam eine Kompensation auf dem asiatischen Festland suchten? Wollte er nicht die kleinen Verhältnisse des Landes durch große Sprünge überwinden? Es gibt in China eine Erneuerung der Kritik, eine Neuordnung der Geschichte, eine Notiz derjenigen, die der Boom, die

Entfesselung der Individualität und des Gewinnstrebens gleicher machten als die Ungleichheiten.

Ein Zurück zu Mao jedoch gibt es nicht, sein Gebirgsprofil verbaut die Reprise. Ob das sich langsam glättende Gesichtsbild eine Gefahr für die Nachfolger des Reformers Deng darstellt, vermag niemand zu sagen. Der westliche Betrachter kommt zu dem Ergebnis, daß die Ära Mao Zedong die Machtgewichte in der Welt zu Ungunsten der Russen verschoben hat.

Die Kulturrevolution des Volkskaisers, die zeitweilig in den Köpfen der westlichen Jugend weiterleuchtete, verlor durch die weltpolitische Wendung Maos und durch seinen Begriffsverschieß ihre Verführungskraft und ihren Charme. Im Ergebnis braucht die freie Welt mit Mao Zedong nicht unzufrieden zu sein.

Mit dem Propeller gegen die Düse

Von ANATOL JOHANSEN

Ein Luftkampf, der mit „Türken-säbeln“ ausgefochten wird, könnte die Luftfahrt bis zum Ende des Jahrhunderts bestimmen. Das zeichnet sich auf der Internationalen Luftfahrtschau in Farnborough, 60 km südwestlich von London, ab, das in dieser Woche mit rund 600 Ausstellern aus aller Welt und 150 Flugzeugen zum 27. Mal zum Mekka der Weltausstellung geworden ist.

Ausgerechnet die Firma, die sich zu Beginn des Düsenflugverkehrs mit dem ersten in großer Stückzahl eingeführten Passagierjet zum größten Flugzeugproduzenten der westlichen Welt (mehr als 50 Prozent Marktanteil) aufgeschwungen hat, die Boeing Aircraft Corp., bereitet jetzt auch die Einführung eines neuartigen Flugzeugantriebes vor, der den Weltluftverkehr erneut revolutionieren könnte. Doch es geht nicht etwa um noch exotischere Düsenmotoren oder neue Treibstoffe, sondern es geht um eine Rückkehr zum Propeller.

Schon in den vierziger Jahren hatten Luftfahrttechniker in Deutschland darauf hingewiesen, daß Propeller mit stark gekrümmten Blättern („Türken-säbel“) höhere Flugeschwindigkeiten erlauben würden als die seit Beginn der Luftfahrt benötigten geraden Propellerblätter. Doch seinerzeit gab es die Technologie und jene Verbundwerkstoffe noch nicht, um jene breiten, gekrümmten und vergleichsweise sehr hoch belasteten und schnell drehenden Propeller mit einer ausreichenden Lebensdauer zu bauen.

Die enorme Erhöhung der Treibstoffpreise in den siebziger Jahren führte dann jedoch dazu, daß man sich in aller Welt auf die gekrümmten Propeller und ihre Möglichkeiten zurückbesann. Man wollte, daß man mit den Düsenmotoren heutiger Passagierjets nicht nur 70, 80 oder gar mehr Prozent der Schallgeschwindigkeit erreichen kann, sondern – gegenüber den heute üblichen Jetmotoren – auch Treibstoffsparsparnisse von 30 und mehr Prozent. Das aber ist heute bei dem außerordentlich harten Konkurrenzkampf der Luftverkehrsgesellschaften ein durchschlagendes und sehr wichtiges Argument.

In den letzten Jahren haben daher praktisch alle großen Flugmotorenhersteller der westlichen Welt Forschungsprogramme zum Bau der neuartigen Antriebe begonnen. Einer der größten unter ihnen, die amerikanische Firma General Electric, hat jetzt offenbar das Rennen um die Herstellung des ersten sogenannten Propfan (Propeller-Fan) gewonnen.

Wenige Tage vor dem Beginn der Luftfahrtschau hängte sie das neue Propellertriebwerk an eine dreimotorige Boeing 727, der für diesen Versuch einer ihrer drei Motoren ausgebaut worden war. An seiner Stelle hatte man auf der Steuerbordseite der Maschine den Propfan installiert. Am 20. August startete die Maschine dann zum Testflug über der kalifornischen Mojave-Wüste, stieg auf etwa 7000 Meter, erreichte eine Flugeschwindigkeit von 550 km pro Stunde und blieb länger als eine Stunde in der Luft.

Dennoch wird es noch eine Reihe von Jahren dauern, bis der neue Antrieb seriell einfließt. 1992 aber soll es soweit sein. Dann will Boeing eine völlig neue Maschine, die 150sitzige Boeing 737, mit dem Propfan ausrüsten.

Über die erwarteten Treibstoffsparsparnisse sagte Boeing in Farnborough, die direkten Betriebskosten, die nicht nur den Treibstoffverbrauch beinhalten, würden bei der Boeing 737 mit Propfan um zehn Prozent niedriger liegen als bei den modernsten 1992 verfügbaren Jets mit herkömmlichen Motoren.



Haiti, dem ärmsten Land Lateinamerikas, droht Hunger

Haiti – wenn der Wald vernichtet wird, stirbt das Land

Überall in der Dritten Welt wird der Wald abgeholzt, verfeuert. Das Beispiel Haiti zeigt: Dem Kahlschlag folgt das Elend.

Von WERNER THOMAS

Port-au-Prince, Anfang September. Es wimmelt von ausgemergelten Menschen. Die staubigen oder schmutzigen Straßen – den jeweiligen Zustand bestimmt die Jahreszeit – sind total verstopft. Zwischen den überfüllten Bussen und den überladenen Lasten ihren streunenden Hunde. Schweine wühlen in Müllhalden, darzwischen Ratten. Vor den schäbigen Holzhütten spielen nackte Kinder mit aufgeblähten Bällen.

Nicht alle Einwohner haben ein Dach über dem Kopf. Geburt und Tod finden im Freien statt. Insekten schwirren durch die stinkende Luft. Es gibt weder fließendes Wasser noch einen Kanalisationsanschluß. La Saline, nahe der malerischen Bucht von Port-au-Prince gelegen, zählt zu den dramatischsten Beispielen der Armut auf dem amerikanischen Kontinent.

Niemand weiß, wie viele Haitianer in dieser Slumregion leben. Man weiß nur, daß sie unkontrolliert wächst und daß es schon Hunderttausende sind. François „Papa Doc“ Duvalier,

der frühere Diktator, hatte den Schandfleck einmal anzünden lassen. Die Vertriebenen kehrten aber bald zurück.

La Saline symbolisiert den tragischen Verelendungsprozeß der karibischen Nation, den viele Beobachter weniger mit politischen als mit ökologischen Entwicklungen in Verbindung bringen, denn in Haiti wurde die Umwelt systematisch zerstört.

Ein amerikanischer Entwicklungshelfer, Geologe von Beruf, sagt: Haiti kann ein karibisches Äthiopien werden. „Was heißt: Hungerkatastrophe. Ein Studienbericht der Washingtoner Entwicklungshilfsbehörde „usaid“ prophezeite bereits im Jahr 1980 eine „apokalyptische Zukunft“.

Ein Flug über die Insel vermittelt einen Eindruck von dieser Problematik. Unten liegen kahle Berge, die einer Kraterlandschaft gleichen. Grüne Flecken und Waldgebiete sind so selten geworden, daß sie auffallen. Wenn die Maschine von Port-au-Prince in Richtung Dominikanische Republik fliegt, weiß man, wann der Nachbarstaat beginnt – dort nämlich, wo die üppige Vegetation anfängt. Haiti, sechs Millionen Menschen, 27 750 Quadratkilometer (so groß etwa wie Hessen), ist die ärmste Nation Amerikas. 80 Prozent der Bevölkerung

verdienen weniger als umgerechnet 205 Mark im Jahr. 75 Prozent können weder lesen noch schreiben. 70 Prozent besitzen keinen festen Arbeitsplatz. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 52 Jahre. Darm- und Infektionskrankheiten gehören zu den häufigsten Todesursachen.

Emmanuel Constant, der Bischof von Gonaïves, einer Hungerregion, betont: „Die Situation wird immer schlimmer.“ Das Elend hängt unter anderem mit der Verkarstung der Insel zusammen. „Kein anderes Land der westlichen Hemisphäre hat einen geringeren Baumbestand“, berichtet die Geologin Camille Gaskin-Reyes von der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Washington, die gerade einen Untersuchungsbericht veröffentlichte. Die optimistischsten Schätzungen sprechen von maximal zehn Prozent.

Die Insel taumelt in einem „Teufelskreis der Unterentwicklung“ (Gaskin-Reyes), der auch vielen anderen Staaten der Dritten Welt droht. Die Armut zwingt zur Rodung, denn Holz ist die wichtigste Energiequelle Haitis. Es dient als Brennstoff und Heizungsmaterial.

In Lateinamerika und der Karibik werden 80 Prozent des jährlich verbrauchten Holzes zum Kochen verwendet. Ein großer Teil der Landbe-

völkerung lebt vom Verkauf der Holzkohle, der Rest wird zum Bauen benötigt.

Viele Haitianer roden aber auch, um neue Agrarflächen zu gewinnen. „Die Folgen waren verheerend“, urteilt der amerikanische Anthropologe Gerald Murray (University of Massachusetts), einer der besten Kenner der haitianischen Misere. Die Regenzeit, nach der sich die Menschen sonst immer gesöhnt hatten, verwandelt sich in eine Periode der Katastrophen. Von den kahlen Bergen rollen vernichtende Schlamm Lawinen. Nicht nur die Landwirtschaft leidet darunter, weil der Boden weggespült wird, auch die Städte.

Port-au-Prince erlebt Jahr für Jahr gewaltige Überschwemmungen, obwohl es weniger regnet. Ökologen glauben, daß die Verkarstung Haitis bereits verhängnisvolle klimatische Veränderungen bewirkt hat: Die Niederschläge nehmen ab, das Land trocknet aus. Ein Teufelskreis, denn die Leute fliehen in die Städte, weil sie hungern. Die Hauptstadt ist in den letzten Jahren zu einer chaotischen Metropole von eineinhalb bis zwei Millionen Einwohner angeschwollen. Ein Heer von Bettlern durchstreift die Straßen.

Wie schnell die negative Entwick-

lung fortschreitet, zeigt ein Rückblick: Der radikale Kahlschlag hat erst Anfang der fünfziger Jahre begonnen, noch bevor die Duvaliers die Macht übernahmen. Als Columbus 1492 die Insel entdeckte – sein Denkmal steht wenige hundert Meter von La Saline entfernt –, bewunderte er die „mit Tausenden Arten von Bäumen bewachsenen Berge“. Noch im 18. Jahrhundert war es die reichste Kolonie Frankreichs. Stellt jetzt dem Land eine apokalyptische Zukunft bevor?

Die Geologin Gaskin-Reyes und der Anthropologe Murray wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben. Sie setzen auf internationale Hilfemaßnahmen. In den letzten Jahren wurden so 15 Millionen Bäume gepflanzt. Gerald Murray, der weiß, daß die meisten haitianischen Bauern Bäume aus kommerziellen Erwägungen roden, empfiehlt deshalb die Finanzierung von Baumplantagen, damit die Bauern fremde Waldgebiete verschonen. Der ehemalige dominikanische Finanzminister Bolivar Baez, heute einer der bedeutendsten Entwicklungs-Experten der karibischen Region, schwärmt: „Eine der besten Ideen seit langer Zeit. Der Bauer wird zum Freund des Baumes erzogen, nicht zum Feind.“

„Gut, daß ich so oft in Finnland zu tun habe. Da kann ich mit FINNAIR fliegen, da finde ich den Komfort, den ich gewohnt bin.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Jr. R. Rine, Geschäftsführer, Lapponia Jetvoly GmbH, Frankfurt

NEU! Ab Helsinki jede Woche:
1x BANGKOK-SINGAPUR
2x TOKYO

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP			
nach HELSINKI		ab HELSINKI	
FRA	09.40 – 13.10	FRA	07.00 – 08.30
HAM	14.30 – 17.20	HAM	08.00 – 08.55
FRA	21.10 – 00.40	FRA	18.05 – 19.40

Flüge noch und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR

Komfort den Sie brauchen

Immer weniger Abiturienten wollen studieren

dpa, Wiesbaden
Jeder sechste Abiturient will auf ein Studium verzichten. Unter den Frauen nimmt sogar jede vierte Abstand von der Hochschule. Hingegen spricht sich bei den Männern jeder zehnte gegen eine akademische Ausbildung aus, teilte gestern das Statistische Bundesamt mit. Vor 15 Jahren verzichtete nur jeder 24. Abiturient auf ein Studium. Die Statistiker hatten im vergangenen Schuljahr 263 500 Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt.

Nahezu die Hälfte (47 Prozent) der Schulabgänger ohne Studienneigung bevorzugt eine Arbeit im Bereich Handel, Verwaltung und Verkehr. Ausbildungsberufe wie Bank-, Industrie- und Versicherungskaufmann stehen ganz oben auf der Wunschliste.

Haftbefehl gegen Libanesen aufgehoben

D. D. Berlin
Die Haftbefehle gegen drei Libanesen sind aufgehoben worden. Sie wa-

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Sozialer Sprengstoff für die Zukunft:

Unser Leben mit den Asylanten

Fast 700.000 Asylanten leben schon in unserem Land. Und immer mehr kommen in die scheinbar grenzenlos reiche und menschlich-freundliche Bundesrepublik Deutschland.

Aber die Stimmung schlägt um: Schon 68 Prozent der Bundesbürger wollen eine Grundgesetz-Änderung, wenn damit die Asylantenflut eingedämmt werden kann. Denn wo in manchen Dörfern auf zwei Einwohner ein Asylant kommt, bleiben Spannungen und Konflikte nicht aus. Und 2,7 Millionen (!) Mark kostet den Staat die Versorgung der Menschenmassen allein in diesem Jahr. Wo soll das alles hin führen?

QUICK-Korrespondenten machen eine umfassende Bestandsaufnahme. In der großen Farb-reportage sehen Sie, wie die Asylanten in Deutschland leben. Lesen Sie in QUICK alles über das ganze

Asylantenproblem!

QUICK steht für Qualität!

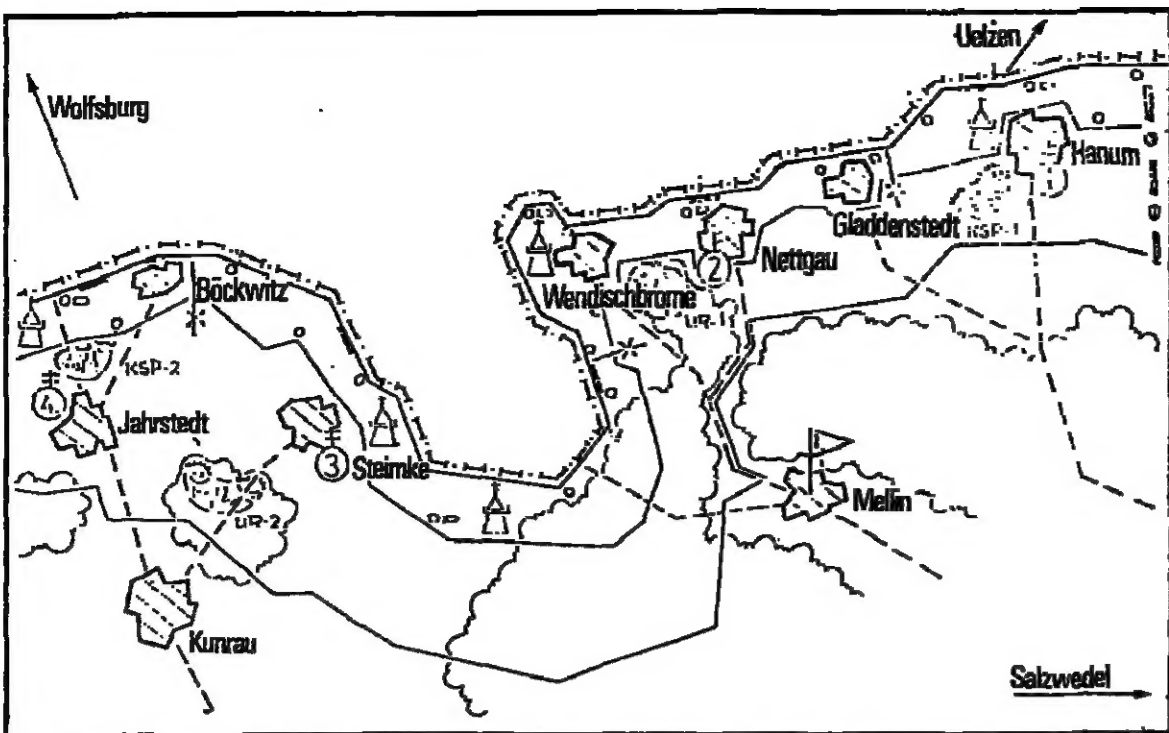
ren am 20. August unter dem Verdacht festgenommen worden, einen Sprengstoffanschlag geplant zu haben. Zwei der Männer waren einen Tag vorher über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt eingereist. Der dritte lebt schon seit mehreren Jahren in Berlin.

Kameruns Präsident zu Besuch in Berlin

dpa, Berlin
Der Präsident der afrikanischen Republik Kamerun, Paul Biya, ist gestern zu einem Besuch in Berlin eingetroffen. Im Schloss Charlottenburg sagte Biya, es sei sein tiefer Wunsch, daß das deutsche Volk eines Tages sein höchstes Ziel, die nationale Einheit, erreichen möge.

Rechnungshof rügt Mißstände beim SDR

gü. Stuttgart
Der baden-württembergische Rechnungshof hat es als „vordringliche Aufgabe“ des Süddeutschen Rundfunks (SDR) bezeichnet, „Maßnahmen zur Dämpfung der Personalkosten“ zu ergreifen. Im Bericht über die erste Rundfunkprüfung in Stuttgart deckt die Kontrollbehörde eine Reihe von „Mißständen“ im Haushaltsgefahren auf.



Mit dieser Skizze informierte der geflohene „DDR“-Oberstleutnant Dietmar Mann über Stützpunkte und Einsätze des an der Grenze zu Niedersachsen stationierten Bataillons seines Grenzregiments 24.

Die Grenzkompanien werden zum „handstreichartigen Handeln“ gedrillt

Spätrtrupp auf bundesdeutschem Boden / Bericht des „DDR“-Oberstleutnants Mann

WERNER KAHL, Bonn
Auf Generalstabskarten studieren gegenwärtig Militärs der Bundeswehr, Kommandeure des Bundesgrenzschutzes sowie Experten des Bundesnachrichtendienstes (BND) brandheiße Lageskizzen des in den Westen übergetretenen „DDR“-Oberstleutnants Dietmar Mann. Der hohe Offizier war am vergangenen Sonntagmittag durch eine Schleuse über den Todesstreifen nach Niedersachsen geflüchtet (die WELT vom 3. 9. 86).

In der streng abgeschirmten BND-Zentrale in Pullach bei München vermitteln die Aussagen des 38-jährigen Überläufers nicht nur ein aktuelles Sperrbild der tief gestaffelten Sperr- und Bunker im Hinterland der innerdeutschen Grenze; von dem ehemaligen Kommandeur erwarten Abwehrexperten auch Aufklärung über Vorgänge in den Streitkräften der „DDR“ und der Sowjet-Armee. Hinzu kommen Kenntnisse über bisher kaum bekanntgewordene Vorstöße von „DDR“-Spätrtruppen tief auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Vorbereitung von Sabotageaktionen in Sperrungszeilen.

Aus den Aussagen des Flüchtlings gewinnen Beobachter den Eindruck, daß weite Gebietsstreifen in 1,5 bis

drei Kilometer Entfernung von den Grenzsperrn zunehmend verbunkert werden. Dazu werden gefürchte Gräben für Posten angelegt, die mit der Panzerbüchse RPG 7, einem sowjetischen Raketenmodell, Fluchtversuche von „DDR“-Panzerfahrern und Lastwagenchauffeuren verhindern sollen. Mit einer sowjetischen RPG 7 hatte die linksrassistische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) auch auf den US-General Fredrick Kroesen in Heidelberg geschossen.

Bis zu seiner Flucht war Dietmar Mann Kommandeur des 3. Bataillons des Grenzregiments 24. Der Einsatzraum des Bataillons liegt gegenüber dem niedersächsischen Grenzrevier Wolfburg-Gifhorn-Uelzen (siehe Skizze). Der Regimentsstab befindet sich in Salzwedel, einer Kleinstadt elf Kilometer vom niedersächsischen Grenzübergang Bergen an der Bundesstraße 71 nach Uelzen gelegen.

Das Bataillon gehört zum „DDR“-Grenzkommando Nord, das für den Abschnitt zwischen der Lüneburger Bucht und nördlich Nordhausen (Harz) eingesetzt ist. Diesem Nordkommando unterstehen sechs Grenzregimenten: Regiment 6 (Befehlsstelle Schönberg/Mecklenburg), Regiment 8 (Grabow/Mecklenburg), Regiment 24 (Salzwedel), 23

(Kalbe/Milde), 25 (Oschersleben) und das Regiment 20 (Halberstadt).

Unter besonderer Geheimhaltung steht eine Luftflotte von Kampfhubschraubern des sowjetischen Typs Mi 24 in Salzwedel. Dort stationierte Helikopter verletzten in den vergangenen Monaten bei Flügen über die Demarkationslinie hinaus wiederholt westdeutschen Luftstraßen.

Der ehemalige Bataillonschef bestätigte dem Vernehmen nach Aussagen vor ihm geflüchteter Soldaten, daß die Ausbildung darauf abgerichtet ist, „aus nächster Nähe anzugreifen“, um dem Gegner kaum eine Möglichkeit zur organisierten Abwehr und zur Heranführung von Reservern zu lassen. Die Kompanien werden zum „handstreichartigen Handeln“ gedrillt. „Sturmgruppen“ üben im Hinterland Einnahme, Besetzen und Halten von Brücken, Verkehrsknotenpunkten, Sicherheitsanlagen sowie Höhenzügen.

Bevor der Kommandant des 3. Bataillons flüchtete, kündigte die Ostberliner Führung eine neue Ordensserie an. Die Vorgesetzten wurden aufgefordert, „Heldentaten“ von Genossen zu melden. Der Politoffizier des Bataillons dürfte beim Medaillen-siegen leer ausgehen. Seine Aufgabe blieb unerfüllt: den Kommandeur stets unter Kontrolle zu haben.

Bonn verstärkt Strahlenschutz

D. G. Bonn

Als direkte Folge der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl hat die Bundesregierung gestern beschlossen, die Kompetenzen für eine einheitliche Strahlungsüberwachung, optimale Strahlenschutz und die Festlegung von Grenzwerten beim Bund zusammenzufassen. Wie Umweltminister Walter Wallmann nach der Kabinettssitzung mitteilte, werden außerdem die im Betrieb und im Bau befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik entsprechend den Erkenntnissen aus dem Reaktorunfall auf ihren Sicherheitsstandard und auf sicherheitstechnische Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft. Aufträge für dieses Programm wurden bereits erteilt. Wie Wallmann bereits in einem WELT-Interview am 14. August angekündigt hatte, strebt die Bundesregierung EG-einheitliche Höchstwerte der Strahlenbelastung an. Daher sei es jetzt noch zu früh, um Grenzwerte in einem deutschen Gesetz festzuschreiben. Wallmann kündigte gestern an, er werde demnächst zu Gesprächen über Strahlenschutz und Reaktorsicherheit in die Sowjetunion und in die CSSR reisen.

Im „DDR“-Reiseverkehr Verdoppelung erwartet

Staatssekretär Hennig weist Büchlers Vorwürfe zurück

DIETHART GOOS, Bonn

In ungewöhnlich massiver Form hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innere deutsche Beziehungen, Otfried Hennig (CDU), die Aufforderung des SPD-Politikers Hans Büchler zurückgewiesen, mit wirtschaftlichem Entgegenkommen die „DDR“ zu Gegenleistungen etwa bei der Asylpolitik zu bewegen. In einem WELT-Gespräch nannte Hennig gestern die Vorschläge des SPD-Obmanns im innerdeutschen Ausschuss „absolut unsinnig“.

Der Staatssekretär sprach von einem „grotesken Verhalten“ des SPD-Politikers und fügte hinzu: „Er nützt damit der DDR und behindert unsere Beziehungen.“ Wirtschaftliche und finanzielle Angebote gegenüber Ost-Berlin zu machen sei nichts anderes als eine „Aufforderung an die DDR, sich zusätzlich und auch auf anderen Feldern uns gegenüber unfreundlich zu verhalten mit dem Hinweis, daß die Bundesregierung durch einen Milliardenkredit die Probleme dann wieder vom Tisch räumen kann“. Hennig fügte hinzu: „Büchler muß sich fragen lassen, ob er damit im Interesse der von ihm vertretenen Wähler handelt oder nicht eindeutig im Interesse der anderen Seite. Ich glaube, das letztere ist richtig.“ Der Staatssekretär ergänzte: „Man muß die Sache wieder auf die Füße stellen. Die DDR verhält sich unfreundlich uns gegenüber, sie wirft damit Schatten auf die innerdeutschen Beziehungen. Sie muß diese Schatten beseitigen und ihr unfreundliches Verhalten abstellen.“

Gleichzeitig sprach Hennig von Spekulationen, die „DDR“ könnte nach dem Honecker-Auflösungen bei der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse zum Einlenken in der Asylfrage bereit sein. „Wir können bisher leider nicht bestätigen, daß sich die DDR bewegt. Wir sind aber außerordent-

lich daran interessiert, daß sie das bald tut, und zwar unabhängig von wirtschaftlichen Gegenleistungen. Die DDR muß dieses bewußt geschaffene Schlupfloch an der innerstädtischen Grenze in Berlin schließen und sich so verhalten, wie sie sich auch sonst verhält, nämlich nur Transitreisende durchzulassen, die ein Ziellandvisum haben.“

Zu den scharfen Angriffen des SPD-Politikers Büchler auf das innerdeutsche Ministerium erklärte der Staatssekretär: „Herr Büchler wird in seiner eigenen Partei nicht sonderlich ernst genommen, und deshalb soll man das nicht überbewerten.“ Hennig fügte hinzu: „Man muß einfach auf die Fakten verweisen. Wir haben vor einigen Wochen unsere Halbjahresbilanz vorgelegt, die außerordentlich erfolgreich ist. Wenn die Dinge weiter gut laufen, wird es uns möglich sein, innerhalb eines Jahres – beide Kernpunkte der innerdeutschen Politik, nämlich Kultur und Umweltschutz, mit zwei wichtigen Rahmenabkommen voranzubringen. Das Kulturabkommen ist bereits unterzeichnet, beim Umweltschutz sind wir im absoluten Endspurt. Und da nun zu sagen, es ginge von uns keine Initiative aus und ähnliche Töne mehr, ist absolut lächerlich.“

Entschieden wies Staatssekretär Hennig im Gespräch mit der WELT auch den Vorwurf Büchlers zurück, sein Haus sei ein „Behinderungsministerium“. „Dem muß man entgegenhalten, daß wir beispielsweise beim Reiseverkehr auf allen Sektoren Rekordzahlen erreicht haben.“ Hennig nannte als Beispiel die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. „Das ganze Jahr 1985 waren es 66 000 Reisende. Ende Juli dieses Jahres waren wir schon bei 107 000. Das heißt, wir werden 1986 mehr als eine Verdoppelung erreichen.“

Hat sich Späth mit dem Großrechner verrechnet?

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Vom Herbst dieses Jahres an wird die Universität Stuttgart über das leistungsfähigste Rechenzentrum des Kontinents verfügen. Zu danken ist's Ministerpräsident Lothar Späth, der höchstpersönlich dafür sorgte, daß die Hochschule zu ihrem drei Jahre alten Höchstleistungs-Computer „Cray 1 M“ nun auch den perfekten Nachfolgetyp „Cray 2“ bekommt. Kostenpunkt: 21 624 960 US-Dollar. Späth feierte die Anschaffung als wichtigen Innovations-sprung der Forschungsinfrastruktur Baden-Württembergs. Nun aber hat der Landesrechnungshof leise Zweifel am Sinn der Investition angemeldet. Grund: Schon der Vorgänger des teuersten Rechners der Welt litt unter mangelhafter Auslastung. So brachte es die Universität selbst im Prüfungsjahr 1984 nur auf ein Drittel der erwarteten Betriebsstunden. Und statt 10 Millionen Mark kamen aus industriellen Fremdaufträgen nur 62 000 Mark herein. „Erhebliche Finanzierungsprobleme“ waren laut Rechnungshof die Folge dieser Fehlkalkulation. Anders ausgedrückt: „Cray 1 M“ wurde zum Faß ohne Boden.

Dennoch fädelte Ministerpräsident Späth Mitte 1985 bei einem Besuch in den USA den Kauf des Nachfolgemodells „Cray 2“ ein. Es war damit die bisher teuerste Auslandsreise des Regierungschefs: Per Nachtragshaushalt mußte der Landtag Ende 1985 für den Computer und eine Reihe notwendiger Nebeninvestitionen 81,5 Millionen Mark bewilligen. Aber nicht nur in der Landesverwaltung listete die einsame Entscheidung Lothar Späths damals Kopfgeschütteln aus. Auch der Wissenschaftsrat des Bundes stellte fest, daß „die für Stuttgart gewählte Konfiguration“, von

der es weltweit erst zwei Ausführungen gibt, „nicht in jeder Hinsicht durch die aktuellen Anforderungen zwingend begründet“ erscheint. Außerdem sei vor Abschluß des Kaufvertrags keine wissenschaftliche Bedarfsanalyse vorgenommen worden. Konsequenz: Der Bund wird deutlich weniger als die üblichen 50 Prozent der Investitionskosten aussteuern. Vor diesem Hintergrund spricht der Landesrechnungshof in seiner gestern veröffentlichten Denkschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes von einer „probematischen Anschaffung“.

Aber damit nicht genug. Auch der Plan der Landesregierung, den alten Vektorrechner zu behalten und per Standleitung mit der Universität Freiburg zu verbinden, stößt bei den Karlsruher Kontrollen auf „erhebliche Bedenken“. Präsident Otto Rundel wörtlich: „Der Rechnungshof sieht für die Weiterverwendung von „Cray 1“ keinen Bedarf.“

Der Landesrechnungshof wird daher dringend empfohlen, den überflüssigen Großrechner, der jährlich 2,5 Millionen Mark Betriebskosten verschlingen würde, „an eine wissenschaftliche Institution außerhalb des Landes“ zu verkaufen oder der Herstellerfirma zurückzugeben. Mit der Rückgabe ist das aber so eine Sache: Bis zum 1. April 1986 galt eine Rückkaufgarantie zum Preis von 4,5 Millionen Mark. Das Wissenschaftsministerium hatte jedoch diese Option unge-nutzt aus der Hand gegeben.

Das alles freilich ändert nicht den Lauf der Dinge: Am kommenden Montag trifft „Cray 2“ in Stuttgart ein. Dann kann die wertvolle Fracht installiert werden. Und eine Option für den Kauf eines späteren „Cray 3“ hat das Land auch schon.

Ost-Berlin beharrt auf alten Formeln

hvk, Leipzig

15 Jahre nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens durch die vier Siegermächte hält die „DDR“ offenbar an der Dreistaatentheorie fest. Die SED-Führung will West-Berlin auch weiterhin als gleichsam dritten deutschen Staat behandeln und drängt dabei auf offizielle „Beziehungen zur DDR“. Berlin brauche „gute Beziehungen zu seiner sozialistischen Umwelt“, hieß es im „Neuen Deutschland“. Noch im September 1983 hatten sich der damalige Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und SED-Chef Erich Honecker auf das Wort „Verhältnis“ statt „Beziehungen“ geeinigt.

Über das Viermächteabkommen heißt es, die Unterzeichnerstaaten hätten vor 15 Jahren „völkerrechtlich verbindlich bekräftigt“, daß Berlin (West) „kein Bestandteil der BRD ist und auch künftig von ihr nicht regiert werden darf“. In Wahrheit lautet der Passus jedoch, die Westsektoren würden „wie bisher, auch weiterhin“ nicht von der Bundesrepublik regiert.

Der Kern des Abkommens besagt, daß in dem „betroffenen Gebiet“ – nämlich Groß-Berlin einschließlich des Ostsektors – die Lage „nicht einseitig“ verändert werden darf – folglich auch nicht zu Lasten des Westens, was die „DDR“ aber zur Zeit durch die fehlende Zusammenarbeit in der Asylfrage versucht.

Hauff für Börner im Gespräch

DW, Bonn

Als Nachfolger für den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner ist der SPD-Politiker Volker Hauff im Gespräch. Zuvor waren aus SPD-Kreisen Informationen bekannt geworden, nach denen Börner zur Hälfte der nächsten Legislaturperiode sein Amt in Wiesbaden aufgeben wolle, um möglicherweise den Vorsitz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zu übernehmen (WELT v. 2. 9.).

Weizsäcker warnt vor Schuldenkrise

dpa, Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zur Eröffnung der Berliner Messe „Partner des Fortschritts“ vor den großen Gefahren gewarnt, die sich aus der gewaltigen Verschuldung einiger Länder der Dritten Welt ergeben könnten. Den Entwicklungsländern müsse ein höherer Anteil an den Märkten der Industrieländer eingeräumt werden.

Mit 23 Pässen für Iraner erwischt

AP, Kopenhagen

Ein freiberuflich tätiger Journalist aus der Bundesrepublik ist bei der Einreise nach Dänemark festgenommen worden, weil er 23 iranische Reisepässe bei sich führte. Wie die Polizei in Nakskov mitteilt, wird der Mann der Beihilfe zur illegalen Einreise beschuldigt. Die Inhaber der Pässe, eine Gruppe iranischer Flüchtlinge, darunter Kinder, befanden sich mit auf der Fähre. Die Iraner haben um politisches Asyl in Dänemark nachgesucht.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Selbstverständlich auch in Holland...

Überall sind Sie zu finden, die Zeichen guter Gastlichkeit – also auch in Holland, wo dieses hervorragende gemalte Wirtshausbild mit der eindrucksvollen Darstellung zweier Feringekutter vor gut zweihundert Jahren Symbol einer Gafenschenke war, die Fischern, Schiffen und Reisenden sichere Herberge und gute Kost verpflegt und natürlich auch belebende Getränke.

Genie hat dieses alte Wirtshausbild „D'Feringebuys“ selbst einen sicheren Aufenthalt gefunden, im Rijksmuseum in Amsterdam, wo es von der berühmten

holländischen Gastlichkeit kündigt und von der heimischen Gastlichkeit „Fering in't land, doktor aan de kant“ – was so viel heißt wie: „Wenn der Fering an Land ist, kann der Doktor weit weg sein.“

Mit Fering oder anderem Fisch verbinden sich immer Durst, am besten gestillt durch Bier. Zum befeuchtenden Abschluß eines guten Essens aber trinkt man bei unseren Nachbarn gern einen heimischen Genever, oder – zu besonders schönen Anlässen – sogar den Asbach Uralt aus Radesheim am Rhein!

Asbach Uralt

Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

مكة امنه لاصول

Chiles militante Linke erhält massive Ost-Hilfe

Nach Waffenfunden warnt Pinochet vor Guerrilla-Krieg

WERNER THOMAS, Miami
Es vergeht kein Tag ohne Bombenexplosionen in Chile; im vergangenen Jahr wurden fast 900 registriert. Die Attentatsversuche nehmen zu. Ende August ist der deutschstämmige Oberst Mario Häberle kurze Zeit entführt worden. Als die Sicherheitskräfte in den letzten Wochen 80 Tonnen Waffen entdeckten, mit denen eine Partisanenarmee von 20 000 Mann hätte ausgerüstet werden können, erklärte General Augusto Pinochet: „Ich bitte die Zweifler, ihre Augen für die Realität zu öffnen. Diese Leute bereiten einen direkten Guerrilla-Krieg vor.“

Die „Patriotische Front Manuel Rodríguez“ (FPMR) erklärt ihren Kampf gegen das chilenische Militärregime. Die FPMR, nach einem Freiheitskämpfer und späteren Mitbegründer der Kommunistischen Partei bekannt, existiert seit knapp drei Jahren. Die ersten Aktionen ereigneten sich im November 1983. Damals wurden terroristische Operationen lediglich mit der bereits 1986 entstandenen „Bewegung der Revolutionären Linke“ (MLR) in Verbindung gebracht.

Nicht nur die Pinochet-Regierung, auch neutrale Beobachter behaupten, daß hinter den Rodriguez-Rebellen Chiles Kommunistische Partei und mächtige ausländische Helfer stehen, die Sowjetunion und Kuba. Deshalb sei die Gruppe heute schlagkräftiger als die MLR, die aus dem marxistischen Flügel der sozialistischen Partei hervorgegangen ist. Obgleich sich die Guerrillas bisher nie offen zur KP bekennen, werden sie von dem kommunistischen Führer Luis Corvalan als „unsere Brüder“ bezeichnet. Corvalan lebt im Moskauer Exil.

In Kuba ausgebildet

Von chilenischen Sicherheitskräften ist zu erfahren, daß sowjetische und kubanische Fischerkutter die konfiszierten Waffen in den Südpazifik transportiert hätten. Dort seien sie dann mit Schlauchbooten zur Küste gebracht worden. Der größte Teil des militärischen Materials stammte aus dem Ostblock. Die amerikanischen M-16-Gewehre stammen wahrscheinlich aus dem Vietnamkrieg.

Halo Moya Escamilla, einer der 21 im Zusammenhang mit den Waffenfunden festgenommenen Männer, berichtete über eine militärische Aus-

bildung in Kuba. Verteidigungsminister Patricio Carvajal vermutet, daß fast alle Mitglieder der Guerrilla-Organisation in Kuba oder anderen kommunistischen Ländern gedrillt wurden. Auch Nicaragua leistet angeblich Hilfe. Informationen der Zeitung „El Mercurio“ zufolge wollte die Patriotische Front in den nächsten Wochen ihren Kampf ausweiten – von terroristischen Aktionen zum offenen Guerrilla-Krieg.

Washington alarmiert

Im Gegensatz zur MLR, die unter dem Kommando des zwischen Havanna und Managua pendelnden Allende-Neffen Andres Pascal Allende steht, blieb die Führung der Manuel-Rodriguez-Gruppe unbekannt. Niemand kennt die genaue Zahl der Aktivist. Die Schätzungen reichen von einigen hundert Leuten bis 2000. Die Regierung veröffentlichte lediglich eine Statistik der bisherigen Kriegsoffer. 280 Menschen ums Leben, unter ihnen 48 Soldaten und Polizisten.

Die Proteste des Pinochet-Regimes vergangene Woche bei den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wegen der Waffenfunde haben weitere Alarmglocken in Washington ausgelöst. Die Reagan-Regierung verfolgt seit Monaten die Chile-Krise mit großer Sorge. Geheimdienstkreise in Washington bestätigten die Nachrichten aus Santiago, daß die marxistischen Guerrillas heute eine massive Unterstützung des Ostblocks erhalten. Chile stehe auf der Destabilisierungsliste des internationalen Kommunismus ganz oben.

Die Amerikaner ziehen jedoch aus diesen Entwicklungen andere Schlüsselfolgerungen als General Pinochet. Das Land müsse schnell zu demokratischen Verhältnissen zurückkehren. Federico Willoughby, der erste Pressesprecher der Pinochet-Regierung, der heute die konservative „Bewegung der Nationalen Aktion“ führt, urteilt ähnlich: „Je länger die Militärs an der Macht bleiben, desto besser sind die Chancen der gewalttätigen Linke.“ Sie sieht in der Tat wieder eine Chance, ihre wachsende Stärke unter Beweis zu stellen. Ende der Woche will die Opposition wieder Proteste organisieren.

Eine „Pferdekur“ für Österreich

Verstaatlichte Industrie will sich geschrumpfen / Tausende verlieren ihren Job

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Ein drastisches Schrumpfungsprogramm und ein massenhafter Personalabbau, wie ihn die Wirtschaft des Landes seit 1945 nicht erlebt: das sind die beiden Elemente der „Pferdekur“, mit welcher der neubestellte Generaldirektor des VOEST-Konzerns, Herbert Lewinsky, die notleidende verstaatlichte Industrie Österreichs retten will.

Der Plan wurde inzwischen von Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gebilligt, von anderen sozialistischen Funktionären – vor allem von den Jusos – aber scharf kritisiert. Er sieht die Entlassung von mehr als einem Viertel der gegenwärtigen VOEST-Beschäftigten – das sind 9400 Arbeitnehmer – innerhalb der nächsten drei Jahre vor. Allein im Raum Linz, dem Zentrum des Stahlkonzerns, steht 5800 Arbeitern die Kündigung oder Pensionierung ins Haus.

Die gesamte Hochofenmetallurgie im Werk Donawitz (Steiermark) wird geschlossen. Ein Hochofen wird stillgelegt. Freiwillige Sozialleistungen von umgerechnet 100 Millionen Mark jährlich werden eingestellt. Treue-, Jubiläums- und Urlaubsgelder an die Belegschaft sollen weitgehend wegfallen.

Die Kosten der VOEST liegen, so der neue Generaldirektor Lewinsky, um fast ein Drittel höher als jene der ausländischen Konkurrenten. Daher sei eine Rationalisierung unvermeidlich, wenn man überleben wolle. Le-

winsky sprach von einer „viel zu geringen Produktivität des verstaatlichten Konzerns. Auch im „Finalbereich“ wurden Terminüberschreitungen und mangelnde Einhaltung von Qualitätsnormen beanstandet.

Bevor eine geschrumpfte VOEST ab 1990 – so jedenfalls sieht es der Plan vor – wieder in die Gewinnzone geführt werden kann, werden in den kommenden Jahren noch Verluste von umgerechnet 1,5 Milliarden Mark anfallen, die der österreichische Steuerzahler tragen muß. Danach wird der verkleinerte Konzern sogar im günstigsten Fall nicht mehr sein, was er einst in seinen Glanzzeiten war: das Flaggschiff der österreichischen Industrie.

Mit der nun offen aufbrechenden Krise der verstaatlichten Betriebe, die von manchen österreichischen Beobachtern bereits als „Katastrophe“ apostrophiert wird, gerät auch das bisher vor allem bei den Sozialisten unangreifbare Glaubensbekenntnis zur Verstaatlichung ins Wanken.

Auch die jahrelange von sozialistischer Seite – unter anderem auch vom damaligen Bundeskanzler Kreisky – vertretene Auffassung, es sei besser, mehr Schulden zu haben als mehr Arbeitslose, hat sich als falsch erwiesen.

Der für die verstaatlichte Industrie zuständige Minister im Wiener Kabinett, Rudolf Streicher (SPÖ), erklärte jetzt: „Wenn wir die Staatsbetriebe

nicht gesund lassen, kann es langfristig auch keine gesicherten Arbeitsplätze geben.“

Bundeskanzler Vranitzky stellte sich – auch gegen den zu erwartenden innerparteilichen Widerstand – auf die Seite des neuen VOEST-Direktors. Wenn jetzt nicht einschneidende Maßnahmen getroffen würden, stehe man in wenigen Jahren wieder vor den gleichen Problemen, meinte der Kanzler. Und: man habe nicht ein neues Team an die Spitze der VOEST gesetzt, um ihm jetzt in den Arm zu fallen. Einen politischen Einfluß auf die Führung der Betriebe dürfe es nicht geben. Man werde von politischer Seite lediglich versuchen, übermäßige soziale Härten abzubauen.

In den betroffenen Gebieten sind die Folgen der Entlassungen und Stilllegungen noch gar nicht abzusehen. Im Industriegebiet der Obersteiermark befürchten örtliche Politiker – vor allem der Chef der Landesregierung, Landeshauptmann Josef Krainer – gefährliche soziale Folgen. So gar von einer „sterbenden Landschaft“ ist die Rede.

Ob es der Wiener Regierung gelingen kann, Alternativindustrien anzusiedeln, steht noch offen. Wenn in wenigen Tagen Landtagswahlen in der Steiermark stattfinden, wird sich zeigen, wie die betroffene Industrie- und Bevölkerung auf die „Pferdekur“ reagiert. Die Sozialisten jedenfalls befürchten weitere Stimmenverluste.

Wählt Frankreich vor 1988 einen Präsidenten?

Ungewißheit nach der Rentrée / Erste Kandidaten im Gespräch

PETER RUGE, Paris
Mit dem zentralen Schulbeginn für zwölf Millionen Jugendliche in Frankreich, der „rentrée“, endet auch die politische Sommerpause. Das beherrschende Thema für den Herbst zeichnet sich dabei bereits ab: die Präsidentschaftswahl. Sie muß im Frühjahr 1988 stattfinden. Doch die große Ungewißheit ist: Wird sie vorgezogen oder nicht?

Paris erwartet deshalb, daß sich der seit dem Machtwechsel nach den Parlamentswahlen vom März zu beobachtende Wettlauf zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten und dem gaullistischen Regierungschef um Einfluß und Wählergunst noch verschärfen wird.

Im Urteil der Franzosen liegt François Mitterrand bei der nun seit sechs Monaten andauernden „cohabitation“ weiter vor Jacques Chirac. Die jüngsten Meinungsumfragen aber erbrachten überraschende Ergebnisse: Die Wochenzeitung „Le Point“ veröffentlichte zwar ein Ifo-Ergebnis, das einen Kandidaten Mitterrand noch als nächsten Präsidenten vor einem Bürgerlichen bestätigte, „wenn heute gewählt würde“.

Die Tageszeitung „Le Figaro“ dagegen beruft sich auf eine Sofus-Umfrage, wonach einem Kandidaten Chirac die Präsidentschaft zufallen werde, „wenn in knapp zwei Jahren gewählt würde“.

Beiden Demoskopien haften jedoch ein entscheidender Mangel an: Bisher hat sich Staatspräsident Mitterrand nicht öffentlich zu einer Kandidatur geäußert, bei ihm liegt auch die Entscheidung darüber, ob vor 1988 gewählt wird. In den Reihen der Sozialisten herrscht daher eine wachsende Ungewißheit.

Viele, zu viele ehemalige Premiers wie Pierre Mauroy oder Laurent Fabius, aber auch frühere Minister wie Michel Rocard fühlen sich berufen, wagen aber noch nicht, einen Anspruch beim Parteivolk offen anzumelden. Dennoch werden wie unter Verschwörern geheime Absprachen getroffen, Bündnisse auf Gegenseitigkeit geschlossen – es summt bei den Linken wie in einem Bienenkorb.

Auf der rechten Seite, in der Regierungskoalition von RPR und UDF, also von Gaullisten und Christlich-Linken, schien alles auf einen einzigen, gemeinsamen Kandidaten hinzuzulaufen: auf Jacques Chirac. Bis

sich jetzt der junge, ungestüme Generalsekretär der „Giscardisten“ zu Wort meldete. François Léotard, Kulturminister in der Regierung Chirac.

Er fordert einen eigenen Kandidaten der UDF und sieht sich dabei selbst ganz vorne, da seine RPR, die Republikanische Partei, im Block der UDF die stärkste Fraktion bilde. Nun ist der Koalitionsfrieden unter den Bürgerlichen dahin. Das Kandidatenkarussell beginnt sich auch dort zu drehen. Selbst den Alterspräsidenten Giscard d'Estaing reizt das Amt erneut. Im Hintergrund aber lauert

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?
Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeiger für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ein anderer: Raymond Barre, der letzte Regierungschef der Rechten vor der Präsidentschaftswahl 1981.

Das politische Klima in Frankreich wird deshalb nun von drei „cohabitations“ bestimmt: vom Verhältnis Mitterrand zu Chirac, vom Gleichgewicht im Regierungsbündnis RPR und UDF sowie vom Zusammenhalt innerhalb der Gruppierung der UDF.

Dies bedeutet, daß in einem Land, das selbst ausgesprochen gern mit sich selbst beschäftigt, ab sofort die Außenpolitik nur noch am Rande interessiert – die Europapolitik oder gar die deutsch-französische Zusammenarbeit lediglich unter dem Aspekt von Nutzen ist, solange sich damit für den anstehenden Wahlkampf um die Präsidentschaft Vorteile ergeben. Das gilt bereits für den Besuch von Bundeskanzler Kohl nächste Woche in Paris.

Brasilien hält an Atomenergie fest

dpa, Rio de Janeiro

Die brasilianische Regierung hat trotz einer im eigenen Land kontrovers geführten Diskussion um die Atomenergie sich für eine, wenn auch reduzierte, Fortführung des Nuklearprogramms entschieden. Konsequenzen der neuen Richtlinien sind, daß von den ursprünglich acht Atomreaktoren nur zwei bis zum Jahr 2000 fertiggestellt werden. Von einer Demonstrationsanlage nach dem deutschen Trendentscheidungsverfahren wird bis 1987 die „erste Kaskade“ fertiggestellt. Darüber hinaus strebt Brasilien eine Umstrukturierung der Gesellschaftsverträge mit der Kraftwerk-Union (KWU) und anderen deutschen Unternehmen an. Ziel ist eine „Nationalisierung“ des Nuklearprogramms.

Kokain-Handel in Bolivien gestiegen

rtt, La Paz

Die Kokain-Produktion in Bolivien ist trotz verstärkter Bemühungen gegen den Rauschgiftmarkt weiter gestiegen. Das geht aus dem ersten umfassenden offiziellen Bericht über das Problem hervor, den der Senat in La Paz jetzt veröffentlichte. Danach lieferten die Farmer des Landes im vergangenen Jahr 158 000 Tonnen Coca-Blätter, während es 1984 noch 108 000 Tonnen gewesen waren. Der Ausstoß lag somit mehr als dreimal höher als jene 44 000 Tonnen, die das amerikanische Außenministerium für 1985 geschätzt hatte. Die bolivianische Regierung stützt sich bei ihren Maßnahmen gegen das Drogengeschäft auf massive Hilfe der Vereinigten Staaten.

Iraner kapern Sowjet-Frachter

rtt, Tokio/Moskau

Die iranische Kriegsmarine hat im Persischen Golf den sowjetischen Frachter „Pjotr Jemzow“ gekapert. Das wurde vom sowjetischen Außenministerium in Moskau gemeldet und von der japanischen Schiffsagentur SILRA in Tokio bestätigt. Das sowjetische Handelsschiff sei etwa 50 Kilometer westlich von Dubai gewesen und habe sich in internationalen Gewässern befunden. Die Fracht, die nach Kuwait gehen sollte, wurde auf iranische Schlepper umgeladen. In internationalen Schiffsverkehrskreisen hieß es, dies sei offenbar Teil der iranischen Strategie, die Fracht von Schiffen zu kontrollieren, die für den Kriegsgegner Irak gestimmt sein könnte.

Das aktuelle Fachbuch

Mehr Sorge für ältere Menschen

Daß sich in den kommenden Jahrzehnten die Altersstruktur der Bevölkerung hierzulande dramatisch verändern wird, ist seit langem in aller Munde. Der Anteil älterer Menschen wird erheblich zunehmen. Während über viele damit verbundenen Probleme – Rentenversorgung oder wachsende Kosten für das Gesundheitssystem etwa – intensiv diskutiert wird, bleibt ein wichtiger Bereich meistens unberücksichtigt: Wie steht es mit der Versorgung der wachsenden Zahl älterer Menschen, die an psychischen Erkrankungen leiden?

Besondere Beachtung verdient daher ein Buch, das Professor Heinz Häfner, Direktor des Zentralinstitutes für Seelische Gesundheit in Mannheim, kürzlich vorgelegt hat. Es ist eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Situation der „Psychogerie“, wie dieses Gebiet der Medizin in der Fachsprache heißt.

Häfner macht klar, daß psychische Erkrankungen im Alter besonders häufig sind. Etwa ein Viertel der Menschen über 65 Jahre sind davon betroffen. Häufigste Erkrankungen sind Demenz (Persönlichkeitsabbau) und Depression. Die meisten Betroffenen bedürfen dabei nur einer häuslichen Betreuung. Doch Voraussetzung dafür ist, daß alle niedergelassenen Ärzte über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Psychiatrie verfügen.

Häfner weist darauf hin, daß in der Bundesrepublik das Problem der psychischen Krankheiten im Alter in seiner Bedeutung wesentlich später erkannt wurde als in vielen anderen Ländern. Er beklagt ein erhebliches Defizit der Forschung auf diesem Gebiet.

Versäumnisse sind aber auch auf sozialen, medizinischen und gesundheitspolitischen Feldern zu konstatieren. Häfner gibt deshalb weitreichende Empfehlungen, wie die Situation der älteren Menschen hierzulande verbessert werden könnte. Es ist daher zu wünschen, daß dieser umfassende Situationsbericht weite Verbreitung und Beachtung bei allen Verantwortlichen findet.

Kritik:
Psychische Gesundheit im Alter, von Heinz Häfner, 140 S., Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1988, 28 DM.

Rund zehn Jahre nach dem Seveso-Unglück sind die dioxinhaltigen Rückstände aus der Anlage der „Icmesa“ endgültig aus der Welt geschafft: Sie sind nicht nur verbrannt, sondern haben jetzt auch ihren Nachruf erhalten in Form eines detaillierten Expertenberichts.

Erfolgreiche Technik vernichtet das Dioxin des Unfalls in Seveso

Von HARALD STEINERT

Die Durchführung des Verbrennungsprojekts wirkt wie eine gut geplante chemische Generalstabarbeit. Ihr Erfolg hat die Schweiz ermutigt, die Verbrennung von Sondermüll für die Zukunft als Regel-Entsorgungsmaßnahme vorzusehen. Das Schweizer Bundesamt für Umweltschutz hat jetzt den Abschlussbericht der Expertenkommission vorgestellt, die vom Direktor des Amtes, Dr. Bruno Böhlen, geleitet wurde. Daraus können die einzelnen Schritte der Vernichtung durch Verbrennung nachgeprüft und nachvollzogen werden.

Am 10. 7. 76 ereignete sich in der chemischen Fabrik „Icmesa“ in Meda bei Mailand bei der Produktion des Biozids Hexachlorophen ein Unglück: In einem Reaktionsgefäß begann nach Feierabend eine unerwartete und unkontrollierte Reaktion, die Wärme freisetzte und eine Aerosolwolke in die Umgebung blies, die unter anderem ein hochgiftiges „Dioxin“ (TCDD) enthielt. Man kennt eine ganze Serie ähnlicher Dioxine, doch keine von so hoher akuter Giftigkeit wie das TCDD.

Erst sechs Jahre nach dem Unfall wurde die Produktionsanlage demontriert. Die Anlagenteile wurden in großen Wannen vergraben. Die Rückstände aus dem Reaktionsgefäß wurden in 41 Fässer verpackt. Eine Entsorgungsfirma wurde beauftragt, die Fässer zu deponieren, diese ließ sie jedoch unkontrolliert verschwinden. Nachdem sie in Frankreich entdeckt wurden, übernahm die „Hoffmann-La Roche AG“, Stammfirma der „Icmesa“, die Zwischenlagerung des Dioxin-Mülls in Basel.

Da eine Endlagerung nicht bewilligt wurde und eine chemische Zersetzung der Rückstände sich wegen ihrer Konsistenz als unmöglich erwies, blieb nur die Verbrennung.

Man hatte es zu tun mit einer Masse aus etwa 70 Prozent Koksasche und 30 Prozent organischem Material. In den verschiedenen Proben aus den Fässern wurden in dem Konglomerat von Reaktionsprodukten zwischen 5 und 1700 ppm TCDD gefunden. Aus den 400 Analysen ließ sich abschät-

zen, daß in den Reaktionsrückständen zwischen 0,4 und 1,2 kg TCDD vorhanden waren.

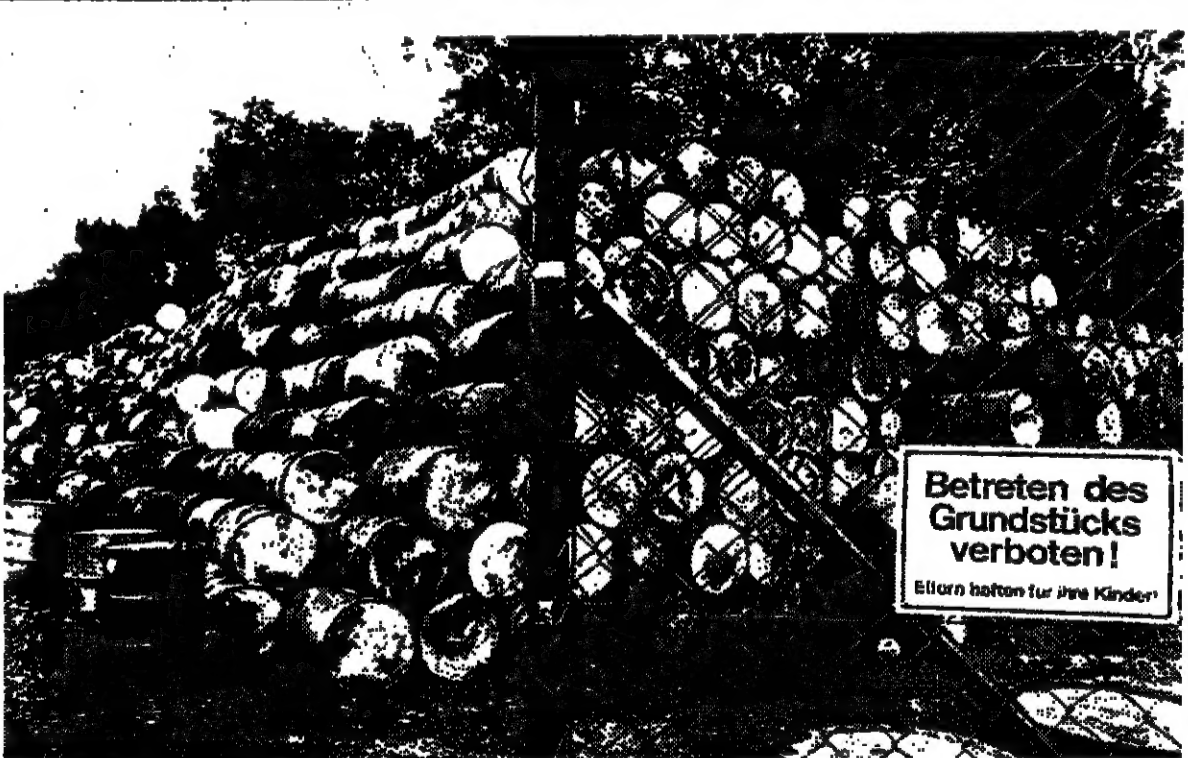
Für die Verbrennung konnte man bei der „Ciba Geigy AG“ in Basel eine Sondermüllverbrennungsanlage benutzen, die ausreichende Temperaturen liefert. Man kann berechnen, daß TCDD bei Temperaturen zwischen 800 und 1500 Grad vollständig in Kohlendioxid, Chlorwasserstoff und Wasser zerfällt. Doch war bis dahin unbekannt, wie schnell die vollständige Zersetzung erfolgt. Man mußte also Probeverbrennungen durchführen, für die jedoch wegen der hohen Giftigkeit des TCDD nicht dieser Stoff selbst, sondern eine Testsubstanz verwendet werden mußte.

Eine ungiftige Substanz wurde als Modell benutzt

Dazu wurde 2,4,8-Trichlorlindbenzofuran (Tri-CDF) gewählt, das dem TCDD in seiner Struktur sehr ähnlich, wegen dieser Ähnlichkeit auch vergleichbare Zersetzungverhalten in Hitze aufweist, jedoch kaum giftig ist. Der erste Schritt für die Verbrennungsvorbereitung bestand in Laborversuchen mit Mikrogramm-Mengen: Dabei wurde TCDD mit Tri-CDF verglichen.

Das Resultat: Beide Substanzen werden bei 1400 Grad C unter Laborbedingungen in Mikrogramm-Mengen in etwa einer Millisekunde zerstört. Mit Sicherheit dauert in einer Verbrennungsanlage mit einem (im Vergleich zu Laborapparaten) um ein Vielfaches längeren Volumen die Zerstörung länger, weil die nach der Verdampfung der verbrannten Substanz entstehenden Rauchgase nicht völlig homogen sind und auch die Temperaturverteilung nicht homogen sein kann. So mußten als ein entscheidender Schritt der Vorbereitung Verbrennungstests in der vorhandenen Sondermüllverbrennungsanlage mit Tri-CDF durchgeführt werden.

Daß diese Anlage ausreichende Temperaturen erreicht, war vorher geklärt worden: In dem Drehrohr, in dem die Verbrennung stattfindet,



Die Vernichtung des Seveso-Dioxins war ein Prüfstein für die Entsorgung anderer Abfälle FOTO: DPA

herrschten etwa 1500 bis 1650 Grad Celsius, in einer nachgeschalteten „Verweilammer“, in der die Rauchgase Zeit für weitere Zersetzung finden, sanken sie auf 1300 bis 1250 Grad ab.

Die groß-maßstäblichen Testverbrennungen von Tri-CDF lieferten den Nachweis, daß die Zersetzung der Testsubstanz und damit auch des Dioxins in der Anlage etwa 100mal länger dauert als bei der Laborverbrennung: Es sind demnach „Verweilzeiten“ der zu vernichtenden Substanz im Drehrohr und der anschließenden „Verweilammer“ in der Größenordnung von Sekunden notwendig, wenn man eine weitgehende Vernichtung der TCDD-Moleküle mit Sicherheit erreichen will.

Nach diesen Modellversuchen war es Ende 1984 und Anfang 1985 erstmals zu verantworten, Versuche in kleinem Maßstab in der Anlage vorzunehmen: Es wurden zweimal je 0,26 Gramm und einmal 0,65 Gramm des Dioxins verbrannt, mit einer Verweildauer von rund zwei Sekunden. Dabei wurden zuletzt bei Temperaturen von rund 1540 Grad in dem rund acht Meter langen Drehrohr 99,99999 Prozent des TCDD zersetzt. Es konnte theoretisch maximal ein millionstel Prozent Dioxin aus dem Ofen entweichen sein. Davon wurden jedoch noch neun Zehntel aus dem Rauchgase herausgewaschen, bevor sie an die Außenluft gelangen konnten.

Mit Sicherheit lagen die Mengen freigesetzten TCDD noch weit niedriger, die entwickelten hochempfindlichen Analysemethoden – die schon Teile eines milliardest Gramm im Kubikmeter Rauchgas erkennen –

finden keinerlei Spuren des Giftstoffes. Dieses Resultat gab freie Bahn für die Hauptverbrennung: Sie fand vom 17. bis 21. Juni 1985 statt und dauerte insgesamt rund 100 Stunden. Man konnte erwarten, daß bei pro Stunde maximal 1 millionstel Gramm des giftigen TCDD in die Luft entweichen würde.

Die Messungen während des Vorgangs zeigten, daß regelmäßig gewisse Mengen von TCDD entwichen, davon in einem näher untersuchten Fall pro Stunde 15 millionstel Gramm, wie der Bericht des „Bundesamtes für Umweltschutz“ feststellt. Das sind aber Mengen, die keinerlei Gesundheitsgefährdung bedeuten. Damit erschien die zu erwartende Abgabe von TCDD bei der Hauptverbrennung als völlig verantwortbar.

In den Abgasen war kein Dioxin mehr nachweisbar

Die Verbrennung verlief planmäßig, es war keine Abgabe von TCDD nachweisbar. Dies bedeutet, daß sie noch unter der vorher errechneten Menge von 100 Mikrogramm für die ganze Aktion gelegen haben muß. Die Verbrennungsschlacke konnte bei minimalem TCDD-Gehalt in normalen Deponien gelagert werden, ein kleiner Teil allerdings mußte zweimal verbrannt werden.

Für die Hauptverbrennung wurde der Inhalt der 41 Fässer mit Reaktionsrückständen zunächst in Plastikbeutel umgepackt, die wieder in sandgefüllte Plastikbeutel eingehüllt wurden: Der Sand war erforderlich für die Bildung einer Schlacke auf

dem Boden des Drehrohrofens. Die Verpackung erfolgte in absolut luftdichten Schutzanzügen, die Träger wurden mit Atemluft durch Schläuche versorgt. Ein kleiner Überdruck verhindert das Eindringen von eventuell verunreinigter Fremdluft. Die gleichen PVC-Schutzanzüge hatten sich bereits 1982 und 1983 bei den Aufräumarbeiten in der Fabrik in Seveso bewährt.

Nicht nur die Rückstände selbst wurden verbrannt, sondern auch das Labor- und das Hilfsmaterial sowie die Schutzanzüge und sogar die Unterwäsche, die die Mitarbeiter während der Arbeiten getragen hatten. Das Umpacken erfolgte in einem geschlossenen Gebäude, das nur durch ein Schleusensystem zu betreten war und in dessen Innerem Unterdruck herrschte, so daß auch aus diesem Vorgang kaum TCDD in die Atmosphäre entweichen konnte.

Diese schließlich erfolgreiche Kampagne zur Vernichtung der Seveso-Fabrikrückstände hat demonstriert, daß es möglich ist, organischen oder thermisch zersetzbaren Sondermüll umweltneutral durch Verbrennung zu vernichten. Die Resultate waren nicht nur wegweisend für die eigenständigen Planungen für die Sondermüll-Entsorgung des Landes. Sie haben bereits dazu geführt, daß die „Ciba-Geigy AG“ eine kommerzielle große Sondermüll-Verbrennungsanlage in Kleinblöningen bei Basel errichtet, mit einer Jahreskapazität von 12 000 bis 15 000 Tonnen. Sie soll der Basler Großchemie wie auch dem Kanton zur Verfügung stehen.

NOTIZEN

Wirkung von Abgasen

Bonn (vwd) – Die Auswirkungen der in den Autoabgasen enthaltenen giftigen Schadstoffe auf die menschliche Gesundheit sollen in den nächsten Jahren mit einem Forschungsaufwand von 40 Millionen Mark systematisch untersucht werden. Dies kündigte jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Albert Probst, an. Trotz erheblicher Forschungsanstrengungen in der Vergangenheit bestünden immer noch Unsicherheiten über den Grad der Belastung und die Ausbreitung sowie die Wirkungen der Abgasstoffe.

Schäden durch Insekten

Münster (H. H.) – Auf rund 75 Milliarden Dollar wird der jährliche Verlust geschätzt, den Schadorganismen anrichten. Hauptverursacher sind 80 wirtschaftlich wichtige Schädlingearten, also nur ein geringer Teil der rund 5000 Insektenarten, die in störender Wechselbeziehung zum Menschen stehen.

Kartoffelkäfer

Braunschweig (H. H.) – Bessere Erfolge bei der Bekämpfung des Kartoffelkäfers verspricht ein

Samstag auf der Wissenschaftsseite

Über neue Verfahren, mit denen man gefährlichen Hagelschlag verhindern kann, berichtet Martin Boeckh.

Die Sonnenforscher planen ein neues Großteleskop. Was man damit herausfinden kann, zeigt Rainer Kayser.

Warum Warnrufe von Schwarmvögeln keineswegs selbstmörderisch sind. Von Matthias Glaubrecht.

Verfahren, das jetzt die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft entwickelt hat. Die bisher übliche Bekämpfung des Käfers mit chemischen Methoden wird durch die zunehmende Resistenz des Schädlings immer schwieriger. Nun will man ein Bakterium einsetzen. Es bewirkt, daß der Käfer den Reifeftuß und die Eiablage einstellt. Nutzinsekten werden hingegen von dem Verfahren nicht geschädigt.

WELT-Interview: Herbert Kremp sprach mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Gösta Carlsson



An der Straßenecke Sveavägen/Tunnelgatan in modernen Cityteil der Stadt Stockholm passieren Bummler und Käufer eine kleine, etwa 70 Zentimeter hohe Pyramide. In ihr stecken frische dunkelrote Rosen. An dieser Stelle wurde am 28. Februar der schwedische Ministerpräsident Olof Palme hinterrücks erschossen.

Seit diesem Tag haben 200 Kriminalbeamte 400 000 Stunden gefahndet, Spuren untersucht, Mosaiksteine zusammengesetzt. Der Fleiß der Schweden, von der Fingigkeit des Wiesbadener Bundeskriminalamtes unterstützt, hat noch kein festes Bild erbracht. Die neueste Vermutung: Nicht ein einzelner Mörder, sondern eine Gruppe von Leuten ist für die Tat verantwortlich. Die Fahndung zielt jetzt in eine

bestimmte Richtung, sagt mir ein hoher Beamter.

Im lichten Arbeitszimmer Olof Palmes gegenüber dem wasserumsäumten Parlament sitze ich dem Nachfolger des rätselhaft ums Leben gekommenen Ministerpräsidenten gegenüber. Ingvar Gösta Carlsson (51), als junger Mann Sekretär Tage Erlanders und zuletzt Palmes Stellvertreter, ist nach dem Mordfall gemäß dem schweigenden Konsens, der die entsetzte Sozialdemokratische Arbeiterpartei einigte, auf den Stuhl des Premiers gehoben worden. Er regiert, unterstützt von den schwedischen Kommunisten und gedeckt von einer fast unsichtbar, fast nebensächlich gewordenen Krone, das Land, gleichsam als höchster Beamter inmitten einer sorgenden und fürsorgenden, mit höchster Au-

torität ausgestatteten Bürokratie.

In dem zurückhaltenden, sportlich-freundlich wirkenden Mann den Politiker zu erkennen, der in der Außen- und Innenpolitik neue Akzente setzt, einige zu feste Schrauben des Wohlfahrtsstaates zurückdreht und den missionarisch ausufernden internationalistischen Stil des Vorgängers sorgsam korrigiert, ist nicht leicht.

Carlsson bewegt sich in einer Aura der Sachlichkeit. In Schweden hat er breiten Boden gewonnen. Der Arbeitersohn, Jugendführer und früher wenig ambitionierte Zuarbeiter ist nach einigen Monaten im Amt beliebter als der hochfahrende Palme, dem Schweden stets etwas zu klein vorgekommen war. Der gelehrte Volkswirt, den die Hierarchie der Partei für ein

Jahr auch die Ökonomie Amerikas hatte studieren lassen, formuliert in abgewogenen, schweren Sätzen.

Ob Schweden leicht zu regieren sei oder ob das Land, das sich ja einmal mit dem Attribut eines Modells ausgestattet habe, schwierig sei, frage ich Carlsson. Im Vergleich zu anderen Ländern sei es natürlich leicht zu regieren, antwortet er. „Schweden ist ein kleines Land und wir haben eine gute demokratische Tradition. Die Bürger sind staatsloyal, wir haben keine schwerwiegenden inneren Konflikte. Aber auch wir haben unsere Schwierigkeiten. Denken Sie nur an die Energiefrage. Wir müssen gemäß den eigenen Beschlüssen bis zum Jahr 2010 von der Kernkraft auf andere Energiequellen umstellen. Das bereitet uns schon Kopfzerbrechen.“

Der Nachfolger Olof Palmes überprüft die Zukunft des schwedischen Modells

WELT: Können Sie sich den Atom-Ausstieg leisten? Schweden verdankt seinen Wohlstand einer florierenden Industrie. Der Energieverbrauch gehört zu den höchsten der Welt.

Carlsson: Wir beziehen 45 Prozent unserer Elektrizität aus Kernkraftwerken. Zwölf Aggregate produzieren Strom, die Kernenergie ist also ganz wichtig für uns. Bis 2010 werden wir wohl in der Lage sein, unser Energiesystem umzustellen. Seit Tschernobyl fragen wir uns, ob wir den Termin nicht vorverlegen sollen. Je kürzer die Zeit, desto größer ist jedoch das Risiko, daß wir durch die Emissionen von Kohle und Öl unsere Wälder und Gewässer verunreinigen. Wir haben in Schweden mehr als 80 000 Seen und davon sind 18 000 mehr oder weniger tot. Wir haben sehr wenig Kohle in unserem Energiesystem und müssen natürlich daher versuchen, Energie einzusparen. Industrie und private Haushalte sind darin erfolgreich. Wir nutzen zwei Drittel unserer Wasserkraft zur

liegen als Tschernobyl. Werden Sie den Vorsatz, bis zum Jahre 2010 andere Energiearten zu benutzen, zum Gegenstand Ihrer internationalen Politik machen?

Carlsson: Man kann über die Kernkraft nicht nur im eigenen Land diskutieren. Das Unglück von Tschernobyl hat ja sehr deutlich gezeigt, daß die Wirkungen einer Katastrophe über Tausende von Kilometern reichen. Wir haben im Osten und Nordosten unseres Landes Verseuchungen registriert. Die Sowjetunion unterhält in Leningrad, die DDR beispielsweise in Greifswald große Anlagen - vom übrigen Europa abgegrenzt. Wir sind vorrangig an der Sicherheit der Kernkraftwerke in anderen Ländern interessiert. Langfristig muß man sich jedoch die Frage stellen, ob die Kernenergie überhaupt eine akzeptable Energiequelle in der Welt darstellt.

WELT: Schweden gilt als ein Land, das seine Bürger hoch besteuert. Im Prinzip beruht darauf der Wohlfahrtsstaat. Trifft es zu, daß Sie die Steuern senken wollen?

Carlsson: Ich habe in meiner Regierungserklärung von einer realen Verbesserung der Einkommenssituation gesprochen. Das bedeutet zumindest, daß wir die Steuern nicht erhöhen werden. Wir erwägen den Plan, die Einzelperson geringer zu besteuern als das Kapital. Wir werden dabei nicht so weit gehen wie die Vereinigten Staaten.

WELT: Nach den offiziellen Angaben liegt Ihre Arbeitslosigkeit nur bei 2,3 Prozent. Hat das etwas damit zu tun, daß der schwedische Staat Arbeitsplätze subventioniert?

Carlsson: Die Prozentzahl, die Sie nennen, trifft zu. In den letzten vier Jahren konnten wir 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit anderen Ländern verglichen, ist die Arbeitslosigkeit in Schweden traditionell sehr niedrig. Wir geben keine Subventionen, die uns mit den Gatt-Vereinbarungen und anderen internationalen Verpflichtungen in Konflikt bringen würden. Wir betreiben jedoch eine sehr aktive Arbeitsmarktpolitik durch Umschulung und Ausbildung. Während dieser Zeit leistet der Staat Zahlungen. Junge Menschen müssen jedoch wenigstens vier Stunden am Tag arbeiten - im Dienst der Kommunen, aber auch in privaten Unternehmen -, um in den Besitz dieses Geldes zu gelangen. Das verfolgt den Zweck, die Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben zu bringen und zu halten.

WELT: Diese vier Stunden Arbeit sind obligatorisch?

Carlsson: Ja, für junge Menschen von 17 bis 20 Jahren, die nach dem Schulabschluß nicht sofort Arbeit finden. Für die Erwachsenen haben wir andere Methoden. Diese müssen, um Arbeitslosengeld zu erhalten, bereit sein, eine neue Arbeit, die ihnen angeboten wird, zu akzeptieren. Wenn das nicht möglich ist, versuchen wir es mit Umschulung.

WELT: Schweden hat sich immer als eine Art moralischer Großmacht gefühlt. Vor kurzem haben Sie in einer Rede gesagt, daß Afghanistan, Nicaragua und Südafrika drei aktuelle Beispiele für Verbrechen gegen das internationale Recht seien. Sind alle drei gleich schwer zu bewerten?

Carlsson: Nein, sie sind nicht genau gleich. Ich halte die Apartheid für das schlimmste aller Verbrechen in unserer Zeit. Kritisieren müssen wir aber alle drei. Der sowjetische Angriff in Afghanistan und die Unterstützung der Contras durch die USA verstoßen ebenfalls gegen das internationale Recht. Olof Palme hat sich noch auf unserem letzten Parteikongreß sehr kritisch über Afghanistan geäußert, und ich habe bei meinem Besuch in Moskau im Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow das Thema angesprochen. Die Sowjetunion weiß genau, wo wir in dieser Frage stehen.

WELT: Gorbatschow - was für einen Eindruck hat er auf Sie gemacht?

Carlsson: Ich glaube, er ist sehr kompetent. Eine neue Generation ist in der Sowjetunion an die Spitze getreten. Zu ihr gehört auch Ministerpräsident Ryschkow. Es wäre ein Irrtum, diese Generation zu unterschätzen. Eine ganz andere Frage ist es jedoch, ob es ihr gelingt wird, die Struktur der sowjetischen Gesellschaft zu ändern. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich glaube aber, daß Gorbatschow ehrlich daran interessiert ist, die Ausgaben vom Militärbereich auf den industriellen Bereich und den Konsum zu verlagern. Die Vereinigten Staaten würden klug handeln, wenn sie die sowjetische Politik hierauf prüfen würden.

WELT: Schweden hat mit der Sowjetunion Probleme. Die Seegrenze ist nicht geklärt, außerdem operierten sowjetische U-Boote in seinen Hoheitsgewässern. Hat die sowjetische Marine diese Aktivitäten eingestellt?

Carlsson: Wir haben in einigen Fällen Aktivitäten in unseren Gewässern festgestellt, wissen aber nicht, von welchem Land sie ausgehen. Sowjetische U-Boote konnten wir nur bei zwei Gelegenheiten mit

seern. Hat die sowjetische Marine diese Aktivitäten eingestellt?

Carlsson: Wir haben in einigen Fällen Aktivitäten in unseren Gewässern festgestellt, wissen aber nicht, von welchem Land sie ausgehen. Sowjetische U-Boote konnten wir nur bei zwei Gelegenheiten mit



„Wir werden mehr Geld für den Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in unseren Gewässern ausgeben. Wir brauchen eine starke Verteidigung.“

Sicherheit identifizieren. Wir klagen niemanden an, wenn wir keinen Beweis haben. In den erwähnten Fällen jedoch haben wir der Sowjetunion sehr deutlich dargelegt, daß wir solche Aktivitäten nicht akzeptieren.

WELT: Hat Gorbatschow das eingesehen und Ihnen Zusagen gemacht?

Carlsson: Ich habe diese Frage natürlich angesprochen und General-

sekretär Gorbatschow erklärte dazu, daß die Sowjetunion unsere Neutralitätspolitik unbedingt respektiere. Das ist ein stärkeres und klareres Wort als wir es früher von sowjetischer Seite gehört haben.

WELT: Nach schwedischer Auffassung verläuft die Seegrenze zwischen Gotland und der Sowjetunion: nach sowjetischer Auffassung weiter westlich in der Nähe des Festlandssockels. Ist Gorbatschow Ihnen in dieser Frage entgegengekommen?

Carlsson: Wir haben das internationale Recht auf unserer Seite, denn auf der Insel Gotland leben 57 000 Schweden. Für ein kleines neutrales Land wie das umstritte ist es außerordentlich wichtig, auf Rechtsstandpunkten zu beharren. Wir sind noch weit von einer Verständigung mit der Sowjetunion entfernt, wir müssen uns noch einmal sehen, um einander näher zu kommen. Wir sind aber insofern zufrieden, als wir in konkreten Verhandlungen mit Moskau stehen.

WELT: Eine Reihe schwedischer Militärexperten hat kritisch angemerkt, daß der schwedischen Neutralität die ausreichende militärische Grundlage fehle. Werden Sie daran etwas ändern?

Carlsson: Wir sind uns in Schweden ganz einig, daß wir eine starke Verteidigung benötigen. Wir werden jetzt auch mehr Geld für den Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in unseren Gewässern aufwenden. Dem stimmen alle politischen Parteien des Landes zu. Ich glaube aber auch, daß die meisten Länder der Welt anerkennen, daß unsere Armee, unsere Marine und

nicht zuletzt unsere Luftwaffe stark und verteidigungsbereit sind.

WELT: Treten Sie ähnlich wie Ihr Vorgänger Palme für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein?

Carlsson: Ja. Aber in den letzten Monaten haben wir uns besonders mit einer kernwaffenfreien Zone im Norden beschäftigt. Wir haben auf diesem Gebiet bei der Außenministerkonferenz der skandinavischen Länder in Kopenhagen eine neue Initiative angeregt. Wir akzeptieren natürlich, daß Norwegen und Dänemark als NATO-Länder andere Interessen und Ausgangspunkte als wir haben.

WELT: Das gilt auch für die sowjetische Seite. Im Nordwesten der Sowjetunion, auf der Halbinsel Kola, ist eine sehr starke Konzentration auch von Atomwaffen zu beobachten.

Carlsson: Ja, wir wissen, daß dort starke Militärkräfte konzentriert sind.

WELT: Bei der Vier-Kontinente-Konferenz in Mexiko im August haben Sie gesagt, die Zeit sei vorbei, in der die USA und die Sowjetunion die Geschichte der Welt bestimmen könnten. Wie meinen Sie das?

Carlsson: Ich meine das so: Ein Krieg mit Atomwaffen wäre eine Katastrophe für alle Menschen der Welt. Daher müssen wir versuchen, die Interessen der nichtkernaren Staaten zur Geltung zu bringen. Wir müssen auf die Zukunft der Welt Einfluß nehmen. Aktuell sind wir daran interessiert, daß alle Atomversuche eingestellt werden. Wir haben auf dem Gebiet der Verifikation eines Teststopps hervorragende Techniken entwickelt und Experten ausgebildet, die wir für Kontrollarbeiten in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen können. Wir glauben, daß die Zulassung von Kontrollen nicht in erster Linie ein technisches, sondern ein politisches Problem darstellt.

WELT: Welche Rolle sollten nach Ihrer Meinung die Länder Mitteleuropas, besonders die Bundesrepublik Deutschland, bei den Bemühungen um Abrüstung spielen?

Carlsson: Es war für mich sehr interessant, daß Bundeskanzler Kohl zu unserer Initiative in Mexiko eine ermutigende Botschaft gesandt hat. Ich glaube, daß wir in der Frage der Abrüstung in eine interessante Phase eingetreten sind. Im Frühjahr war ich noch etwas pessimistisch, da nach dem ersten Zusammentreffen Reagan-Gorbatschow sich keine wirkliche Bewegung mehr gezeigt hatte. Ich rechne damit, daß die neue Begegnung zwischen den Führern der Weltmächte Ende dieses Jahres oder Anfang 1987 zustande kommt. Möglicherweise wird dann ein weltweiter Stopp der Atomversuche vereinbart. Das wäre ein großer Fortschritt. Für Europa ist es wichtig, die Entspannung voranzubringen, langfristig weniger Geld für Militärausgaben zu verwenden und dafür mehr Mittel für die Armut in der Welt zur Verfügung zu stellen.

WELT: Zum Thema Südafrika. Sie wollen ja, vorbehaltlich einer Entscheidung in der UNO, einen vollständigen Handelsboykott über Südafrika verhängen. Eilen einseitigen Boykott haben Sie mit Rücksicht auf die Gatt-

Vereinbarungen abgelehnt. Warum?

Carlsson: Das Votum der Vereinten Nationen ist für uns in der Tat entscheidend. Ob ein definitiver Beschluß zustande kommt, scheint mir angesichts des Vetorechts im Sicherheitsrat unsicher. Eine Empfehlung des Sicherheitsrates wäre für Schweden aber schon ausreichend. Wenn sie zustande kommt, können wir im Reichstag einen Boykott beschließen.

WELT: Wie groß ist Ihr Handel mit Südafrika?

Carlsson: 1985 betrug unser Export eine Milliarde Kronen (330 Millionen Mark) und unser Import ungefähr 400 Millionen. Danach ist der Handel erheblich zurückgegangen. Unser Handel ist also gering, aber wir haben einige gewichtige Unternehmen, die in Südafrika produzieren. Das ist ein gewisses Problem, aber nicht entscheidend für unsere Politik. Das Hauptproblem ist in diesem Zusammenhang unsere Neutralitätspolitik. Wir müssen unsere internationalen Verpflichtungen streng beachten.

WELT: In der Bundesrepublik wird immer wieder argumentiert, im Falle eines Boykotts würde die schwarze Bevölkerung in Südafrika und in den



„Solange der Mörder Palmes nicht gefunden ist, akzeptiere ich für den persönlichen Schutz einen streng arbeitenden Kontrollapparat.“

Nachbarnländern am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Welche Position nehmen Sie zu dieser Frage ein?

Carlsson: Ich weiß, daß es Gruppen und Personen gibt, die diese Auffassung vertreten, aber ich bin persönlich mit Pfarrer Allan Boesak und Bischof Tutu bekannt, die sich für einen Boykott ausgesprochen haben. Natürlich für einen effektiven Boykott. Er ist die einzige Möglichkeit, vom Ausland aus Druck auszuüben.

WELT: Was sagen Ihre Gewerkschaften?

Carlsson: Die sind im Prinzip für einen Boykott.

WELT: Seit dem 28. Februar, dem Tag, an dem Ihr Vorgänger ermordet wurde, sind mehrere Monate vergangen, ohne daß die schwedische Polizei den Mörder fassen konnte. Was wird getan, um zu einem Ergebnis zu kommen?

Carlsson: Die Fahnder der Polizei äußern sich optimistisch. Sie sagen, daß wir den Mörder früher oder später finden werden, und man sucht heute in einer ganz bestimmten Richtung. Solange der Mörder nicht gefaßt ist, akzeptiere ich für den persönlichen Schutz einen streng arbeitenden Kontrollapparat. Die Sicherheitsmaßnahmen unterscheiden sich jedoch von denen in vielen anderen Ländern. Schweden ist kein Polizeistaat.



„Junge Arbeitslose müssen wenigstens vier Stunden am Tag arbeiten. Wir wollen die Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben bringen.“

Elektrizitätserzeugung. Viele Leute haben aus Gründen der Umwelt Bedenken, auch noch das letzte Drittel der Wasserkraft zu nutzen. Wenn wir von der Kernkraft weggelassen wollen, müssen wir aber vielleicht doch darauf zurückgreifen. Im übrigen arbeiten wir mit Wind, Torf und Holzabfällen. Wie weit wir bei unserem Klima die Solarenergie nutzen können, wissen wir noch nicht.

WELT: Einen sofortigen Ausstieg halten Sie demnach für unmöglich?

Carlsson: Das geht nicht. Wir würden dadurch zu viele neue Umweltprobleme schaffen. Schweden ist jedoch das einzige Land, das beschlossen hat, sich langfristig von der Kernenergie zu trennen.

WELT: Im Unterschied zu anderen Parteien in Schweden vertritt die regierende sozialdemokratische Arbeiterpartei einen ausgesprochen technokratischen Standpunkt. Sie hat die Kernenergie durchgesetzt. Hat sich die grundsätzliche Einstellung geändert?

Carlsson: Nein, wir fördern neue Techniken. Als Industriestaat ist Schweden darauf angewiesen. Wir verwenden 2,7 Prozent unseres Nationalprodukts für Forschung und Entwicklung und müssen damit fortfahren. Ein Staat, der sich von der Kernkraft trennen will, ist ja darauf angewiesen, durch Forschung neue Techniken zu entwickeln, um seinen Standard halten zu können.

WELT: Sie haben vor einiger Zeit gesagt, daß einige Atomkraftwerke näher an Schweden



Der Mord an Olof Palme verbreitete in Schweden lähmendes Entsetzen. Man kannte die vertraute Welt, in der man lebte, nicht mehr. Die schwedische Polizei war auf ein solches Ereignis nicht vorbereitet. Die Regierung suchte in Bonn und beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden um Hilfe nach. Sie wurde sofort gewährt. Das Bild zeigt den Tatort mit der Blutlache. Im Vordergrund hefteten Passanten ein Bild Olof Palmes an ein Hausgelenk. „Wer hat unsere Friedensehre erschossen?“ lautet die hilflose Frage, die man auf Plakaten lesen konnte.

FOTOS: TILBERG/OPA

هكذا منه الأصل

هكذا من الأول

Grundig Video-Reporter VS-C 50.

Unser kleines Wunderwerk hält auch bei außergewöhnlichen Ausflügen leicht mit.

NEU.
Im Weltsystem VHS.

Sie machen Urlaub,
gehen auf Reisen, erleben fremde
Länder, und für Ihren Camera-Recorder beginnt
eine aktionsgeladene Zeit.

Denn der Grundig Video-Reporter macht exotischen Zauber und den
Reiz der Ferne sichtbar. Aber auch zu Hause erweist er sich bei den
unterschiedlichsten Gelegenheiten als technisch perfekt und mit
allen Finessen der modernen Videographie ausgestattet. Dazu hat
dieser „Winzling“ mit nur 1,4 kg Gewicht einen Vorteil, der weltweit



zählt: Die Compact-Cassette im System VHS, für die der Nachschub
auch an den entlegensten Orten klappt und die per Adapter in jedem
VHS-Recorder (PAL) abspielbar ist.

Auf der Photokina hat unser Video-Reporter VS-C 50 einen außerge-
wöhnlichen Stand. Ganz groß – damit Sie mal sehen, was im einzel-
nen an Technik und Ausstattung im VHS-Compact-System steckt.
Ganz übersichtlich – damit Sie sich optimal informieren, sich unsere
Geräte vorführen lassen und sie ausgiebig testen können. Und nicht
zu übersehen. Schauen Sie sich doch mal um auf der Photokina!

photokina Köln,
3.-9. Sept. '86
Halle 4.1, Stand 16

GRUNDIG
Es lebe die Leistung

Der Schweizer Präsident legt sein Amt nieder

DW, Bern

Der Schweizer Bundespräsident und Innenminister Alphons Egli wird zum Jahresende die Regierung verlassen.

Der 62-jährige Christdemokrat, der dem rechten Flügel seiner Partei zugeordnet wird, gibt gesundheitliche Gründe für seinen Rücktritt an. Egli, der aus Luzern stammt, war vier Jahre in die sieben Mitglieder zählende eidgenössische Regierung, den Bundesrat, eingetreten. Er war dort auch für die Umweltpolitik zuständig.

Wer sein Nachfolger wird, ist bislang unklar. Es geht zunächst darum, einen neuen Kandidaten für das Amt des Innenministers zu finden. Egli's Amtszeit als Bundespräsident wäre zum Jahresende, wenn der Rücktritt wirksam wird, ohnehin ausgelaufen. Er war 1985 Vizepräsident und stand damit Ende vergangenen Jahres für die einjährige Amtszeit an.

Das Präsidentenamt ist vorwiegend auf repräsentative Aufgaben beschränkt. Erster Mann im Staat ist in der Schweiz der Präsident des Nationalrats, der großen Kammer des Parlaments. Als nächster Bundespräsident ist bereits Außenminister Pierre Aubert als derzeitiger Vizepräsident vorgesehen. Aubert ist in der Schweiz nicht unumstritten, da er häufiger als seine Vorgänger zu Dienstgeschäften ins Ausland reist.

„Moskau lernt aus Tschernobyl“

WELT-Gespräch mit dem Chef der Reaktorsicherheits-Kommission, Adolf Birkhofer

ULRICH REITZ, Bonn
Bei dem Zwischenfall im Reaktor von Cattenom „bestand für Menschen keine Gefahr“, selbst wenn die Anlage voll in Betrieb gewesen wäre. Der „Vorfall“, der die Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie belebte, habe „mit dem nuklearen Teil der Anlage überhaupt nichts zu tun“ gehabt. Außerdem sei kein Anlagenteil betroffen worden, „das unmittelbar zur Kühlung des Reaktors benötigt wird“. Es spiele auch keine Rolle, wieviel Wasser ausgetreten sei, sagte der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Professor Adolf Birkhofer, im Gespräch mit der WELT.

Atom-Technik beherrschbar

Auf die Frage, ob die Atom-Technik überhaupt von Menschen beherrschbar sei, sagte Birkhofer: „Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ist die Technik beherrschbar.“ Man werde immer mit Schwierigkeiten oder Schäden in Bereichen, die sicherheitstechnisch obere Bedeutung seien, rechnen müssen. Dies habe aber keine Auswirkung auf die Bewertung der gesamten Anlage.

Was die Sicherheitsphilosophie der Franzosen angeht, stellte Birkhofer einen Wandel fest. Die enge Kooperation zwischen deutschen und französischen Sicherheitsexperten in den vergangenen zehn bis 15 Jahren habe mit dazu geführt, „daß sich die heute

gebauten französischen Anlagen gegenüber den ursprünglichen Planungen sehr stark einem Sicherheitskonzept genähert haben, wie wir es traditionsgemäß pflegen. Praktisch gibt es keine Unterschiede.“

Birkhofer wies die Vorwürfe der saarländischen Landesregierung, sie sei über den Zwischenfall in Cattenom zu spät informiert worden, zurück. Nach seinen Erkenntnissen sei der Störfall am Freitag, dem 22. August, gegen 20 Uhr entdeckt worden. Um 3.00 Uhr am folgenden Samstag morgen sei der Generaldirektor für die technische Ausrüstung von Kernkraftwerken in Paris informiert worden. Bereits um 4.00 Uhr habe die Präfektur in Metz Bescheid gewußt. Nur eineinhalb Stunden später habe sie das saarländische Innenministerium informiert. Saarbrücken hatte behauptet, erst am Sonntag morgen von Metz über den Vorfall in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Die Zeit, die zwischen dem Zwischenfall und der Information des Saarlandes gelegen habe, nannte Birkhofer „völlig ausreichend“. Immerhin habe es sich um einen Vorfall gehandelt, „der keine sicherheitstechnische Bedeutung hat und der bei einer Anlage stattfand, die überhaupt nicht in Betrieb war“.

Zu der von Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) angekündigten Überprüfung der deutschen Kernkraftwerke sagte Birkhofer: „Wir prüfen, ob Ergänzungen im an-

lageninternen Katastrophenschutz vernünftig sind.“ Dies heiße aber keinesfalls, „daß heute ein Sicherheitsdefizit besteht“.

Das Restrisiko rechtfertigt nach Ansicht von Birkhofer nicht den Ausstieg aus der Kernenergie. „Naturgesetzlich betrachtet kann man das Restrisiko nicht ausschließen, wie man auch nicht ausschließen kann, daß einem in der nächsten Minute die Decke auf den Kopf fällt.“

„Erheblicher Fortschritt“

Birkhofer stellte der Sowjetunion ein positives Zeugnis über ihr Verhalten bei der Expertentagung in Wien aus, die gegenwärtig über die Folgen von Tschernobyl berät. „Gegenüber den ersten Äußerungen von russischer Seite im Mai, wo im wesentlichen von administrativen Verbesserungen die Rede war, ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt, wesentlich mehr.“

Daß Moskau nicht mehr nur von menschlichem Versagen spreche und jetzt technische Maßnahmen ergreifen wolle, „ist ein erheblicher Fortschritt“, Birkhofer äußerte sich zuversichtlich, „daß die Maßnahmen, die die Russen jetzt durchführen wollen, nicht die letzten sein werden“. Er bescheinigte der Sowjetunion, daß sie „nach Tschernobyl gelernt hat“. Seiner Überzeugung nach werde Moskau künftig die Fragen der Sicherheit ernst nehmen.

Gewerkschaften beklagen Folter und Verfolgung

dpa, Brüssel

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat die Verletzung von Gewerkschaftsrechten in allen Teilen der Welt beklagt. Die Verletzungen der Rechte reichen von Mord, Folter und Inhaftierung bis zu bürokratischen und rechtlichen Beschränkungen. Die meisten und schwersten Verletzungen der Gewerkschaftsrechte finden nach der Übersicht des IBFG in Ländern der Dritten Welt statt. In Afrika würden in zahlreichen Staaten grundlegende Gewerkschaftsrechte beschnitten. Häufig komme es zu willkürlichen Verhaftungen von Gewerkschaftern und zur Einmischung der Regierungen in innergewerkschaftliche Angelegenheiten.

In Lateinamerika habe sich dagegen die Rückkehr zu demokratischen Regierungen und deren Festigung in einer zunehmenden Zahl von Ländern 1985 und 1986 positiv auf die dortigen Gewerkschaftsrechte ausgewirkt. Besonders schwerwiegend sei aber noch die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in Chile, El Salvador, Guatemala und Brasilien.

In Asien sei es in den kommunistischen Ländern, wo die offiziellen Gewerkschaften „lediglich Instrumente der kommunistischen Partei sind“, zu schwerwiegenden Verstößen gekommen. Das Gesamtbild stelle sich „nach wie vor düster dar“, heißt es.

„Andere Grundrechte sind auch eingeschränkt“

Biedenkopf zur WELT: Verfassungsgericht garantiert Asyl

DIETHART GOOS, Bonn

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, hat in einem Interview mit der WELT die Abschaffung des Asylrechts als verfassungsrechtlich unmöglich bezeichnet, jedoch einen Gesetzesvorbehalt zur Debatte gestellt.

Der Frage, ob eine Änderung des Grundgesetzes für nötig halte, begegnete Biedenkopf zwar mit dem Hinweis, daß er sich „noch keine abschließende Meinung gebildet“ habe, bezog aber dennoch eine klare Ausgangsposition: „So, wie das Verfahren im Augenblick läuft, kann es nicht weitergehen.“ Sollte eine Beschleunigung des Asylverfahrens nicht zum Erfolg führen, wäre er der Einführung eines Gesetzesvorbehalts nicht abgeneigt. „Das wäre nichts Ungewöhnliches, denn wir haben eine ganze Reihe anderer Grundrechte wie zum Beispiel die Rundfunkfreiheit oder die Lehrfreiheit oder die Redefreiheit oder die Vereinsfreiheit, die auch alle unter Gesetzesvorbehalt stehen.“

Die Einführung eines sogenannten Vorschaltgesetzes wird insbesondere von Bundesinnenminister Zimmermann favorisiert. (WELT v. 7. 8.)

Biedenkopf wandte sich gegen das verbreitete Mißverständnis, daß die Einführung eines Gesetzesvorbehalts der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gleichkomme: „Eine Einschränkung des Grundrechts ist mit einem Gesetzesvorbehalt nicht verbunden. Insoweit ist die ganze Diskussion schief.“ Seine Argumentation gipfelte in dem Hinweis auf die verfassungsrechtliche Grenze: „Ich kann das Grundrecht ohnehin in seinem Kernbestand nicht beein-

trächtigen. Das würde das Verfassungsgericht gar nicht zulassen.“

Die Unionsparteien forderte Biedenkopf auf, sich über die Asylfrage hinaus bald auf ein gemeinsames Wahlprogramm zu verständigen, und fügte hinzu: „Einerseits wollen wir die Frage, wie wir das Asylantenproblem lösen, nicht zum Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzung machen. Andererseits will die Bevölkerung wissen, wie die Union in der nächsten Legislaturperiode mit dieser Frage fertig werden will.“

Als das Gespräch auf die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern um künftige Kabinettsposten kam, empfahl Biedenkopf, sich an ein amerikanisches Sprichwort zu halten: „Über die Brücke gehen wir, wenn wir hinkommen.“ Er plädierte auch für einen Verbleib von Außenminister Genscher im Amt: „Er ist ja auch jetzt Außenminister. Also brauche ich meine Vorstellungskraft nicht allzu sehr anzustrengen.“

Unterdessen sind der innenpolitische Fraktionssprecher der Union, Broll, und der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Fellner, mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten, die weit über die bisherige Diskussion in der Union hinausgehen und auch zu den Überlegungen Biedenkopfs kontrastieren. Broll empfahl, die Aussage im Grundgesetz, nämlich daß politisch Verfolgte Asyl genießen, in die Formulierung zu ändern, daß die Bundesrepublik Deutschland Asyl gewähre. „Ein Grundrecht analog zu deutschen Bürgerrechten wäre damit abgeschafft“, ohne daß der moralische Anspruch auf Asyl beeinträchtigt würde.

Ehmke kritisiert in Washington US-Europapolitik

with, Washington

Der stellvertretende Fraktionsführer der SPD, Horst Ehmke, und der Wahlkampfmanager des Kanzlerkandidaten Rau, Bodo Hombach, sind am Dienstag in Washington eingetroffen, um der amerikanischen Regierung die außen- und sicherheitspolitischen Positionen ihrer Partei nahebringen. Ihre Gesprächspartner sind unter anderem die Staatssekretäre Icke und Armacost, der Direktor der Rüstungskontrollbehörde, Adelman, und der Rußlandexperte im Nationalen Sicherheitsrat, Matlock. Amerikanische Gesprächspartner im Ministerrat standen nicht zur Verfügung.

Ehmke, der außerdem vom ehemaligen Berliner Bürgermeister Stobbe begleitet wird, erläuterte zu Beginn seines Besuchs noch einmal vor der Presse seine kritische Einstellung zur amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Er sei an einer offenen Diskussion mit den Amerikanern interessiert, „ob wir 300 000 ihrer Soldaten auf deutschem Boden haben müßten“. Der SPD-Politiker sprach sich gegen die neuen amerikanischen binären chemischen Waffen aus, weil sie ein generelles Verbot aller chemischen Waffen erschweren, und formulierte ein entschiedenes „Nein“ zum SDI-Programm der USA.

Er sei grundsätzlich für die Allianz, sagte Ehmke, doch nicht in ihrer gegenwärtigen Form, denn sie befände sich in einem Zustand der Unordnung und Verwirrung. Er entdeckte im übrigen eine starke Europäisierung der Politik in der Alten Welt, und das sei nicht zuletzt eine Folge der Politik der Reagan-Administration.

USA streichen Zimbabwe die Wirtschaftshilfe

DW, Washington/Harare

Die USA haben ihre Wirtschaftshilfe für Zimbabwe eingestellt. Wegen wiederholter antiamerikanischer Äußerungen der Regierung in Harare während der achten Gipfelkonferenz der Blockfreien werden die für dieses Jahr bereits bewilligten 13,5 Millionen Dollar nicht ausbezahlt. Auch künftig soll Zimbabwe keine Mittel mehr aus dem Auslandshilfsprogramm der USA bekommen. Sieben Millionen Dollar, die bereits für spezielle Projekte verplant sind, werden allerdings noch an Harare gezahlt.

Perus Staatspräsident Alan Garcia übte bei der Konferenz ebenfalls Kritik an den USA wegen ihrer Einmischung in Nicaragua, verurteilte jedoch auch die „Hegemonialpolitik der anderen Großmacht“. Er wandte sich grundsätzlich gegen die Industriestaaten, die bei Kreditvergabe, Zinssatzfestlegung und Schuldenerleichterungen gegenüber der Dritten Welt „wirtschaftliche Apartheid“ und „finanziellen Rassismus“ praktizierten. Die Schuldenerlässe dürften nicht zu Instrumenten der Großmächte werden. Eine Rückzahlung der Auslandsschulden würde beispielsweise jedes lateinamerikanische Land in Elend stürzen.

Südafrikas Präsident Pieter W. Botha hat unterdessen mit Hinweis auf die geplante Resolution der Blockfreien, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, erklärt, die Länder des Kontinents könnten sich solche Schritte gegen sein Land nicht leisten. Sie würden von anderen dazu gedrängt. Die Blockfreien sollten endlich aufhören, sich blenden zu lassen. Die Weißen zählten nun einmal zu den Ureinwohnern Südafrikas.

UNO rüttelt Afrikas Agrarpolitiker wach

DW, Yamoussoukro

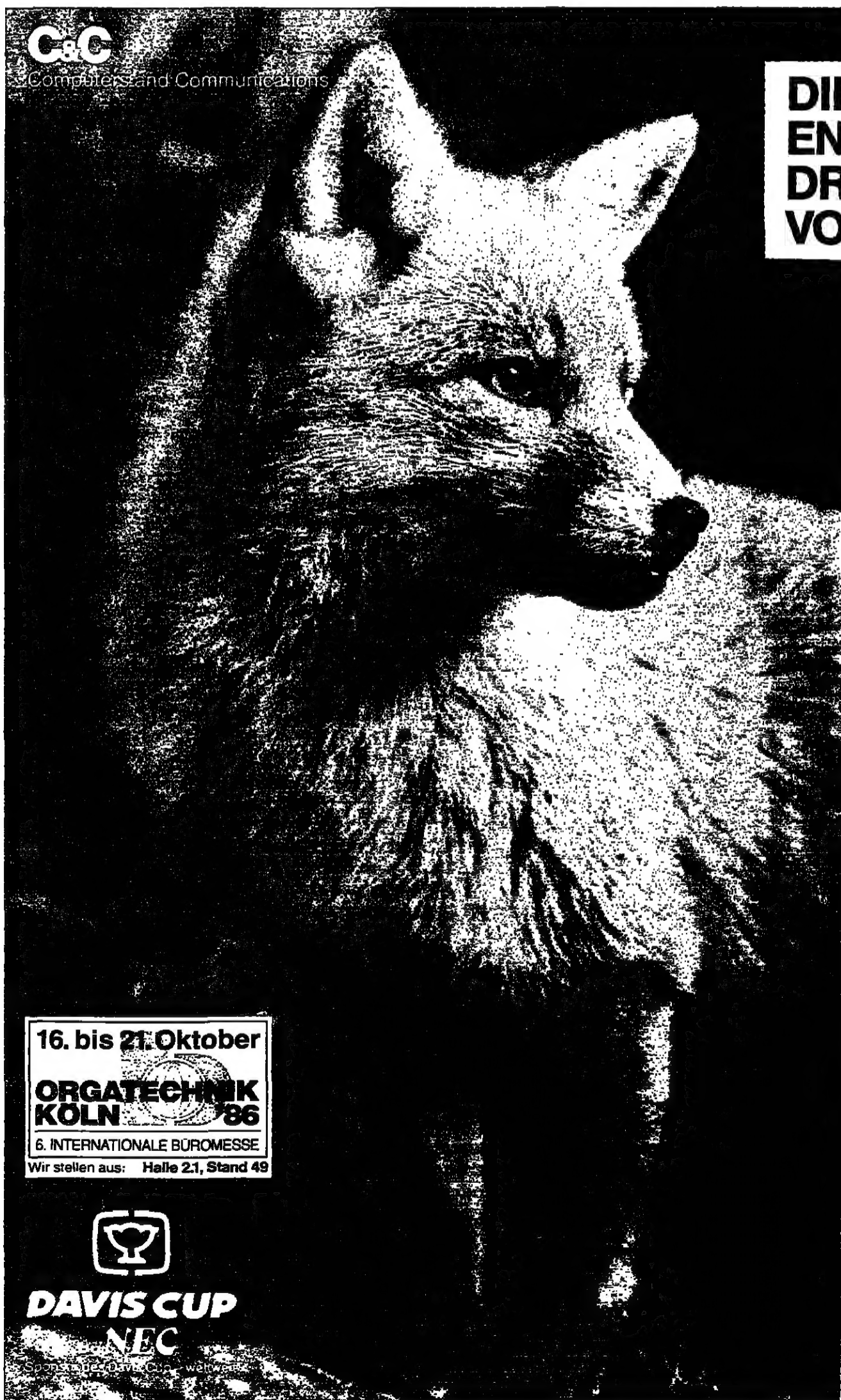
Politische Fehlentscheidungen und mangelndes Interesse an der Entwicklung der Landwirtschaft in vielen afrikanischen Staaten sind nach Meinung der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) für die Hungersnot auf dem Kontinent verantwortlich. In einer Studie unter dem Titel „Afrikanische Landwirtschaft: Die nächsten 25 Jahre“ heißt es, die Landwirtschaftspolitik müsse dringend korrigiert werden. Ansonsten drohe um das Jahr 2010 eine Hungersnot, die weitaus schlimmer würde als jede vergangene.

Die Untersuchung wurde bei der FAO-Konferenz in Yamoussoukro, der Hauptstadt des Staates Elfenbeinküste, vorgestellt. Darin heißt es, klimatische Verhältnisse allein könnten für die Katastrophen der jüngsten Vergangenheit nicht verantwortlich gemacht werden. Dürre habe es in Afrika immer gegeben. Schädlich sei vor allem, daß landwirtschaftlich nutzbares Gebiet nicht in einem dem Bevölkerungswachstum angemessenen Maß erschlossen werde. Die Menge der geernteten Feldfrüchte liege gleich oder werde sogar weniger, weil der technische Fortschritt für den Ackerbau nicht genutzt werde. Die Lebensmittel-Produktion pro Kopf der Bevölkerung drohe um dreifig

Prozent zu sinken. Somit könnten zu Beginn des nächsten Jahrhunderts fast alle afrikanischen Staaten gezwungen sein, mehr als 100 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr einzuführen.

Dabei könnte Afrika sich nach Meinung des FAO-Generaldirektors Edouard Saouma selbst ernähren. Notwendige Voraussetzung dafür sei zunächst, daß der Landwirtschaft, für das kaum ein Land des Kontinents mehr als ein Zehntel seiner Haushaltsmittel aufwende, Priorität eingeräumt werde. Der Umweltschutz sei stärker zu berücksichtigen, damit die ständig wachsende Bevölkerung der Natur keine irreparablen Schäden zufüge. Die internationale Staatengemeinschaft müsse die Entwicklungshilfe verstärkt für die Nahrungsmittelproduktion einsetzen. Protektionistische Bestrebungen im Bereich der Landwirtschaft seien zu bekämpfen. Zudem forderte Saouma Förderprogramme, die helfen, Organisation und Infrastruktur zu verbessern.

Würden die genannten Mißstände abgestellt, könne die landwirtschaftliche Produktion jährlich um drei Prozent gesteigert werden. Die Tagung in Yamoussoukro will nun klären, wie die vorgeschlagene Neubelebung der Landwirtschaft praktisch bewerkstelligt werden kann.

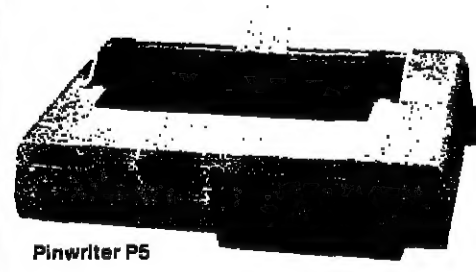


C&C
Computers and Communications

**DIE CLEVERE
ENTSCHEIDUNG.
DRUCKER
VON NEC.**

Ganz schön schlau von NEC, dachte so mancher, als er die neuen Drucker sah. Denn ohne perfekten Drucker ist ein Computer nur die Hälfte wert. Wenn man sich jedoch einmal gründlich umsieht, was im Bereich Drucker auch vom Systemlieferanten so alles läuft, kann sich einem schon das Fell sträuben. Höchstpreise für antiquierte Technik sind nicht gerade eine Seltenheit. Anders die Drucker aus dem Hause NEC. Technologisch auf dem höchsten Niveau überzeugen diese ausgefeilten, geräuschlosen Systeme durch ihren günstigen Preis, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und echte Korrespondenzqualität auf der ganzen Linie. Angefangen bei den für alle Computer bestens geeigneten Punktmatrixdruckern mit ihren 24-Nadel-Druckköpfen bis hin zum NEC Laserdrucker, der de facto den neuesten Stand der Drucktechnik darstellt. Lassen Sie sich also nicht unter Druck setzen. Prüfen und testen Sie die Drucker von NEC. Zu Ihrem eigenen Vorteil.

NEC – Das paßt!




Pinwriter P5

NEC

**NEC Business Systems
(Deutschland) GmbH**

Klausenburger Straße 4
8000 München 90 West Germany
Tel.: 0 89/93 00 01-0 Telefax: 0 89/93 7776/8
Tele.: 5 218 073 und 5 218 074 nec m

16. bis 21. Oktober
**ORGATECHNIK
KÖLN '86**
6. INTERNATIONALE BIÜROMESSE
Wir stellen aus: Halle 2.1, Stand 49


**DAVIS CUP
NEC**

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrer regionalen NEC-Werksvertretung:

Dr. G. Dohrenberg GmbH
Bayreuther Str. 3 1000 Berlin 30
Tel.: 0 30/219 00 70 Tele.: 184 860

CHS Computer Hard- und Softwarevertrieb GmbH
Spaldingstr. 64 2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40/23 22 23

Lorenz + Schreckel
Zelss-Str. 13 3000 Hannover 81
Tel.: 05 11/83 09 57 Telefax: 5 118 451 LuShan

SYSDAT GmbH
Brabantstr. 38-40 5000 Köln
Tel.: 02 21/23 54 44-45 Tele.: 8 882 686

S.E.H. Computer-Peripherie-Geräte GmbH
Beethovenstr. 26 6455 Erlensee
Tel.: 0 61 83/20 11 Tele.: 415 508

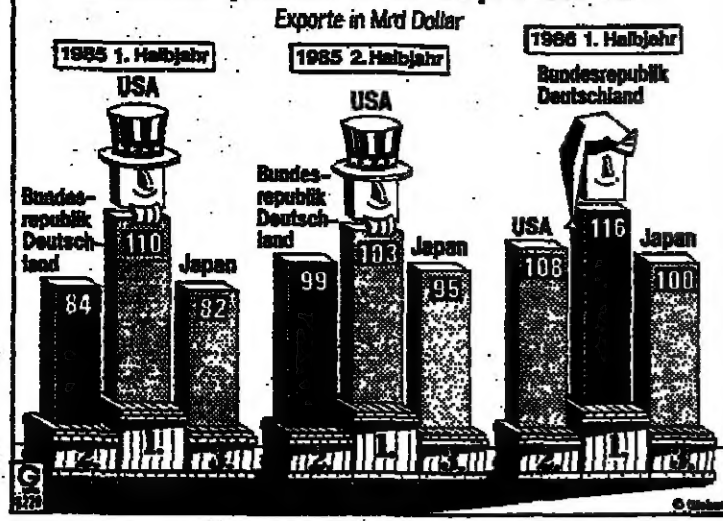
Magirus Datentechnik GmbH
Meisenerweg 33 7022 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: 07 11/75 04-0 Tele.: 7 255 341

SCHWIND DATENTECHNIK GMBH
Fraunhofer Str. 10 8033 Martinsried
Tel.: 0 89/8 57 20 47 Tele.: 5 213 087 sdt d

SYSDAT Computer Products AG
Stationsweg 5 CH-3627 Heimberg
Tel.: 0 33/37 70 40 Tele.: 921 310

Indutronic
Feschingsstr. 78 A-9020 Klagenfurt
Tel.: 0 42 22/4 36 93-0 Tele.: 422 784 Induta

Bundesrepublik: Welt-Exporteur Nr. 1



Der Export-Weltmeister des ersten Halbjahres 1986 heißt Bundesrepublik Deutschland. Die USA rutschen zum ersten Mal seit über siebzig Jahren auf den zweiten Platz.

GRAPHIC: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

DG Bank: Zusammen mit dem Unice-Konsortium genossenschaftlicher Zentralbanken wurde eine Multi-Währungsfinanzierung im Gegenwert von rund 275 Mill. Dollar in fünf Tranchen für die Weltbank arrangiert, darunter 250 Mill. DM 5,75prozentige Schuldverschreibungen mit siebenjähriger Laufzeit, die zu pari bei deutschen und ausländischen Genossenschaftsbanken platziert werden.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 288,82 (281,79); Chemie: 188,72 (171,55); Elektro: 333,27 (340,35); Auto: 755,81 (785,91); Maschinenbau: 153,47 (158,06); Versorgung: 165,39 (169,52); Banken: 429,76 (436,94); Warenhäuser: 179,34

Bauwirtschaft: 535,07 (539,37); **Konsumgüter:** 188,93 (191,20); **Versicherung:** 1526,04 (1527,23); **Stahl:** 160,51 (163,59)

Kursgewinner: DM + %
Preussag 217,00 14,2
AAC South Afr. 30,50 10,9
De Beers 15,50 9,15
Tosny 10,00 8,70
Moenus 96,50 7,10

Kursverlierer: DM - %
Mitsui 2,35 9,62
Nippon Kokan 3,50 8,86
Nissin Steel 2,80 6,67
Frankona Rück. 705,00 6,00
Herlitz (Frankfurter Werte) 185,00 5,13

Nachbörsen: Schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Fluorop: Vier Mill. Blumensträuße für 120 Mill. DM haben die Bundesbürger 1985 über die Floristenorganisation verschickt. (S. 11)

Daimler-Benz: Das Amerikageschäft soll weiter ausgebaut werden. (S. 11)

MTU: Der Triebwerkhersteller ist mit 33 Prozent an einem 15-Mrd.-DM-Projekt zur Entwicklung und

Fertigung der Triebwerke für das Kampfflugzeug „Jäger 90“ beteiligt.

HSW: Die ehemals zur Korf-Gruppe gehörende Hamburger Stahlwerke GmbH hat 1985 ihren Umsatz von 465 Mill. auf 476 Mill. DM gesteigert. (S. 11)

atidas: Der weltgrößte Sportartikel-Konzern ist mit dem Geschäftsjahr 1985 zufrieden. (S. 11)

Produkt	2.9.86	1.9.86	1.7.86	1.8.86	1973
Superbenzin	205,80	205,00	185,00	206,00	97,00
0,15 g Bleigehalt					
Diesel (EG-Material)	131,50	130,50	104,00	226,00	84,00
Helsil 3,5 % S	73,50	71,50	71,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Ispo: Tennis ist das Zauberswort der Internationalen Sportartikelmesse in München. (S. 12)

Preisindex: Die Lebenshaltung war Mitte August um 0,4 Prozent preiswerter als ein Jahr zuvor.

Konkurrenz: 5,4 Arbeitnehmer verlieren bei jeder Firmenpleite den Arbeitsplatz.

Photokina: Die Japaner präsentieren in Köln Neuheiten und Weiterentwicklungen in der Videotechnik. (S. 11)

Kfz-Haftpflicht: Die zum 1. Januar 1985 wirksam gewordene Beitragserhöhung sollte nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Milz sofort wieder rückgängig gemacht werden.

NAMEN



MAN Technologie: Aufsichtsratsvorsitzender der MAN AG, Gerd R. Schmidt, Vorstandsmittglied der Zahnradfabrik Renk AG, Rolf Kessler, Betriebsratsvorsitzender der MAN Technologie, Wilfried Lochte und Hans Dieter Meissner, beide Vorstandsmitglieder der MAN AG, und Karl-Heinz Wüllenweber, Betriebsratsmitglied der MAN Technologie.

WER SAGT'S DENN?

Ein Durchlauferhitzer ist ein Personalschiff, der morgens die Büros durchstreift und die Gemüter der Mitarbeiter in Wallung bringt.

Hans Kasper

Europas Stahlproduzenten wollen keine Auflockerung der Quoten

Verband fordert im Herbst besonders restriktive Herstellungs- und Lieferprogramme

WILHELM HADLER, Brüssel
Zu optimistisch eingeschätzt hat die EG-Kommission offenbar zu Beginn dieses Sommers die Preisentwicklung auf dem europäischen Stahlmarkt. Die im Verband Eurofer zusammengeschlossenen Stahlzeuger der EG haben deshalb von Brüssel für das vierte Quartal 1986 „besonders restriktive Produktions- und Lieferprogramme“ gefordert.

Die Stellungnahme bestätigt, daß die Widerstände gegen die von der Kommission geplante weitere Auflockerung des Quotensystems groß sind. Es gilt deshalb als fraglich, ob der EG-Ministerrat sich am Jahresende wenigstens zu einer Ausgliederung von zwei neuen Produktgruppen (Walzdraht und feuerverzinkte Bleche) und aus dem Krisenmechanismus nach Artikel 58 des Montanvertrages durchringen wird.

Eurofer weist auf eine Verringerung der Marktversorgung, einen Abbau der Lagerbestände und einen Rückgang der EG-Exporte hin. Seine

Mitgliedsunternehmen treten für eine „besonders strenge Überwachung der Einfuhren“ der Gemeinschaft ein und halten es für „zwingend notwendig“, die bereits eingeleiteten oder noch ausstehenden Antidumping-Beschwerden gegen Drittlandslieferanten „sofort zu behandeln“. Angekündigt wurden Klagen gegen Lieferanten aus Jugoslawien, Algerien, der Türkei, Venezuela und Mexiko.

Auch die EG-Dienststellen haben bei ihren Konsultationsgesprächen mit Eurofer eingeräumt, daß eine vorsichtige Politik angebracht sei. Die allgemeine Zunahme der Industrieproduktion in Europa habe sich nicht in einem vergleichbaren Anstieg der Stahlnachfrage niedergeschlagen, hieß es in Brüssel. Die auf dem Markt erzielten Preise seien relativ niedrig, was allerdings zumindest teilweise darauf zurückzuführen sei, daß viele Kontrakte auf Dollarbasis abgeschlossen wurden.

Als Folge der verhaltenden optimistischen Nachfragebeurteilung zu Be-

ginn dieses Jahres haben nach den Erkenntnissen der Brüsseler Experten auch die Lagerbestände (vor allem bei Walzstahlerzeugnissen) inzwischen ein beträchtliches Niveau erreicht und daher besteht die Gefahr eines weiteren Preisdrucks, falls es nicht zu einer Beschränkung des Stahlangebotes komme.

Erschwerend komme hinzu, daß sich die Absatzmöglichkeiten für europäischen Stahl wegen der weltweiten Überproduktion und der US-Importbeschränkungsmaßnahmen („Selbstbeschränkungsabkommen“) erheblich verschlechtert hätten.

Eurofer errechnete, daß die EG-Importe von Januar bis Mai um eine Million Tonnen (verglichen mit dem Vorjahreszeitraum) gestiegen sind, dagegen seien die EG-Ausfuhren in der gleichen Periode um zwei Millionen Tonnen zurückgegangen. Der Exportüberschuss der Gemeinschaft bei Stahlerzeugnissen hat sich danach auf etwa 3,9 Mill. Tonnen vermindert.

Wann wird sich die Kürzung der Ölproduktion durchsetzen?

Noch sind große Mengen auf dem Weg zur Verarbeitung

Bm. Bonn
Der letzte Montag war für die 13 Opec-Ölfranchiser der Tag des Schwures. Vom 1. September an, so hatten sie am 5. August in Genf erklärt, werde die Förderquote der Mitgliedstaaten zurückgenommen. Ziel für 1988 ist, die Ölleistungen der Opec nicht unter 90 Milliarden Dollar fallen zu lassen. 1984 noch waren es fast 160 Milliarden Dollar.

Nicht nur die Opec-Ölfranchiser haben angekündigt, ihre Förderung zu begrenzen. Auch Mexiko, Ägypten, China und Norwegen haben wissen lassen, daß sie sich dem Opec-Appeal von Genf anschließen werden. Selbst die Sowjetunion hat signalisiert, daß sie die Rohölförderung drosselt.

Greift die Genfer Vereinbarung jetzt, so wird sich die Förderung der Opec auf 16 Mill. Faß (159 Liter) erniedrigen, das sind rund 800 Mill. Tonnen im Jahr. Die Mineralölwirtschaft ist jedoch nicht sicher, daß der Opec-Beschluß sofort durchgesetzt wird. Es gilt als „sehr wahrscheinlich“, daß sich zunächst die Förderländer gegenseitig beobachten und dann all-

mählich die Förderung zurücknehmen, wenn sich ein Trend dazu abzeichnen beginnt. Zudem, so heißt es, seien noch große Mengen Rohöl aus der Zeit vor dem Beschluß von Genf auf dem Weg zur Verarbeitung. Erst wenn diese Welle abgebaut sei, könnte sich eine Förderkürzung durchsetzen.

Die Aufwärtsentwicklung der Ölpreise setzt sich fort. In Rotterdam wurde am Spotmarkt der Preis für Nordseeöl von 14,30 auf 14,85 Dollar je Faß heraufgesetzt. Texasöl (leicht) zog von 19,90 auf 15,46 Dollar an. Ägypten hat angekündigt, die Preise für Rohöl um 50 Cent auf 10,50 bis 12,50 Dollar (je nach Qualität) vom 15. September an anzuhäben.

Insgesamt ist seit dem Tiefpunkt der Preise Ende Juli der Rohölpreis in Rotterdam um rund 50 Prozent gestiegen. Das gleiche gilt für Produkte. So zog Normalbenzin von 104 Dollar je Tonne auf 157 Dollar an. Super kostet heute 206 Dollar gegenüber 140 Dollar Anfang August. In den letzten Tagen hat sich der Preis jedoch auf diesem Niveau stabilisiert.

Mehr Arbeit für die Küste durch weniger Lohnzuwachs

Provokative Thesen auf einem Symposium der IG Metall

ww. Bremen
Unter dem Gemurre vieler Teilnehmer am Symposium der IG Metall unter dem Motto „Arbeit für die Küste“ forderte der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie (VDS), Michael Budczies, in Bremen: „Die Tarifparteien müssen darüber nachdenken, ob nicht das Angebot von Arbeitskraft in Norddeutschland für die Ansiedlung von neuen Industrien und Betrieben attraktiver gemacht werden kann.“ Es sei besser, auf ein paar Lohnprozentpunkte zu verzichten, wenn es dadurch gelinge, neue Industrien anzusiedeln. Die Ansiedlung, führte er weiter aus, müsse durch niedrige Gewerbesteuer-Hebeseite und niedrige Energiekosten gefördert werden.

Norddeutschland sollte deshalb sein hauptsächliches Augenmerk auf die Erzeugung billiger Energie richten. An die Gewerkschaft gewandt, meinte der VDS-Vorsitzende: „Arbeitszeitverkürzung verteuert die Produktion, ohne entsprechende Kaufkraft zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung schafft daher in unserer Lage keinen neuen Arbeitsplatz, sondern vernichtet Arbeitsplätze.“

„Um einen Kapazitätsabbau auf

den Werften zu begrenzen und einen totalen Zusammenbruch des deutschen Schiffbaues zu verhindern, brauchen wir eine Absatzhilfe von europäischem Niveau und eine Hilfe zur Bewältigung der Folgekosten der Kapazitätsanpassung“, forderte Budczies. Diese Hilfe müsse ergänzt werden durch eine Hilfe zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region.

Der Vorsitzende der IG Metall, Franz Mayr, forderte eine expansive Wirtschaftspolitik, mehr Handel bedeute mehr Fracht und damit die Notwendigkeit für nationalen Schiffbau; es müsse deshalb ein Regionalprogramm für den Norden mit küstennaher Ausprägung aufgelegt werden.

Auch der Bremer Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), forderte die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur neu zu definieren. Es gelte, mit „entsprechenden Sonderprogrammen dort massiv helfend einzugreifen, wo das wirtschaftliche Gleichgewicht beträchtlich aus dem Lot gerät“. Die Bundesregierung müsse außerdem über die Garantien für den Schiffbau hinaus Sonderhilfen für die Küstenregion gewähren.

AUF EIN WORT



„Die geforderte neue Energiepolitik ist ein bunter Strauß von leicht verwinkelten Konzepten.“

Prof. Dr. Hans-Karl Schneider, Direktor des Energieökonomischen Instituts der Universität Köln.

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Wall Street: Schwere Verluste nach Feiertag

dpa/VWD, New York

Noch einmal schwächer eröffnete gestern der New Yorker Aktienmarkt. Der Dow Jones Index für 30 Industriewerte notierte zehn Minuten nach Geschäftsbeginn mit 1865,16 um 5,20 Punkte niedriger als zum Schluß des Vortages. Am Dienstag hatte Wall Street nach dem dreitägigen Labor-Day-Feiertag nach zunächst etwas festerer Eröffnung einen schweren Rückschlag erlitten. Der Dow Jones fiel um 79,98 Punkte auf 1870,36. An der New York Stock Exchange, der größten US-Börse, war die Zahl der Kursverlierer zweimal so hoch wie die der Gewinner.

Wall-Street-Beobachter erklärten den Abgabedruck zum großen Teil damit, daß die jüngsten Konjunkturzahlen bei den Anlegern eher Verwirrung stifteten. Dadurch sei auch für die Zukunft der Aktienbörsen das Bild getrübt. Merrill Lynch vertritt in einem Börsenkommentar die These, daß der September ein entscheidender Monat für den amerikanischen Aktienmarkt werden kann. Denn seit Ende März habe der Markt per Saldo keine Terraingewinne mehr erzielen können. Der Börsenmakler hält es deshalb für möglich, daß der September weitere Kursgewinne bringt.

Drang zum Mittelstand

A. G. - Nicht Tschernobyl ist überall, wohl aber der Mittelstand

und demzufolge auch die Mittelstandspolitik. Es gibt kaum eine Wählergruppe, die so heftig unworben ist wie eben die Mittelständler, wer immer das auch sein mag. Gerade bei der Abgrenzung wird es komisch. Viele machen geradezu einen Kopfstand beim Versuch, den Mittelstand zu definieren.

Das Bundeswirtschaftsministerium, das soeben eine Informationsbroschüre über den Leistungssträger Mittelstand unter die Leute brachte, weiß eine gute Antwort: „Je mehr Experten in dieser Frage zu Wort kommen, desto mehr Antworten erhält man. Die Wirtschaftswissenschaftler haben sich bis jetzt nicht auf eine eindeutige Definition des Begriffs wirtschaftlicher Mittelstand einigen können. Denn er um-

faßt sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale.“

Noch irgendwelche Unklarheiten?

Die werden flugs beseitigt: Quantitativ gesehen wird unterschieden zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Mittelstand sind eben die kleinen und mittleren (mit bis zu 49 Beschäftigten oder 1 Million Mark Umsatz beziehungsweise zwischen 50 und 500 Beschäftigten und 1 bis 100 Millionen Mark Umsatz), alles was darüber ist, ist groß.

Das sind aber nur 0,17 Prozent. Denn 99,83 Prozent aller Unternehmen gehören zu den kleinen oder mittleren. Mittelstandspolitik zielt also auf den kleinen Friseur mit Lehrling ebenso wie auf einen 499-Mann-Betrieb mit 100 Millionen Umsatz. Kann man da noch gezielte Politik machen? Unsere Politiker können es. Und sie propagieren es mit wachsender Begeisterung.

In Schulden verstrickt

Von CLAUD DERTINGER

Der Schuldendienst sollte für alle Entwicklungsländer auf „Bandbreitenrelationen“ zum Bruttoinlandsprodukt oder zu den Exporterlösen begrenzt werden. Dieser Vorschlag, der auf Seiten der Gläubiger Forderungenverzicht beinhaltet, stammt nicht etwa von einem Politiker aus der Dritten Welt, sondern von einem Offiziellen der deutschen Währungsbehörde. Wilhelm Nölling, Chef der Landeszentralbank in Hamburg und damit Mitglied des Zentralbankrats, hat jetzt diese These vertreten, allerdings als persönliche Gedanken zur Bewältigung der Schuldenkrise.

Auch in anderen Behörden werden im Zusammenhang mit einer realistischen Bewertung der Engagements deutscher Banken in hochverschuldeten Entwicklungsländern privatem ähnlichen Überlegungen angestellt.

Die offizielle Politik in Bonn und Frankfurt hält freilich nichts von Versuchen, auf diese Weise die Schuldenlast der Entwicklungsländer zu senken, um ihnen mehr finanzielle Luft zur Gesundung zu verschaffen. Es gibt auch gute Gründe für das Verweigern einer solchen Schuldenentlastung.

Sie wäre nicht nur geradezu eine Einladung auch an zahlungsunfähige Schuldner, ihre Kredite nicht mehr voll zu bedienen. Die Gewährleistung, im Notfall einen Teil der Schulden einfach streichen zu dürfen, könnte zu dem manchen Land zu einer leichtsinnigen Kreditaufnahme verleiten. Dann bräuhete man sich nicht zu wundern, wenn die Banken den Geldhahn für die Entwicklungsländer noch weiter zudrehen und damit genau das Gegenteil dessen täten, was wünschenswert ist.

Davon einmal ganz abgesehen: Die großen amerikanischen Banken mit ihren gläsernen Bilanzen könnten - anders als die großen deutschen mit ihrer Risikoversorge - selbst ein teilweises Streichen von Schulden nicht verkraften; sie müßten vom Staat gestützt werden, wenn eine Gefährdung des internationalen Finanzsystems vermieden werden soll. Es ist eine Illusion anzunehmen, Washington sei dazu ohne Not bereit.

Die Tatsache, daß laut über einen Schuldenerlaß nachgedacht wird, demonstriert die Ratlosigkeit in der Diskussion um das Angehen der Schuldenproblematik. Vor knapp einem Jahr, während der Jahresversammlung des Internationalen

Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Seoul, hatten viele Experten geglaubt, die Baker-Initiative werde neue Wege aus der Schuldenkrise aufzeigen.

Gemeinsame Kreditaktivitäten von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken, kombiniert mit einer marktorientierten Wachstumspolitik der Schuldnerländer waren die Kernpunkte des Baker-Plans, der ausgesuchten Schwellenländern aus der Bredouille helfen sollte.

Mexiko, im Ausland mit 98 Milliarden Dollar verschuldet, war erster Kandidat für diese Strategie. Das nach langem Feilschen im Juli zwischen dem IWF und Mexiko unterzeichnete Beistandsabkommen läßt

mit der Koppelung der Höhe der Kreditaufnahme an den Ölpreis tatsächlich erkennen, daß der IWF einen neuen Weg eingeschlagen hat.

Die Flexibilität, die der IWF - er gab sich mit Zusicherungen wirtschaftspolitischer Reformen zufrieden, die weniger strikt sind als sonst üblich - hier angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Großschuldners offensichtlich auf Washingtons Drängen gezeigt hat, läuft allerdings auf eine Aufweichung der Position des IWF als Garanten für eine Überwindung krisenhafter Situationen hinaus.

So ist es kein Wunder, daß sich die privaten Banken, die die Hälfte zu dem Zwölfmilliardenpaket beisteuern sollen, nicht gerade zu neuer Kreditthrift animiert fühlen und erst recht nicht zu großem Entgegenkommen bei den Zinsen für bereits umgeschuldete Kredite.

Vor einem Test steht die Rolle des IWF auch im Falle Brasiliens. Das mit 100 Milliarden Dollar im Ausland am stärksten verschuldete Land operiert in den Umschuldungsverhandlungen strikt am IWF vorbei, dessen Einschaltung von den staatlichen Gläubigern im „Paris Club“ zur conditio sine qua non für eine Mitwirkung gemacht wurde.

Wie das Gerangel ausgeht, läßt sich noch nicht absehen. Sollten die privaten Banken jedoch zu einem Einlenken unter Ausschaltung des IWF bereit sein, womit zugleich ein Präjudiz geschaffen würde, schnitten sie sich langfristig ins eigene Fleisch. Schließlich ist der IWF die einzige Autorität, die auch Änderungen in der Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer veranlassen kann, ohne die das Bankengeld in ein Faß ohne Boden fließt.

Das Meer

und die Technik

SMM

SMM '86
Internationale Fachmesse
Schiff, Maschine,
Meerestechnik mit Kongreß
Hamburg, 23.-27. September
täglich 9 - 18 Uhr, Sa. 9 - 15 Uhr

Zwei Begriffe werden mit der SMM '86 zur Einheit. Die Hamburger Fachmesse ist wieder internationaler Treffpunkt der führenden Schiffbauländer. Auf der Messe für Schiff, Maschine, Meerestechnik präsentieren kompetente Aussteller aus aller Welt ihre Weiterentwicklungen und Neuheiten den Fachbesuchern. Automation, Gewässerschutz, Kommunikation, Antrieb, Navigation, Offshore, Produktion - Themen, die nur einen Ausschnitt aus dem gesamten Spektrum der Messe zeigen. Das Konzept der SMM mit begleitendem Kongreß bietet weltweite Kontakte und internationale Information. Alle Voraussetzungen für eine optimale Markttransparenz.

SMM Hamburg. Das große Forum der Branche schafft Impulse für den Weltmarkt Schiffbau und Meerestechnik!

Ich habe Interesse an ☐ Informationsmaterial der SMM '86 ☐ Teilnahme am Kongreß

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Land _____

Hamburg Messe

die Adresse für Kongresse und Messen

Hamburg Messe und Congress GmbH
Postfach 30 74 80 D-2000 Hamburg 36
Tel. (040) 35 69-0 Telex 212 609

Adidas stärkt Position in USA

„Erst am Beginn einer zukunftssträchtigen Entwicklung“

sz. München
„Außerst positiv“ verlief das erste Halbjahr 1988 für die Adidas-Sport-Schuhfabriken Adi Dassler Stiftung & Co. KG. Herzogenaurach, den größten Sportartikelhersteller der Welt. Nach Angaben von Firmenchef Horst Dassler stieg der Umsatz per Ende Juni weltweit um rund neun Prozent – in der Bundesrepublik sogar um etwa 14 Prozent. Aufgrund dieser Entwicklung sei man zuversichtlich, 1988 „alle gesteckten Ziele zu erreichen“, zumal sich jetzt schon abzeichne, daß es der gesamten Branche so wohl 1986 als auch 1987 „gut gehen“ werde.

Insgesamt glaubt Dassler sogar, daß Adidas jetzt „erst am Beginn einer zukunftssträchtigen Entwicklung“ steht. Und die will er, wie er andeutete, auf jeden Fall alleine meistern, denn einen Gang an die Börse, wie sein größter Konkurrent (Puma), schießt er aus. Dies tue man nur, wenn man sich „finanzieren muß oder die Erfolge abschöpfen will“. Und: „Beides trifft für Adidas nicht zu.“

Als Erfolg für 1988 wertet Dassler, daß es inzwischen gelungen ist, die Übernahme und Neuorganisation des Vertriebs in den USA und Großbritannien abzuschließen. Mittelfristig werde dadurch die Position von Adidas in beiden Ländern weiter gestärkt. Ein ähnlicher Schritt soll demnächst auch in Japan erfolgen. Die

Übernahmeverhandlungen seien hier aber noch nicht abgeschlossen, eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Im Geschäftsjahr 1985 hat Adidas, so Dassler, „drei Schallmauern durchbrochen“. Da konnte zum einen der weltweite Umsatz (einschließlich Lizenznehmer) auf über 4 (3,9) Mrd. DM gesteigert werden. Ohne Lizenznehmer waren es über 3 Mrd. DM. Des weiteren stieg der Inlandsumsatz im Konzern um sieben Prozent über die Milliarden-Marke auf 1,06 Mrd. DM (57 Prozent Schuhe, 36 Prozent Textilien). Für 1988 wird hier eine Zuwachsrate von 20 Prozent angestrebt.

Mit dem Ergebnis 1985 – Zahlen hierzu werden nicht veröffentlicht – zeigte sich Dassler „insgesamt zufrieden“, wenn auch nicht ganz die Gewinne der Vorjahre erreicht worden seien. Vor allem in den USA und Großbritannien habe man durch die Vertriebsmaßnahmen „Opfer bringen“ müssen, doch seien auch hier schwarze Zahlen oder „mindestens“ der Break-even erwirtschaftet worden. Mit einem „ungewöhnlich guten“ Ergebnis habe die französische Tochter bei einem Umsatz von umgerechnet 1 Mrd. DM abgeschlossen.

Weltweit beschäftigte Adidas 1985 rund 11 750 Mitarbeiter (plus 4,7 Prozent), davon im Inland 4579 (plus 3,3 Prozent). Investiert wurden 60 Mill. DM mit Schwerpunkt in Deutschland (32 Mill. DM) und Frankreich.

Boom bei Autofokus-Sucherkameras

Auf der photokina präsentieren die Japaner auch Weiterentwicklungen der Videotechnik

WERNER NEITZEL, Köln
Für die japanischen Fotokonzerne, die in den vergangenen Jahren mit einem stockenden Absatz im Spiegelreflex-Sektor konfrontiert waren, bedeutet der Boom bei den kompakten Autofokus-Kleinbild-Sucherkameras ein erleichterndes Absatzventil. Sorgen bereitet ihnen freilich der hohe Yen-Kurs, da renditesichere Preiserhöhungen zumindest am deutschen Markt, der für Nippons Kamerabauer einen hohen Stellenwert besitzt, nicht gewagt werden können. Außerdem ist der Druck der Graumarkte stärker geworden. In 1985 hatte Japans Fotoindustrie insgesamt 20,2 (1984: 18,4) Mill. Kameras produziert, darunter waren allein 13,5 (11,6) Mill. Kleinbild-Sucherkameras. Das Wertvolument der Produktion nahm auf rund 11,3 Mrd. DM zu, wovon etwa zwei Drittel auf den Export entfielen. Auf der Photokina 1986 (3. bis 9. September) präsentieren die meisten japanischen Anbieter neben Fotozeugnissen auch interessante Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Videotechnik.

mit Autofokus. Im Geschäftsjahr 1985/86 hatte die Ahrensburger Minolta-Tochter ihren Umsatz um 15,3 Prozent auf knapp 770 Mill. DM ausgedehnt, davon entfielen 48 (Vorjahr: 39) Prozent auf Kameras und 52 (61) Prozent auf Kopierer. Mit einem Ausbau des Marktanteils bei Spiegelreflexkameras auf 22 (17) Prozent übernahm Minolta am deutschen Markt – wie auch am Weltmarkt – die Führung.

Beim laufenden Bild propagiert und präsentiert Canon unter der Bezeichnung „Canovision 8“ einen weiter in der Handhabung verbesserten Camcorder (also Videokamera mit eingebautem Rekorder) auf der Basis der 8-Millimeter-Magnetband-Kassette. Für die Freunde der kompakten Kleinbild-Sucherkameras mit automatischer Entfernungseinstellung ist eine Kameraversion gedacht, die kombiniert mit Weitwinkel- und Teleobjektiv ausgestattet ist.

Bei Nikon ist man der Auffassung, daß an die für den Amateurssektor relevante gute Bildqualität bei gleichzeitigem Preis der elektronische Bildaufzeichnung der Fotochemie so schnell nicht den Rang ablaufen wird. Gleichwohl setzt Nikon in den USA und in Japan in sogenannten Feldversuchen bei Bildagenturen Prototypen einer elektronischen Stehbildkamera ein. Im Bereich der Spiegelreflexkameras zeigt Nikon, deren Modell „F-501“ zur „Europäischen Kamera des Jahres 1986“ gekürt worden ist, ein sogenanntes Dual-Autofokussystem, bei dem die Kamera wahlweise mit Autofokus- oder Schärfe-priorität arbeitet.



Das neue elektronische Kamerasystem „Still-Video“ ist der Renner auf der Photokina '86. Das System arbeitet nicht mehr mit Film, sondern mit einer Diskette. Das Bild wird ausgedruckt oder über Bildschirm wiedergegeben. FOTO: AP

Mit der ersten, ab Mitte Juli dieses Jahres zunächst auf dem japanischen Markt eingeführten elektronischen Stehbildkamera (Still-Video), die das Fotografieren ohne Film ermöglicht, sorgt Canon in Köln für gesteigerte Aufmerksamkeit. Dieses noch im laufenden Jahr auch hierzulande verfügbare System, das komplett annähernd 100 000 DM kosten dürfte, wird mit Blickrichtung auf professionelle Nutzung (beispielsweise für Bildagenturen oder Industrie) angeboten.

Den empfindlichsten Farbnegativfilm der Welt mit der Einstufung von 3200 ASA, der nur den 32sten Teil der Lichtmenge eines normalen Farbfilms mit 100 ASA benötigt, stellt Konica vor. Überhaupt hat Konica, nachdem man erst seit vergangenerem Jahr mit Filmen am deutschen Markt ist, bereits einen Marktanteil von 6 Prozent (Fachhandel) erobert. Über den Umsatz in der Bundesrepublik mag man nur so viel sagen, daß der im Amateurbereich eine zweistellige Millionenzahl darstelle.

Immer mehr Teilzeitarbeit

Industriekreditbank befragt mittelständische Kunden

ews. Düsseldorf
Eine bis Ende 1987 anhaltend gute Beschäftigungslage erwarten vor allem die mittelständischen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Das ergab eine Umfrage der Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank, Düsseldorf, bei 1238 ihrer Kunden, die zusammen einen Personalaufwand von 35,8 Milliarden Mark bei einer Betriebsleistung von 153,8 Milliarden Mark und einer Mitarbeiterzahl von knapp 500 000 repräsentieren. Fast die Hälfte der Befragten will 1988 mehr Überstunden fahren, aber dabei auch neue Leute einstellen, ein Drittel plant auch im nächsten Jahr die Aufstockung der Mitarbeiterzahl.

Die Industriekreditbank stellt fest, daß die Beschäftigungspolitik der Unternehmen in den 80er Jahren stark von der Kostenentwicklung abhängig war. Erst nach 1982, als allgemein die Betriebsleistung – mit Ausnahme der Bauwirtschaft – wieder kräftig angebrochen wurde und sich gleichzeitig die Personalkostenbelastung spürbar verminderte, wurden

wieder verstärkt Fachkräfte eingestellt. Die Industrieunternehmen haben sogar das Niveau von 1980 aufgestockt. Nur am Bau und im Handel ging die Zahl kontinuierlich, wenn auch zuletzt in langsamerem Tempo, zurück.

Die befragten Firmen haben jedoch festgestellt, daß die Qualifizierung der Bewerber in 63,1 Prozent der Fälle unzureichend war, in einem Viertel aller Vorstellungsgespräche wurde „mangelhaftes Interesse“ registriert. Dabei sucht fast drei Viertel der Unternehmen Fachkräfte mit Spezialausbildung.

Teilzeitarbeit spielt nur beim Handel eine größere Rolle, stellt die Studie der Industriekreditbank weiter fest. Doch wird nach dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz eine generell steigende Tendenz in allen Wirtschaftszweigen außer dem Bau registriert. 15 Prozent aller Betriebe wollen Teilzeitarbeit verstärken. Und mehr als die Hälfte aller Befragten will zukünftig mehr befristete Verträge abschließen.

Konsolidierung fortgesetzt

Hamburger Stahlwerke mit „überragendem“ Absatz

JB. Hamburg
Die Konsolidierung der Neuen Hamburger Stahlwerke (HSW) GmbH, die 1984 den Betrieb des in Konkurs gegangenen Korf-Stahlwerks übernommen hatte, ist im vergangenen Jahr fortgesetzt worden. Der nicht für möglich gehaltene Wiederaufstieg des Unternehmens aus einer scheinbar hoffnungslosen Konkursituation schlägt sich in einem Absatzergebnis für 1985 nieder, das der Geschäftsführer Gerd Weiland als „überragend“ bezeichnet.

Wie Weiland in der Mitarbeiterzeitung mitteilt, habe die HSW trotz heftiger Konkurrenz gegen weitaus größere Stahlwerke insgesamt 448 000 Tonnen Walzdraht und Stahlbeton abgesetzt. Den Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Prozent begründet Weiland mit einem vierwöchigen Produktionsausfall während des Umbaus des Walzwerkes. Dieser Umbau, der 1984 begonnen wurde, ist inzwischen abgeschlossen worden. Von den Gesamtinvestitionen des Jahres 1985 in Höhe von 37 Mill. DM sind mehr als die Hälfte in das Walzwerk geflossen.

Bei einem Umsatz von 476 Mill. DM (plus 2,3 Prozent) schließt die Bilanz ausgeglichen, nachdem 1984 noch ein Gewinn von 5,6 Mill. DM ausgewiesen worden war. Nach Angaben von Weiland war das Betriebsergebnis aber positiv. Es seien „größtenteils“ Abschreibungen vorgenommen und die freie Rücklage aufgefüllt worden.

Mit der Erwirtschaftung eines Überschusses habe sich die HSW von vielen Konkurrenten ebenso abwie mit der Tatsache, daß das Hamburger Werk ohne Subventionen auskomme. Vielmehr seien die HSW ein nicht unbedeutender Steuerzahler in der Hansestadt und wendeten für die rund 800 Mitarbeiter pro Jahr rund 50 Mill. DM an Löhnen und Gehältern auf.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Mehr Aufträge bei BBC

Mannheim (dpa/VWD) – Auftrags-eingang und Umsatz der BBC AG, Mannheim, und ihren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften haben sich im 1. Halbjahr 1988 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Nach einem gestern vorgelegten Zwischenbericht erzielte das Unternehmen einen um 12 Prozent auf 3,59 Mrd. DM erhöhten Umsatz. Der Auftragseingang der Unternehmensgruppe erhöhte sich um 10 Prozent auf 2,89 Mrd. DM. Zwei Drittel der Aufträge entfielen auf das Anlagengeschäft, ein Drittel auf Serienmaterial. Die Beschäftigungslage sei zufriedenstellend. Insgesamt stieg die Zahl der Mitarbeiter von Mitte 1985 bis Mitte dieses Jahres um 250 auf 38 059 Personen.

Expansion in Amerika

Hamburg (dpa/VWD) – Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird auch als breit diversifizierter Technologie-Konzern sein Amerikageschäft weiter ausbauen. Dies erklärte der künftige Leiter des Geschäftsbereichs Nutzfahrzeuge, Gerhard Liener. Daimler-Benz macht fast 90 Prozent seines Fahrzeugumsatzes von 54 Mrd. DM in Nord- und Lateinamerika. Davon entfällt etwa die Hälfte auf den Export von knapp 100 000 Pkw und auf den Umsatz mit Nutzfahrzeugen in den USA, Kanada, Brasilien, Argentinien und Mexiko.

Mehrheitsaktionär bleibt

München (dpa/VWD) – Die Schneider Rundfunkwerke AG, Türkheim, wird ihr gesamtes Grundkapital von 40,1 Mill. DM in Frankfurt und München an die Börse bringen. Von den auf den Inhaber lautenden Stammak-

tien, die für das Geschäftsjahr 1988 mit einer Dritteldividende bedient werden, werden allerdings nur die aus der Kapitalerhöhung vom 27. Juni stammenden 10 Mill. DM auf den Markt kommen. Die restlichen 30,1 Mill. DM bleiben im Besitz der Brüder Albert und Bernhard Schneider. Die Platzierung soll in vier Wochen sein.

Neue Europa-Zentrale

Duisburg (dpa/VWD) – Der japanische Shimadzu-Konzern, der als einer der weltweit führenden Hersteller von Analysegeräten, Medizin- und Materialprüftechnik gilt, baut in Duisburg eine neue Europa-Zentrale auf. In den ersten Bauabschnitt werden 17 Mill. DM investiert. Nach seiner Fertigstellung im Juli 1987 soll zunächst die Produktion von Analysegeräten für Photometrie und Chromatographie aufgenommen werden.

DG-Massekredit

Stuttgart (VWD) – Im Fall der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Sütex Textil-Verband, Sindelfingen, ist ein Vergleichsverfahren gestrichelt worden, nachdem die DG Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, die bisher kein Kredit-Engagement bei der Sütex hatte, einen Massekredit über 26 Mill. DM eingeräumt hat. Wie der vorläufige Vergleichsverwalter Volker Grub mitteilt, läuft der Geschäftsbetrieb der Sütex normal weiter. Noch in dieser Woche wird die vorgeordnete Herbstware an die Mitglieder der Einkaufsgenossenschaft ausgeliefert. Alle Lieferanten können laut Grub mit der vollen Bezahlung der nach dem Vergleichsantrag vom 29. August angelieferten Ware rechnen.

Fleurop: Blumen bis nach China

zz. München

Sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich gehören Blumen nach wie vor zu den beliebtesten Geschenken. Dies jedenfalls beweist die Entwicklung der international operierenden Fleurop-Interflora-Organisation, die im vergangenen Jahr mit weltweit 37,86 Mill. vermittelten Aufträgen (plus 4,7 Prozent) in 133 Ländern ihr bislang bestes Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1948 erzielen konnte. Die Dachorganisation von rund 83 500 Floristen, die Interflora Inc. in Southfield/USA, kam damit auf einen Umsatz von fast 2,0 (1,7) Mrd. DM. Und die Blumengröße werden auch bald keine Ländergrenzen mehr kennen. Noch in diesem Jahr, so hofft Arthur Kuhn, Präsident der deutschen Fleurop GmbH in Berlin, wird mit der UdSSR „der letzte weiße Fleck“ verschwunden sein. Die Verhandlungen über den Beitritt einiger Blumengeschäfte in der einen oder anderen sowjetischen Großstadt „sehen kurz vor dem Abschluß“. Im vergangenen Jahr konnten zwei Mitglieder in der VR China gewonnen werden.

Etwas 11,1 Mill. Blumengröße (plus 2,8 Prozent) verschickten die 25 27 Mitglieder der europäischen Fleurop-Interflora. Die eifrigsten Blumenversender waren dabei erneut die Bürger der Bundesrepublik, die an die 10 400 Floristen der Fleurop GmbH, Berlin, unverändert 4,0 Mill. Aufträge im Wert von rund 120 Mill. DM erteilten. Zu einem recht regen Austausch kam es nach den Worten von Kuhn da auch wieder mit den rund 500 der Fleurop angeschlossenen „DDR“-Floristen. Blumengröße im Wert von jeweils annähernd 1 Mill. DM dürften 1985 über die innerdeutsche Grenze ausgetauscht worden sein.

zum Jahresende für besondere Aufgaben zur Verfügung stehen wird.

Dr. Peter G. Delbrück und Dr. Jürgen-Peter Kaven wurden zu weiteren Vorstandsmitgliedern der Schweizerischen Bank-Gesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt, bestellt.

Generaldirektor Fritz Eberlein, bisher Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nürnberg, tritt Ende November mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Direktor Hubert Weiler (45) gewählt. Er gehört dem Vorstand seit 1975 an. Neues Vorstandsmitglied wurde Theo Döhlber (50), der seit 1959 bei der Sparkasse tätig ist und seit 1976 die Kreditabteilung leitet.

PERSONALIEN

Hans Günter Krause, Geschäftsführer der Schauenburg GmbH, Mühlheim, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. Helmut Roland wurde mit Wirkung vom 1. September 1988 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Concordia Versicherungen a.G., Hannover, bestellt. Er übernimmt das neu geschaffene Ressort Controlling, dem die Bereiche Rechnungswesen, Datenverarbeitung, Betriebsorganisation und Unternehmensplanung zugeordnet sind.

G. Robert Cardwener ist seit dem 1. September 1988 Geschäftsführer der Ericsson Information Systems GmbH, Düsseldorf. Er löst Harro D. Weizel ab, der dem Unternehmen bis

Mit Energie wird sparsam umgegangen

Nachfrage nach Heizöl sprunghaft gestiegen – Esso-Studie zur Raumheizung

JAN BRECH, Hamburg
In der Raumheizung, für die die privaten Haushalte in der Bundesrepublik fast 90 Prozent ihres gesamten Energieverbrauchs aufwenden, haben sich in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen ergeben. Das gilt sowohl für den Einsatz der verschiedenen Brennstoffarten als auch für den Umgang mit Heizungsenergie.

Nach einer Studie der Esso AG, Hamburg, ist in der Zeit von 1970 bis 1985 der Anteil von leichtem Heizöl an der Raumheizung mit etwa 50 Prozent konstant geblieben. Der Anteil von Kohle fiel demgegenüber stark zurück. Während 1970 noch 43 Prozent der insgesamt 20,8 Mill. Wohnungen mit Kohle beheizt wurden, waren es 1985 nur noch 10 Prozent des inzwischen auf 25,1 Mill. Einheiten angewachsenen Bestands. Expansiv war das Vordringen von Erdgas, dessen Anteil von 6 auf 27 Prozent stieg.

Fernwärme und Strom stagnieren seit zehn Jahren bei 8 beziehungsweise 7 Prozent.

Kennzeichnend für die Entwicklung der Raumheizung in den letzten Jahren ist ferner der sparsame Umgang mit Energie. Bei überheizten Wohnungen hat sich nach Angaben der Esso der spezifische Verbrauch in den vergangenen zehn Jahren um fast ein Viertel verringert. In Ein- und Zweifamilienhäusern sank er von 35 auf 27 Liter pro Quadratmeter und Jahr, in Mehrfamilienhäusern von 29 auf 22,5 Liter. Die Sparsamkeit hat auch durch den jüngsten Ölpreisanstieg nicht gelitten.

Bei den attraktiven Konditionen haben die Verbraucher im ersten Halbjahr zwar 45 Prozent mehr Heizöl nachgefragt, wett- und bestandsbereinigt erhöhte sich der Verbrauch aber nur um 2 Prozent. Gegenwärtig lagern in den privaten Tanks mehr als 25 Mill. Tonnen, ein

Bestand, der die privaten Lagerkapazitäten zu 75 Prozent füllt und Zweidrittel des Absatzes von 1985 entspricht.

Die Einsparerfolge sind in erster Linie das Ergebnis einer Verhaltensveränderung der Verbraucher. So haben die Deutschen die Raumtemperatur gesenkt und die Räume unterschiedlich beheizt. Ideal finden sie heute eine Zimmertemperatur von 18 bis 20 Grad, ein Zustand, der die Amerikaner frieren läßt (sie brauchen 21 bis 23 Grad), Engländern dagegen entschieden zu warm ist (ihnen reichen 16 bis 18 Grad). Weitere Einsparungen haben Wärmedämmung und Modernisierung der Heizungsanlagen gebracht. In diesem Bereich gibt es nach Angaben der Esso noch weitere Einsparmöglichkeiten. Gegenwärtig sind 80 Prozent aller Öl- und 70 Prozent aller Gasfeuerungsanlagen technisch veraltet.

Nutzen Sie jetzt Ihre Anlagechancen – mit zwei neuen Aktienfonds des DIT: DIT-WACHSTUMSFONDS und DIT-SPEZIAL

Vieles deutet gegenwärtig darauf hin, daß sich der deutsche Aktienmarkt konsolidiert. Somit wäre der Zeitpunkt für einen Einstieg günstig.

Denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach wie vor vielversprechend. Das Kurspotential deutscher Aktien gilt noch nicht als ausgeschöpft. Gemessen am internationalen Niveau sind Spezialtitel sogar vergleichsweise niedrig bewertet.

Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, in eine interessante Aktienanlage einzusteigen. Unsere Wertpapierberater empfehlen Ihnen zwei neue Aktienfonds des DIT: den DIT-WACHSTUMSFONDS mit Aktien aus dem innovativen Bereich der Industrie und der Finanzdienstleistungen; und den DIT-SPEZIAL, der Aktien hochspezialisierter

und in ihrem Bereich führender Unternehmen zusammenfaßt. Damit eröffnen Sie sich Chancen für eine überdurchschnittliche Wertentwicklung, wobei natürlich – wie bei jeder Aktienanlage – ein entsprechendes Kursrisiko besteht.

Auf Wunsch verfahren wir Ihre Fondsanteile für Sie. Aber Sie können die Zertifikate auch mit nach Hause nehmen.

Sprechen Sie mit einem unserer Wertpapierberater. Er sagt Ihnen gern mehr über die neuen DIT-Aktienfonds.

Dresdner Bank
In Berlin: BHI

Die Weichen auf Wachstum gestellt

MF, Stuttgart
Zufrieden zeigt sich die Firmen-Gruppe der R. Stahl GmbH & Co., Stuttgart, mit der Geschäftsentwicklung im bisherigen Jahresverlauf 1986. Geschäftsführer Günter Stahl erwartet bis zum Jahresende eine Umsatzsteigerung von gut zehn Prozent auf etwa 240 Mill. DM bei den inländischen Gesellschaften. Im vergangenen Jahr war der konsolidierte Umsatz um neun Prozent auf 215,3 Mill. DM gewachsen, die Gesamtleistung sogar um 11,4 Prozent.

Im Engineering-Geschäft sieht die Gruppe, die in den Bereichen Förder- und Explosionsgeschützte Schaltanlagen und Blasformautomaten für die Kunststoffverarbeitung tätig ist, die Wachstumschancen der Zukunft. Mit der Einrichtung von 60 neuen Arbeitsplätzen in der Projektierung und der auftragsbezogenen Konstruktion habe man schon 1985 die entsprechenden Weichen dafür gestellt, erläutert Stahl. Insgesamt arbeiten in den Standorten Stuttgart, Künzelsau, Echterdingen und Ettlingen rund 1700 Beschäftigte. Der Exportanteil ist 1985 auf 40 (37) Prozent gewachsen und soll auch in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Mit der Ertragslage zeigt sich die Gruppe zufrieden. Investiert wurden im vergangenen Jahr 4,95 (3,5) Mill. DM bei Abschreibungen von fast unverändert 4,1 Mill. DM. Im laufenden Jahr werden die Investitionen wieder bei 4 Mill. DM liegen. Die Eigenkapitalquote ist 1985 leicht auf 19 (20) Prozent zurückgegangen, weil über planmäßige und selbst in erheblichem Umfang veräußerte Rücklagen gebildet wurden. Die Bilanzsumme ist um 6,1 Mill. DM auf 117,7 Mill. DM gestiegen.

Das „Boris-Becker-Fieber“ herrscht auf der Ispo

In der Bundesrepublik steigt der Verkauf von Tennisschlägern mit einer Zuwachsrate von 60 Prozent

DANKWARD SEITZ, München
„Tennis“ ist das behersehende Thema, ja geradezu das Zauberwort der 25. Ispo - Internationale Sportartikelmesse in München (2. bis 5. September). Es war nicht anders zu erwarten, nachdem die Branche bereits im ersten Halbjahr einen gewaltigen Tennisboom erlebt - allein 1985 stieg schon der Absatz in der Bundesrepublik um über 20 Prozent auf rund 550 000 Tennisschläger - und zuletzt das „Boris-Becker-Fieber“ sogar die ansonsten so kühl rechnenden Börsianer befallen hatte.

Wer denn auf dem Messegelände unter der Baviaria up to date sein und Beachtung finden will, muß etwas für den weißen Sport zu bieten haben und sei es nur ein Gag wie der elektronisch kontrollierte Tennisschläger, der sich beim Spielen über jede falsche Schlagbewegung laut piepend „beschwert“. Und ob das im Windkanal entwickelte aerodynamische Racket neue Marktanteile gewinnen kann, bleibt ebenso abzuwarten.

Branche zuletzt nicht verwöhnt

Tennis - das Supergeschäft für die in den letzten Jahren nicht gerade verwöhnte Sportartikelbranche? Man muß sicherlich kein Prophet sein, um dieser Bewegung ein längeres Leben als der Aerobic-, Skateboard- oder Roller-Skating-Welle vorherzusagen. Doch der Verbraucher erliegt trotz aller Begeisterung nicht jeder Verführung, wenn sie zu viel Geld kostet. Die Sommersaison 1986 brachte zwar dem Handel Zuwachsraten von bis zu

15 Prozent bei Tennisschlägern und gar bis zu 30 Prozent bei Tennisbekleidung. Bei hochpreisiger Ware aber mußten Umsatzeinbußen bis zu 50 Prozent bei Schlägern und bis zu 25 Prozent bei Bekleidung hingenommen werden.

Weiter nach vorne spielen will sich ebenso die österreichische Head Sportgeräte Ges.m.b.H., Kennelbach, die seit 1985 zur amerikanischen Minne-star Corp., Minneapolis, gehört. Etwa 570 000 Tennisrackets und 550 000 (500 000) Paar Ski sollen im laufenden Geschäftsjahr abgesetzt werden. Im Visier hat man dabei insbesondere den deutschen Markt, wo Head auf eine Absatzsteigerung um „erneut 35 Prozent“ hofft. Mit einem Marktanteil von rund 12 Prozent rangiert man nach eigenen Angaben hierzulande bereits in der Spitze der Tennisanbieter. Auf etwa 10 Prozent wird der Marktanteil bei Ski veranschlagt. In der Produktion beschäftigt Head in der Nähe von Bregenz über 800 Mitarbeiter und investiert jährlich 3 bis 4 Mill. DM in Forschung und Entwicklung.

Voll vom „Becker-Boom“ konnte 1985 auch die Kneissl Tirol AG, Kufstein, profitieren. Wie Marketingchef Heinz Pöcker mitteilte, konnten in der vergangenen Saison 140 000 (130 000) Tennisschläger abgesetzt werden, davon allein 30 000 in der

Bundesrepublik, was einer Verdoppelung des Vorjahresabsatzes entspreche. Gut gelaufen sei aber ebenso das Skigeschäft mit 220 000 (180 000) Paar verkauften Alpinski und 180 000 (110 000) Langlaufski. Im Umsatz schlug sich dies in einem Anstieg auf 60 (57) Mill. DM nieder. Die Exportquote erreichte 85 Prozent. Für 1986 wird eine weitere Umsatzsteigerung von zehn Prozent erwartet. Besondere Fortschritte verspricht man sich dabei vor allem in der Bundesrepublik durch die Übernahme des Vertriebs in eigene Regie. Dadurch sei es schon möglich, so Pöcker, auf der Preisseite „flexibler“ reagieren zu können. Einen



Optimismus sieht auch der niederbayerische Tennistrainer- und Skistrainer Franz Völkl GmbH & Co., Straubing, der Saison 1986/87 entgegen. Mit einer neuen Tennisschlägerkollektion in verkaufteren Preisklassen hofft man, verlorenen Boden auf diesem hart umkämpften Markt wieder gutmachen zu können. Trotz der (nicht genannten) Umsatzeinbuße in dieser Produktgruppe stehe das Unternehmen „finanziell auf gesunden Beinen“. Dank des „hervorragenden“

Skiverkaufs - 1985 waren es rund 210 000 Alpin- und etwa 6000 Langlaufski - werde im laufenden Geschäftsjahr der 85er Umsatz von 53 (50) Mill. DM „erneut um einige Prozente übertroffen“. Immerhin habe man in den vergangenen Wochen wegen des guten Verkaufs im Alpinbereich Sonderschickungen fahren müssen.

Billigschläger auf dem Vormarsch

Die Fischer Ges.m.b.H., Ried/Österreich, erwartet von dem Boris Becker-Boom im laufenden Jahr ein Gesamtmarktvolumen in der Bundesrepublik von 900 000 Rackets. Wie die Geschäftsführung der deutschen Fischer-Vertriebsgesellschaft Europa Sportartikel GmbH, Herrsching, mitteilt, sei das Gesamtmarktvolumen von Januar bis Juli bereits um 60 Prozent gestiegen. Von diesem Wachstum profitierten die einzelnen Betriebsformen des Handels jedoch unterschiedlich. So erreichte das Plus im Sportfachhandel 38 Prozent, während die Warenhäuser und der Versandhandel 175 Prozent zulegten.

Gleichzeitig seien die Durchschnittspreise aber deutlich gefallen. Auf Billigschläger (unter 100 DM) entfielen schon ein Marktanteil von 38 Prozent. Fischer selbst hat im Geschäftsjahr 1985/86 (28.2.) den Absatz um 880 000 Paar Ski (plus neun Prozent) abgesetzt und 150 000 Tennisschläger. Der Gesamtumsatz stieg um rund acht Prozent auf umgerechnet 110 Mill. DM. Im laufenden Geschäftsjahr ist ein Umsatz von knapp 115 Mill. DM eingeplant.

Steuern von der Rente zahlen?

In der heftiger werdenden Diskussion über die Sicherheit der Renten spielt auch die Besteuerung der Altersbezüge eine Rolle. Die weit verbreitete Meinung, Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung sei steuerfrei, trifft zwar nicht zu - doch liegt sie nahe der Wahrheit. Dem Grunde nach ist jede Rente steuerpflichtig - aber nur mit ihrem „Ertragsanteil“.

Das Steuerrecht geht davon aus, daß sich die Rente aus einem angesammelten Kapital, also den eingezeichneten Beiträgen, und den daraus resultierenden Zinsen zusammensetzt. Die Kapitalrückzahlung an den Rentner wird nicht besteuert; sie steht ihm als steuerfreie Einnahme zu. Doch die Verzinsung des angesammelten Kapitals ist steuerpflichtig - eben der Ertragsanteil.

Die Höhe des Ertragsanteils richtet sich nach der Rentenart und dem Lebensalter des Rentners beim Rentenbeginn bzw. nach der Laufzeit der Rente, wenn es sich um eine „Früherrente“ (zum Beispiel wegen Berufsunfähigkeit) handelt. Als Faustregel gilt: Je jünger ein Versicherter bei Rentenbeginn ist, um so länger ist die Laufzeit - und um so höher der Ertragsanteil, also der Anteil der „Zinsen“. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung und vom Versorgungsamt sind davon ausgenommen, bleiben also stets voll steuerfrei.

Der Renten-Ertragsanteil ergibt sich aus einer Tabelle, die der Gesetzgeber unter anderem aufgrund der mittleren Lebenserwartung aufgestellt hat. Die Höhe des einmal festge-

stellten Ertragsanteils bleibt für die Dauer des Rentenbezuges gleich, solange sich die gesetzlich unterstellte „Verzinsung“ nicht ändert.

So sind zum Beispiel bei Beginn der Altersrente nachfolgendes:

- 60. Lebensjahr 29 Prozent der monatlichen Rente
- 63. Lebensjahr 26 Prozent der monatlichen Rente und
- 65. Lebensjahr 24 Prozent der monatlichen Rente steuerpflichtig.

1500 DM Monatsrente ergeben demnach 435 DM, 390 DM oder 360 DM an monatlichem (steuerpflichtigem) Ertragsanteil - je nachdem, ob die Rente mit 60, 63 oder 65 begonnen hat. Das entspricht Jahresbeträgen von 5220 DM, 4680 DM bzw. 4320 DM.

Da im Steuerrecht eine Reihe von Freibeträgen gelten, kommt es zu einer tatsächlichen Verringerung des Ertragsanteils einer Rente nur dann, wenn entweder eine sehr hohe Rente anfällt, etwa Lohn, Mieteinnahmen oder Zinsen. Derzeit haben Rentner einen Jahres-Mindest-Freibetrag aus Grundfreibetrag, Werbungskostenpauschale, Sonderausgaben und Altersfreibetrag von 6026 DM.

Pensionen an Beamte werden normal versteuert. Vorweg wird allerdings der „Versorgungsfreibetrag“ von 40 Prozent (höchstens 4800 DM im Jahr) abgezogen. Beispiel: Von 25 000 DM Beamtensumme im Jahr bleiben nicht 10 000 DM (40 Prozent) steuerfrei, sondern nur 4800 DM. Der Rest ist dem Ertragsanteil einer gesetzlichen Rente vergleichbar.

WOLFGANG BÜSER

FINANZANZEIGEN

Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank



- Wertpapier-Kenn-Nr. 806330 u. 806331 -

Wir laden die Aktionäre der Industriekreditbank Aktiengesellschaft - Deutsche Industriebank zu der am

Mittwoch, dem 15. Oktober 1986, 11.00 Uhr,
im Sitzungssaal der
Industriekreditbank Aktiengesellschaft - Deutsche Industriebank,
Düsseldorf, Karl-Theodor-Straße 6,
stattfindenden diesjährigen
ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1985/86 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats; Vorlage des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 1985/86 mit dem Bericht des Vorstands.

2. Beschlussfassung über die Gewinnverwendung

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den ausgewiesenen Bilanzgewinn von 28 800 000,- DM zur Zahlung einer Dividende von 8,- DM je Aktie im Nennwert von 50,- DM zu verwenden.

3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1985/86 Entlastung zu erteilen.

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Bank Berlin
Aktiengesellschaft

ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche
Credit-Anstalt

Bayerische Hypothek- und
Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Berliner Handels- und
Frankfurter Bank

Deutsche Girozentrale
- Deutsche Kommunalbank -

Förster-Fugger-Babenhäuser Bank
Kommanditgesellschaft

Georg Hauck & Sohn Bankiers
Kommanditgesellschaft auf Aktien

B. Metzler seel. Sohn & Co.

Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Simonbank
Aktiengesellschaft

M. M. Warburg-Brinckmann,
Wirtz & Co.

Deutsche Bank Saar
Aktiengesellschaft

Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Bank für Handel und Industrie
Aktiengesellschaft

Baden-Württembergische Bank
Aktiengesellschaft

Joh. Berenberg, Gossler & Co.

Deirbrück & Co.

CSFB-Effektenbank
Aktiengesellschaft

Förster Thurn und Taxis Bank
Albert Fürst von Thurn und Taxis

Marcard & Co.

Bankhaus Neelmeyer
Aktiengesellschaft

Karl Schmidt Bankgeschäft

Trinkaus & Wurmhardt
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Westalpenbank
Aktiengesellschaft

Westdeutsche Landesbank
Girozentrale

Commerzbank
Aktiengesellschaft

Berliner Commerzbank
Aktiengesellschaft

Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft

Berliner Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Genossenschaftsbank

Bankhaus Max Flessa & Co.

HML-BANK
Haltbaum, Maier & Co.
Aktiengesellschaft -
Landkreditbank -

Merck, Finck & Co.

Oldenburgische Landesbank
Aktiengesellschaft

Schwäbische Bank
Aktiengesellschaft

Vereins- und Westbank
Aktiengesellschaft

Commerz-Credit-Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Industriebank, Düsseldorf, einzureichen. Berichte über das Geschäftsjahr 1985/86 sowie Abdrucke der Einladung zur Hauptversammlung mit den Vorschlägen der Verwaltung zu den Punkten der Tagesordnung können bei uns und allen Depotbanken angefordert werden.

Düsseldorf und Berlin, 4. September 1986

Der Vorstand

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

bezieht ihre Informationen und Berichte von mehreren in- und ausländischen Nachrichtenagenturen sowie vor allem von eigenen Mitarbeitern überall in der Welt.

01-157

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- GEMEINSCHAFT

7% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1979
- WKN 465 601/10 -

Auslösung

Bei der am 27. August 1986 unter notarieller Aufsicht stattgefundenen Auslösung sind die Teilschuldverschreibungen der Serie 7 - WKN 465 607 - mit den Stücknummern

75001- 57300 zu je DM 1000,-
131001-132000 zu je DM 10000,-

im Nennbetrag von DM 22 500 000,- zur Rückzahlung zum 1. November 1986 gezogen worden.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 3. November 1986 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mängel und Zinscheine per 1. November 1987 ufl. eingelöst.

a) In der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anteilhabenden:

Amsterdamsche Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Banque Paribas
Generale Bank N.V.
Kreditbank S.A. Luxembourg
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerischer Bankverein
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Der Zinsfuß der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Oktober 1986.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. November 1986 fälligen Zinscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den im Vorjahr ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 8 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im August 1986

**EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT
KOMMISSION DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- GEMEINSCHAFT

8% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1982
- WKN 470 521/30 -

Auslösung

Bei der am 27. August 1986 unter notarieller Aufsicht stattgefundenen Auslösung sind die Teilschuldverschreibungen der Serie 6 - WKN 470 525 - mit den Stücknummern

40 001-48 000 zu je DM 1000,-
88 001-87 200 zu je DM 10 000,-

im Nennbetrag von DM 20 000 000,- zur Rückzahlung zum 11. November 1986 gezogen worden.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 11. November 1986 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mängel und Zinscheine per 11. November 1987 ufl. eingelöst.

a) In der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anteilhabenden:

Amsterdamsche Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Banque Paribas
Generale Bank N.V.
Kreditbank S.A. Luxembourg
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerischer Bankverein
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Der Zinsfuß der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 10. November 1986.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 11. November 1986 fälligen Zinscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den im Vorjahr ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 2 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im August 1986

**EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT
KOMMISSION DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

Wohnen und tagen Sie jetzt
im Herzen des Siegerlandes.

Park Hotel Siegen
AM KONGRESS-ZENTRUM
SIEGERLANDHALL
Koblenzer Straße 135
Tel. (0271) 338 10

Wahrsagerin Vircbow
Tel. 0271 10 94 24

**Akustikdecken-
Reinigung**

der Markt mit Zukunft + außerordentlichen Gewinnchancen.

Wir bieten eine ausgezeichnete Hardware (part.) sowie entsprechende Software.

Wir suchen exklusiv für geschützte Gebiete der BRD + West-Berlin Fachleute für Verkauf + Service.

Zuschreiben bitte unter Z 4774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Achtung,
Bausanierungsunternehmen**

Wir suchen im gesamten Bundesgebiet Unternehmen, die für uns Sanierungsarbeiten ausführen. Ausführliche Bewerbungsunterlagen erbiten wir unter H 4770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Ihre Gesellschaft
in Luxemburg**

Gründung, Verwaltung, Domizil Ihrer Holding oder Kommanditgesellschaft, Full, Telex-Service.

Luxemburg, Postfach 15 56 1015 Luxemburg 1, Tel. 0 03 55 / 49 10 00

Handelsvertreter

nicht Wirkungskreis im FLZ-Gebiet 4 und 5. Fundierte Kenntnisse im Kunststoff-, Rohstoff- und Halbleiter-Bereich. Anstellung im Außendienst ebenfalls möglich.

Zuschreiben erbiten wir unter D 4920 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sache Geschäftsmann

m. finanz. u. techn. Beteiligung zur Produktion u. Vertrieb eines Naturproduktes. Der Partner sollte den Vertrieb übernehmen.

Senden Sie Ihre Bewerbung an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Existenzgründung
im Einzelhandel**

mit Produktpalette, die konkurrenzlos u. preiswert ist. stark wachstumsorientiert.

Entgeltliche Anfragen unter U 469 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, beantworten wir gerne.

**Chance für
Dipl.-Ing.**

Verstärkung braucht ein Team in Süd-Deutschland, das mittelständische Bauunternehmen auf technischem, betriebswirtschaftlichem und personalwirtschaftlichem Gebiet berät. Ein Diplom-Ingenieur mit mehrjähriger Tätigkeit in Bauunternehmen findet hier als Bauingenieurberater ein breites Aufgabenspektrum.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 6. September, im großen Stellenanzeiger der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag, jeden Samstag.

„Good morning New York“: DATAPOST



DATAPOST. European Overnight Service (EOS)

Wenn in New York der Tag beginnt, sind wir schon da und Ihre wichtigen Unterlagen liegen pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt auf dem Tisch.

Mit dem neuen Service des internationalen Postkuriereendienstes DATAPOST!

Der European Overnight Service fliegt über Nacht nach New York und in die wichtigsten europäischen Wirtschaftszentren: nach Belgien, Frankreich, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Norwegen, Schweden, und in die Schweiz. So wächst auch Europa weiter zusammen.

Alle anderen DATAPOST-Sendungen – in nunmehr 50 Ländern der Welt – erreichen ihr Ziel genauso schnell wie bisher.

Wenn Sie also demnächst einmal eilige Waren, Dokumente, Datenträger oder Schriftstücke zu versenden haben: Fragen Sie Ihren Kundenberater bei der Post nach dem DATAPOST-Dienst, den EOS noch schneller macht.

European Overnight Service (EOS) von DATAPOST.

Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.
Information in Btx *20 000 #.



Bramsche

Eine Firma, für die auch Salvador Dali arbeitet

Bei Rasch werden nicht nur Tapeten bedruckt

Was haben Otto und eine Wohnzimmertapete gemeinsam? Die Kalauer des Ostfriesen, aber auch das wandschmückende Papier haben einen gemeinsamen Produktions-Stamm. Sie werden unter der Beteiligung der Bramscher Familie Rasch ge- und bedruckt. Sie betreibt seit über 120 Jahren die schon bald nach der Gründung zu den führenden deutschen Tapetenfabriken zählende Firma. Das Unternehmen mit rund 500 Mitarbeitern und einem von Branchenkennern geschätzten Umsatz von rund 100 Millionen Mark hat diese Spitzenposition bis heute gehalten.

Der Ursprung war die Tapete, das Verlagswesen kam später hinzu. Zur Rasch-Gruppe gehört auch eine Druckerei + Verlag-Gesellschaft, die auf Kunstdrucke spezialisiert ist. Ein Verlagsschwerpunkt liegt in der Dokumentation des kulturellen Lebens von Stadt und Land Osnabrück. Daneben hält ein Familienmitglied unabhängig von der Gruppe eine Beteiligung an dem vor wenigen Jahren gegründeten Hamburger Verlag Rasch + Röhling, der das Otto-Buch herausgibt, aber auch mit anderen Werken von sich reden gemacht hat.

Größter Arbeitgeber

„Unsere Musterkarte wird eine wirklich hervorragende Auswahl bringen in deutscher und englischer Breite von: Naturtapeten, Fondapeten, Lacktapeten oder Holztapeten in Maschinen- und Handdruck“, heißt es in einer Anzeige aus dem Jahre 1902. Einen Vorsprung in Design und Innovationsfreude reklamiert die Tapetenfabrik auch heute noch für sich. So habe man sich am

Markt mit innovativen Produkten im Relief-Bereich durchgesetzt. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre – auch im Export, dessen Anteil über 30 Prozent liegt – spiegelt sich in der Mitarbeiterzahl wider: Seit 1982 wurde wieder aufgestockt, bei den Auszubildenden um 50 Prozent. Geblieben ist Rasch dabei mit rund 500 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber der Stadt Bramsche.

Erste Bauhaus-Kollektion

Einer der Höhepunkte in der Geschichte des Unternehmens war die Zusammenarbeit mit dem Dessauer Bauhaus, der berühmten Architektur- und Kunstschule, die vor ihrer Auflösung 1933 weltberühmt war. Zwischen 1928 und 1930 hat die Tapetenfabrik die erste „Bauhaus-Kollektion“ entwickelt, die 1931 auf der „Großen Berliner Bauausstellung“ mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet wurde. Der letzte Bauhaus-Direktor Mies van der Rohe hat dann die Rechte auf den Namen an Rasch übertragen. Die Kollektion wird auch heute noch produziert und ist das einzige vom Bauhaus produzierte Industrieprodukt, das auf dem Markt überlebt hat.

Die Verbindung zu Künstlern aber haben die Bramscher weiter intensiviert. Als das moderne Design dekorativer wurde – eine Entwicklung, bei der das Haus nach eigenen Angaben an führender Stelle mitgewirkt hat –, konnte Rasch für eine Künstler-Kollektion weltbedeutende Mitarbeiter gewinnen: Salvador Dali, Sigvard Graf Bernadotte und Shinkichi Tajiri waren darunter.

ERWIN SCHNIDER

„Backverfahren“ mit Heißluft für feinste Drähte

Der Bekanntheitsgrad der Lacroix + Kress, Klessing GmbH & Co KG über die heimische Region hinaus hält sich in Grenzen. In Fachkreisen indes genießt das Bramscher Unternehmen hohe Wertschätzung. Der Spezialist unter den deutschen Drahtherstellern hat Marktnischen besetzt, in denen er europaweit konkurrenzlos ist. In besonderem Maße gilt dies für den Bereich der Feinstdrähte, die in Bramsche auf einen Durchmesser von bis zu 0,01 Millimeter gezogen werden und damit dünner als ein Menschenhaar sind.

Rolf Ehrlich, bei Lacroix + Kress zuständig für Marketing und Vertrieb, will das Geschäft in dieser Sparte nicht überbewerten, läßt aber keinen Zweifel daran, daß gerade die Feinstdrähte zu den ertragsstärksten Produkten gehören. Anwendung finden diese Drähte auf allen Gebieten der Miniaturwerktechnik.

Lieferant der Nasa

Zu den Abnehmern zählen unter anderen die führenden Uhrenhersteller in der Schweiz, in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa steht ebenso auf der Kundenliste in Bramsche wie Unternehmen aus dem Ostblock.

Tragende Säulen des Unternehmens, das mit über 600 Beschäftigten

jährlich einen Umsatz von gut 100 Millionen Mark erwirtschaftet, sind die Bereiche Kupferlackdraht und sauerstofffreier Tauchwalddraht. Auf sie entfallen jeweils rund ein Drittel der Bramscher Anlage, deren Kapazität bei 35 000 Tonnen liegt.

Seit 1964 produziert Lacroix + Kress auch Spezialkabel und -leitungen. Zum Programm gehören ferner feuerverzinnte Drahtlitzten.

Sehr gute Auftragslage

Ein Beispiel für das hohe technologische Niveau des Drahtherstellers ist die Anwendung des sogenannten Selbstbackverfahrens:

Dabei werden die Drähte im Gegensatz zum Tauchverfahren mit Hilfe von Heißluft ummantelt. Der sogenannte Backlackdraht (Feinstdraht) ist mit einer thermoplastischen Auflage versehen.

Zuversichtlich beurteilt das Unternehmen, das in Ingolstadt ein Zweigwerk mit 130 Mitarbeitern unterhält, die weitere Zukunft. Alle Bereiche sind voll ausgelastet. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt bei der Modernisierung der Fertigungsabläufe und des Maschinenparks. Lacroix + Kress, nach dem Krieg in Bramsche gegründet, gehört seit 1973 zum amerikanischen Unternehmen Raytheon Company, Lexington/Massachusetts. (dos)



Bramsche – auf halbem Weg zwischen den norddeutschen Seehäfen und dem Rhein-Ruhr-Gebiet

FOTO: DIE WELT, freigeig. d. Reg.-Pres. Stuttgart, Nr. 9772 325

Die kleine Stadt und ihre großen Pläne: Junge Chefs gesucht

Noch in den sechziger Jahren hat die Mittelstadt im Osnabrücker Berg- und Hügelland sich, getreu einer 400jährigen Gewerbetradition, als „Tuchmacherstadt Bramsche“ verstanden. Doch der Niedergang der Textilindustrie hat den Wertbegriff nicht verschont. Bramsche – so Stadtdirektor Edwin Sors und Stadtkämmerer Herbert Holzgrebe im Gespräch mit der WELT – blickt sich auf andere Stärken: das vielseitige Potential einheimischer Facharbeitkräfte, die günstige Lage im Verkehrsnetz von Fernstraßen, Schiene, Wasserweg, das reiche Angebot preisgünstiger Gewerbeflächen und die Bereitschaft zu unkonventionellen Wegen der Wirtschaftsförderung.

Stadtdirektor Sors: „Wir haben die ausgefahrenen Gleise der Standortwerbung und Wirtschaftsförderung verlassen, weil der inzwischen uniforme Grundton der Bemühungen konkurrierender Städte, Gemeinden und Länder uns nicht mehr den Erfolg verspricht. Mit dem Slogan „Bramsche – des Standorts wegen“ im städtischen Brief-Freistempel war es nicht genug, um dem Stillstand bei der Betriebsansiedlung und dem zu Unrecht gelegenen Nord-Süd-Gefälle gegenzusteuern.“

Deshalb haben wir das Bramscher Gründerprojekt (BGP) entwickelt; deshalb haben wir in der Stadtverwaltung einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der sich ausschließlich der Wirtschaftsförderung und der Betreuung von Existenzgründungen widmet; deshalb werden wir die telefonische Beratungsaktion für junge Unternehmer und solche, die es werden wollen, in diesem Jahr wiederholen.“

Und die finanziellen Förderinstrumente? Auch hier unkonventionelle Wege?

Kämmerer Holzgrebe: „Wir haben, als Leitbeispiel, vor etwa zehn Jahren mit der Ansiedlung eines bedeutenden papierverarbeitenden Betriebes Wege beschritten, die bis dahin nicht üblich waren: Wir haben außer sehr günstigen Konditionen für das Werksgelände neben dem Landesfördermitteln ein zinsgünstiges Darlehen zur Verfügung gestellt; der Betrieb ist heute einer der wichtigsten Arbeitgeber und Steuerzahler.“

Hat Bramsche Not, wie andere norddeutsche Regionen, mit der Abwanderung von Facharbeitkräften?

Sors: „Wir haben eine Arbeitslosenquote von derzeit zehn Prozent, das entspricht etwa 500 Arbeitskräften. Unsere Bevölkerung ist sehr bodenständig, so daß Wanderungsverluste an den Süden nicht nennenswert sind – anders als etwa weiter nördlich im Emsland oder in Ostfriesland.“

Ist dieses Arbeitskräftepotential nach seinem Ausbildungsstand an eine bestimmte Branche gebunden?

Sors: „Nein, die Fachkräfte kommen aus den verschiedensten Erwerbszweigen, sei es Metall- oder Holzverarbeitung, Bauhaupt- oder -nebenberufe. Schwere Einbrüche blieben uns seit der Textilkrisis erspart. Im Kernbestand haben wir heute eine vielseitige Mischstruktur von Unternehmen kleinerer und mittlerer Größenordnung – ein interessantes Ansiedlungsmerkmal zum Beispiel für zuleifernde Handwerks- oder Dienstleistungsfirmen.“

Hat also nicht so sehr drückende Not, sondern vielmehr Selbstvertrauen den Anstoß gegeben, wieder intensiv für Bramsche zu werben?

Sors: „Seit der Gebiets- und Verwaltungsreform haben wir neue Spielräume gewonnen. Vor der Reform hatte Bramsche etwa 12 000 Einwohner auf sechs Quadratkilometern, inzwischen hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt, das Stadtgebiet aber verdreifacht. Vor 1972 konnten wir mangels Fläche kaum noch Gewerbe ansiedeln. Seither haben wir, etwa in den Stadtteilen Achmer, Hesepe und Engter, beträchtliche Flächen zur Verfügung. Besonderer Handlungsdruck ergab sich aus der hohen Arbeitslosigkeit. Seit Jahren wissen wir, daß bis 1988 die zeitweise bis zu 3000 Angehörigen der hier stationierten niederländischen NATO-Einheiten abgezogen werden. Aus zwei Siedlungskomplexen mit mehr als 400 Wohnungen, überwiegend Einfamilien-Reihenhäuser, dürfen keine Geisterquartiere werden. Für neu zuziehende Bürger aber müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen.“

Wie ist es um die klassischen Standortkriterien bestellt, angefangen

mit dem Bodenpreis für Gewerbeflächen?

Holzgrebe: „Wir bieten zum Beispiel im Stadtteil Achmer ein voll erschlossenes Industrie-Grundstück mit Mittellandkanal- und Gleisanschluss für 27 Mark pro Quadratmeter an.“

Wie ist die Verkehrs-Anbindung?

Sors: „Der Mittellandkanal ist mit unseren drei Hafenbereichen in Engter, Achmer und Bramsche-Mitte der wesentliche Pluspunkt in der Verkehrsstruktur. Bramsche ist für Massen- und Schwergüter unmittelbar erreichbar. Nur 30 Kilometer westlich liegt die Einmündung des Mittelland in den Dortmund-Ems-Kanal. Allein dadurch sind wir direkt in die Handels- und Warenströme von und nach dem Rhein-Ruhr- und dem Nordseeraum einbezogen. Hinzu kommt die vorteilhafte Lage im Kreuzungsbereich der Autobahnen Hansalinie/Hollandlinie (A 1/A 30) und richtungsgleicher Bundesstraßen (B 68/B 218) sowie an der Bundesbahn-Hauptstrecke Wilhelmshaven-Münster-Rhein/Ruhr-Gebiet.“

In welchem Konkurrenzverhältnis steht Bramsche zu dem nahen Osnabrück? Gibt es – etwa bei Arbeitskräften, Kaufkraft oder wirtschaftlichen Problemen des Nachbarn – Sogwirkungen, denen die Bramscher Stadtviertel gegensteuern müssen?

Holzgrebe: „Wir haben mehr Auspendler nach Osnabrück als Einpendler aus dem eigenen Umland.“

Bramsche als „Schlafstadt“ für Osnabrück?

Sors: „Diese Gefahr ist für Bramsche dank der Zuwächse aus der Gemeindereform abgewendet. Mit Investitionen im Rahmen des bundesweiten Stadtanpassungsprogramms arbeiten wir daran, Bramsches Attraktivität als Einkaufsstadt zu steigern und Kaufkraftabflüsse einzudämmen. Bramsche hat ein vitales Interesse an der wirtschaftlichen Prosperität des Oberzentrums, das beträchtliche Sorgen um seine lebenswichtigen Stahlbetriebe hat. Ich verhehle nicht, daß jeder strukturelle Gewinn für Bramsche selbst uns auch ein Stück Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den Problemen der Großregion einbringt.“

MICHAEL JACH

Gepflegtes Ambiente am gedeckten Tisch

Ständige Erweiterung der Produktionsfläche

Die Wachstumsraten der letzten Jahre sprechen für sich: Der Marktführer für Einmalprodukte rund um den gedeckten Tisch, die Deutsche Duni GmbH in Bramsche, baut seine Position konsequent weiter aus. Um jeweils 15 Prozent hat das Unternehmen, das 1958 in Hamburg als Papierhandels-Gesellschaft gegründet wurde und seit 1972 in Bramsche produziert, den Umsatz pro Jahr gesteigert. Und Geschäftsführer Reinhard Liljenqvist läßt keinen Zweifel daran, daß die Zahl auch 1986 Gültigkeit hat. Dies würde einem Volumen von rund 125 (1985: 109) Millionen Mark entsprechen.

Parallel zu dieser Entwicklung hat Duni, ein Unternehmen der schwedischen Bonnier-Gruppe, auch die Betriebsfläche aufgestockt. Noch 1980 wurden 300 Mitarbeiter beschäftigt; heute zählt die Firma bereits 480 Mitarbeiter. Den wirtschaftlichen Erfolg in einem sicher nicht unproblematischen Branchen-Umfeld begründet Duni mit dem hohen Qualitätsniveau, von dem das Produktimage geprägt ist. Dies gelte sowohl für den Fach- und Lebensmittelhandel, für die Großvertriebsformen und nicht zuletzt für den Endverbraucher.

Eine Ausnahmestellung hat sich das Unternehmen mit feißigen Servietten aus Tissue geschaffen. Der

Marktanteil auf diesem Gebiet liegt nahe der 30-Prozent-Grenze. Mit dem patentierten „Dunice“-Material für die Herstellung von Einwegtschdecken und -servietten hat sich das Bramscher Unternehmen weiter von der Konkurrenz abgesetzt.

Auch im Bereich des Einmalgeschirrs, das bei Party-Freunden immer mehr Anhänger findet, operiert Duni überaus erfolgreich.

Zur Absicherung des Wachstums, das fast ausschließlich über steigende Lieferungen realisiert wird – Preiserhöhungen läßt der Markt kaum zu – bedarf es umfangreicher Investitionen. Auf dem etwa 60 000 Quadratmeter großen Firmengelände, auf dem auch das Zentrallager mit etwa 12 000 Palettenplätzen angesiedelt ist, wird die Produktionsfläche ständig erweitert.

Der Aufstockung der Kapazitäten diene zum Beispiel 1984 die Übernahme der Produktionsanlagen der Berliner Firma Servycette.

Vor kurzem hat Duni darüber hinaus den kompletten Maschinenpark der in Konkurs gegangenen Firma Condor, ebenfalls Berlin, erworben. Nach Angaben der Duni-Geschäftsführung ist noch nicht endgültig entschieden, wo die zusätzliche Produktion angesiedelt wird. (dos)

Auch bei der Arbeit immer chic

mj, Bramsche

Mit modisch orientierter Berufsbekleidung für medizinisch-pflegerische sowie für Berufe in Gastronomie und Ernährungswirtschaft (Küchenpersonal, Bäcker, Metzger) bedient die clinic & job-dress Helmut Wagner GmbH, Bramsche, einen nach eigener Einschätzung „recht krisenfesten Markt“. Die modisch-saisonale Wertschöpfung in den zweimal jährlich wechselnden Kollektionen betrachtet das 140-Mitarbeiter-Unternehmen als seine besondere Stärke, zumal es „unter diesem Gesichtspunkt nur noch einen Konkurrenten“ habe.

Das 1952 in Münster gegründete Stammhaus clinic-dress zog 1970 nach Epe (seit der Gemeindereform ein Stadtteil von Bramsche) um; 1982 wurde der erweiterte Nähtrieb nochmals verlegt in die Kernstadt Bramsche. Die zugleich als Tochterunternehmen gegründete job-dress wurde 1986 mit der Stammfirma vereinigt. Vertrieben wird ausschließlich im Katalogversand, abgesehen von eigenen Geschäften in Osnabrück, Münster, Essen (Wagner-Moden).

Den Jahres-Gruppenumsatz von zuletzt 30 Millionen Mark erzielt clinic & job-dress zu drei Vierteln auf dem deutschen Markt; den Auslandsanteil steuern mit gleichen Kollektionen Vertriebsstöckchen in der Schweiz, in Österreich und in Italien bei. Der Bereich clinic-dress ist am Geschäftsumfang mit 60 Prozent, job-dress mit 20 Prozent beteiligt; das restliche Fünftel trägt ein ergänzendes Angebot an Damen- und Herren-Freizeitkleidung, die zum größeren Teil gleichfalls im eigenen Haus entworfen und produziert wird.

Strategie der Marktlücke in Farbe

mj, Bramsche

Auf gute Wachstumschancen, insbesondere für ihre Polymer-Vorprodukte zur Herstellung von Binderfarben sowie bei Spezialdruckfarben für Tissue- und Hygienepapiere, setzt die Firma FHC – Farben und Hilfsmittel Chemie GmbH & Co KG. Bei seiner Gründung 1974 in Bramsche ein „Abieger“ der alteingesessenen Tapeten- und Papierindustrie, eroberte das Unternehmen sich inzwischen beachtliche inländische Marktanteile mit seinen ursprünglichen Produktgruppen: 60 bis 70 Prozent bei den Tissue-Farben, 20 bis 35 Prozent bei Farbpigment-Zubereitungen für Dispersionsfarben und Papierherstellung. „Die Angaben“, so wird betont, „stammen von der Konkurrenz.“

Mit dem erst vor wenigen Jahren aufgebauten Polymer-Programm verfolgt FHC-Geschäftsführer Günter Celik eine Marktlücken-Strategie: Typische Stärken des kleinen Betriebes seien Synthespezialitäten für unternehmenseigene Weiterverarbeitungs- und Anwender-Bedürfnisse. Die Zuwachsraten der Polymere, die bisher ausschließlich im 1984 erworbenen Zweigbetrieb Freyung (Oberpfalz) hergestellt wurden, lassen Pläne für eine zweite Produktionsanlage am Stammsitz Bramsche reifen.

Derzeit werden 20 Mitarbeiter beschäftigt, davon sechs in der Produktentwicklung. Der Jahresumsatz liegt bei zwölf Millionen Mark, davon inzwischen gut die Hälfte aus dem Polymer-Programm. Als Exportmärkte sind Österreich, Frankreich, Benelux und Skandinavien erschlossen; den Exportanteil gibt FHC für Farben mit „unter zehn“, für Polymere mit „bis zu 30 Prozent“ an.

BRAMSCHER

Standortinformation für Unternehmer

Als aufstrebendes Wirtschaftszentrum am Rande Osnabrücks bietet der Standort Bramsche ideale Anknüpfungspunkte für unternehmerisches Engagement. Denn in Bramsche stimmen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Unternehmertätigkeit: Die Lage zwischen dem Ruhrgebiet und den Nordseehäfen garantiert beste logistische Voraussetzungen.

Das Zusammentreffen von Mittellandkanal, Bundesautobahnen und dem Verkehrsweg Schiene ist nur eine davon. Wirtschaftsförderung wird in Bramsche ganz unbürokratisch als Service begriffen. In der Praxis bedeutet das: Kurze Instanzenwege, ein persönlicher Ansprechpartner, beschleunigte Verfahren und kompetente Beratung bei Betriebsproblemen durch versierte Fachleute.

Speziell für Jungunternehmer hat die Stadt das Bramscher Gründer-Projekt entwickelt. Seine Kernpunkte: Kostenloser Beratungsservice in allen Fragen der Betriebsführung – vom Marketing bis zur Finanzierung. Vermittlung aller in Frage kommenden Fördermittel sowie geeigneter Räumlichkeiten für den Start in die Selbständigkeit – vom kleinen Büro bis zur Produktionshalle.

In einer umfangreichen Standortmappe stellt die Stadtverwaltung gegen Einsendung des Coupons interessanten kostenlos weitere Informationen zur Verfügung. Ich bitte um kostenlose Zusendung der Standortmappe für Unternehmer. Ich bitte um Informationsmaterial über das Bramscher Gründer-Projekt.

Name _____
Ansprechpartner _____
Straße _____
Ort _____
Telefon _____

Stadt Bramsche – Der Stadtdirektor · Postfach 380 · 4550 Bramsche 1 · Telefon 0 54 61/8 31 20

Eine Ausstellung mit Verkauf, die jedem etwas bietet

3. Bramscher Woche

vom 6. bis 14. September 1986 auf dem Gelände in Bramsche-Hesepe

Musterhäuser
Bauen, Wohnen, Sanieren, Renovierung, Einrichtung, Gartengeräte

Freizeit, Hobby, Sport, Gesundheit, Mode, Nahrungsmittel

Fahrzeuge, Zubehör, Landwirtschaft, Tierzucht, Bürobedarf, Dienstleistungen

Üglich 10–18 Uhr
Nonstop-Programme
Kinder- + Jugendaktionen
Gewinnspiele

Treffpunkt für jung und alt! Kumm rin – kiek in!

ش

Für Computer-Franks (FC) und EDV-Spezialisten mittlerer und großer Anlagen lassen und beschreiben wir alle gängigen Datenrechner wie Dinketten (3 1/4 Zoll, 5 1/4 Zoll, 8 Zoll) und Magnetbänder. Wir konvertieren Texte aus mehr als 500 Systemen in Satz.

ε δ
ü g

Wir setzen in Laserqualität Russisch, Griechisch, Arabisch, Zykrisch und alle indischen Sprachen

Ω

IO

Mathematisches, Physikalisches und Chemisches Formelsatz
35 Jahre Erfahrung, solide fachliche Arbeit und absolute Terminalsicherheit

Satzdienst Bukowski
Lange Straße 14
4550 Bramsche 3
☎ 05461-1000
Telefax 911
Telex 941439

W

Geschichte soll den Bürgerstolz wecken

Stadtentwicklung: Die Gestaltung der City

Bramsche putzt sich heraus. Ein umfangreiches Programm zur Innenstadtsanierung, gestützt auf Städtebauförderung und Denkmalpflege von Bund und Land Niedersachsen, wird gekoppelt mit einem Bündel von Maßnahmen zugunsten der Einzelhandelsstruktur. Je selbstbewusster die Bramscher Bürger demnächst ihre Heimatstadt wiedererwecken, desto einträglicher wird ihr Heimatstolz – so jedenfalls kalkulieren die Stadtväter – dann auch für die Kassen der heimischen Geschäftswelt.

Stadtdirektor Edwin Sors verweigert es nicht: In der Substanzplanung der Kernstadt gibt es manches nachzuholen. Nicht allein, daß die Hauptdurchgangs- und Geschäftsstraße dringend zur Umgestaltung als Fußgängerzone ansteht; entsprechende Möglichkeiten zur Verkehrslenkung sind bereits geschaffen. Sors: „Anders als vergleichbare Städte in der Nachbarschaft hat Bramsche nie einen baulich ausgeprägten Marktplatz gehabt. Wir müssen unsere Stadtmittelpunkte erst gestalten.“

Geplant ist eine der aus drei Jahrhunderten überkommenen Bausubstanz architektonisch angemessene Marktplatz-Randbebauung, in der sich um einen zentralen Verbrauchermarkt attraktive Einzelhandels-Fachgeschäfte gruppieren sollen – mit zweifachtem Effekt: Die städtebauliche Vervollkommenung werde zugleich Kaufkraft der Bürger an die eigene Stadt binden, die derzeit „in erschreckendem Ausmaß“ abfließe zu Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ in benachbarten Osnabrücker Vororten. Zweitens: Sprechend sei das Projekt eine Einladung zuerst an die Adressen des vielfältigen absehbaren Einzelhandels.

Nicht anders als den zeitlichen Bedürfnissen mag die Stadtheim alsdann auch den seelischen Genügen tun. War un-

ter dem Stichwort Bramsche im Abschnitt „sehenswert“ im Niedersächsischen-Lexikon von 1969 noch allein die wehrhaft-spätmittelalterliche Bruchstein-Kirche St. Martin verzeichnet, so weisen nun zwei seit Ende der siebziger Jahre beispielhaft getretene Denkmalschutz-Schmuckstücke den weiteren Weg zu stadthistorischem Ansehen in des Wortes mehrfacher Sinn.

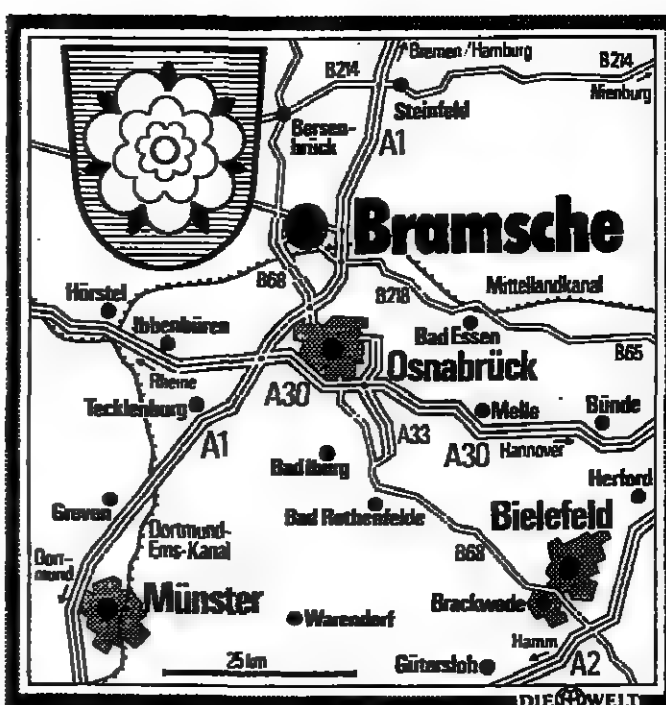
Da wurde erstmals 1977 ein in städtisches Eigentum übergegangenes, nach drei Jahrhunderten hinlänglich vierständer-Fachwerkhaus mit original echtem Dielenort und kunstvollem Inschrift-Schnittwerk am Torsturz nicht niedergeissen, sondern sorgsam restauriert. Inzwischen beherbergt es die Stadtbücherei – und muß sich den Bramscher Bewahrerstolz schon teilen mit einem ganzen benachbarten Fachwerk-Ensemble. Den Preis ehrwürdiger Schönheit indes macht ihm neuerdings die alte Posthalterei streitig, mit Baujahr 1648 das vermutlich älteste erhaltene Profangebäude der Stadt. Der trauliche Name „Alte Post“ läßt Einheimische und Auswärtige ein zu gediegener Gastlichkeit.

Im zweiten Anlauf immerhin ist es gelungen, ein nächstes Rettungsvorhaben auf den Zuschußlinien der Städtebauförderung zu platzieren: die arg ramponierten, weit lange als „unbrauchbar“ mißachteten Walkmühlen-Gebäude der historischen Bramscher Tuchmachergilde am Hase-Fluß. Den Ursprungsort heimischer Wirtschaftskraft, inzwischen in kommunaler Hand, will ein eingetragener „Tuchmacher-Museumsverein“ ausgebaut zum „produzierenden Gewerke-Museum“. Es wird den heutigen und künftigen Bramschern lebendig vorführen, wie ihre Altvordern mit handwerklichem Fleiß und frühindustrieller Technik Ansehen und Wohlstand ihrer Stadt geschaffen und gemeiert haben.

MICHAEL JACH

Auf einen Blick

Gründung als fränkische Weilersiedlung nahe einer Furt des Ems-Nebenflusses Hase während der Sachsenkriege im 8. Jahrhundert; 1097 erstmals urkundlich erwähnt. Umschlag- und Gewerbeplatz am alten Handelsstraßenkreuz Hannover/Minden-Niederlande und Bremen/Oldenburg-Westfalen-Hessen. Warenangebot am Markt Bramsche im 17./18. Jahrhundert zeitweise bedeutender als in Osnabrück. Stadtrechte seit 1929, Landkreis Osnabrück. Stadtwappen: Die Bramscher Rose geht auf das amtliche Gütesiegel von 1726 für die Stoffe der heimischen Tuchmachergilde zurück. Heraldische Bedeutung der Rose ungesichert – möglicherweise ein Bezug zum damals weitbekannten „besten Bramscher Rot“ der hiesigen Tuchfabrik. Stadtleitung seit der Gemeinde-Gebietsreform 1972: Ortschaften Achmer, Balkum, Engter, Epe, Evinghausen, Hesepe, Kalkriede, Penke, Schleptrup, Sögel, Ueffeln. Stadtgebiet: 183,3 Quadratkilometer, davon rund zehn Prozent überbaut, 60 Prozent Landwirtschafts- und Gartenflächen, 30 Prozent Wald, Gewässer, Moor, Heide. Einwohner: 25 400 in 9450 Haushalten. Industriezweige: Papierwaren, Tapeten, Textil/Bekleidung, Spezialdraht, Futtermittel. Insgesamt sind 1005 Gewerbebetriebe registriert. Kommunale Steuern: Grundsteuer A und B je 260 v. H., Gewerbesteuer 300 v. H. Verkehrswege: Autobahn 1 (Hansalinie), Bundesstraßen 68 und 218; Eisenbahn-Hauptstrecke Osnabrück-Oldenburg-Wilhelmshaven; Mittellandkanal. Schulen, Kultur: Alle öffentlichen Schulformen, Freie Waldorfschule, Musikschule, Städtische Volkshochschule, Stadtbücherei mit knapp 32 000 Bänden und Mediothek. Sozialleistungen: Kinderspielflächen, fünf kirchliche Kindergärten, Diakoniestation, Alterszentrum, 150-Betten-Krankenhaus.



Sport und Freizeit: Jugendzentrum, Hallenbad, Freibäder beheizt und unbeheizt, Sportplätze und -hallen, Tennisplätze, Reithallen. Im Naherholungsbereich Segelflug- und Angelplätze, Naturschutzgebiet Darnsee, Wanderwegenetz im Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald/Wiehengebirge und im Gehrwald, Radwanderweg Osnabrück-Quakenbrück, ausgeschilderte Brangau-Route für Autotouristen, Campingplätze, Bootsport auf dem Mittellandkanal.

Wer hat hier Angst vor Hieroglyphen?

Textverarbeitung international rund um die Uhr

Prospekttexte in hebräischer Schrift für Israel-Exporte; Literatur-Übertragungen für den Auslandsbuchmarkt Griechenland; repräsentativ-kommerzielle Drucksachen in Arabisch. Broschüren in kyrillischer Schrift für deutsche Kulturdiplomatie in der Sowjetunion. Texte in jeder europäischen Sprache, indisch eingeschlossen, sowie mathematische, physikalische, chemische Formeln.

Samt und sonders typographische und linguistische Spezialitäten, verarbeitet zu sauberem Lichtsatz. Dieser Katalog umreißt das Angebot eines mittelständischen Bramscher Dienstleistungsunternehmens, dessen Lebensessenz die Kommunikationswirtschaft ist. Gestützt auf modernste elektronische Textverarbeitungstechnik, auf die Qualifikation eigener Sprach- und EDV-Spezialisten sowie Zusammenarbeit mit namhaften Übersetzern, behauptet die Firma Satzdienst Bukowski sich auf einem Markt, der vielfach allein dem Riesen des Druckgewerbes „zugehört“ wird.

Die Bramscher Stadtväter verweisen mit Vorliebe auf die „Perle“ unter den Gewerbebetrieben. Vor zehn Jahren hat Firmenchef Hans Bukowski sein 1951 nach Typographie-Studium gegründetes Unternehmen von Wuppertal in die nordwestdeutsche Mittelstadt verlagert und, wie er sagt, die mit den Mitteln der Regionalförderung erleichterte Entscheidung „nie bedauert“.

Seit der Geschäftsumwandlung stetig gewachsen. Im Zweischichten-Betrieb arbeiten Spezialisten derzeit an allein sechs Datenterminals. Bukowski gilt unter Fachleuten als Pionier in Entwicklung und Einsatz fachspezifischer Software. Schon 1977 war er erster europäischer Anbieter von Russisch- und Griechisch-Programmen für den Bildschirm. Jüngste Innovationsbeispiele sind Pro-

gramme für Arabisch und Hebräisch, selbst auf dem Bildschirm von rechts nach links „geschrieben“, oder für den Chemie-Formelsatz. Für jede Fremdsprache wurde ein Worttrennungs-Programm entwickelt. Ein umfangreicher Sonderzeichen-„Vorrat“ steht zur Verfügung – von Firmensymbolen über Schachfiguren bis hin zu typographischen Hintergrundmustern für Urkunden und Scheckformulare.

Gesetzt wird bei Bukowski in vielseitiger Größen- und Typenauswahl nach den Schriftmustern des Linotype Font Center. Für die Belichtung der Satzprodukte ging kürzlich ein Laser-Belichter mit modernster Rasterelektronik in Betrieb.

Fehlt noch der I-Punkt des Dienstleistungsangebots: die Datenkonvertierung. Ein firmeneigener Interface-Converter liest die Daten von mehr als 500 verschiedenen, üblicherweise zwischen den Computerfabrikanten nicht austauschbaren Diskettentypen in das Satzsystem ein; zusätzlich können Magnetbänder verarbeitet werden. Dem Kunden werden damit nicht nur die lästigen Mehrfach-Bearbeitungszeiten und -kosten erspart; mit der entbehrlich gewordenen Mehrfach-Erfassung der Texte bei „herkömmlichem“ Überschriften von System zu System entfallen Fehlerquellen, die Textqualität wird optimiert.

In Bukowskis Kundendatei ist vertreten, was Rang und Namen hat in der Export- und Werbewirtschaft, darüber hinaus auch im EG-Raum (ausländische Kunden tragen 15 Prozent zum Umsatz bei). Einschlägige Adressen der Bundesregierung stehen neben renommierten Fremdsprachen- und Wissenschaftsverlagen. In der Konkurrenz um den Markt teilen sich nicht mehr als ein halbes Dutzend Anbieter – neben „ganz Großen“ der Medienbranche gleichauf der hochspezialisierte Muster-Mittelständler aus Bramsche.

M. J.

Einziger Maßstab: die Zukunftsaussichten

Das Bramscher Gründer-Projekt – So nimmt Bramsche seine jungen Unternehmer unter die Fittiche

Das Bramscher Gründer-Projekt (BGP) richtet sich vor allem an Nachwuchskräfte aus gewerblicher Wirtschaft, produzierendem Gewerbe, Handel und Handwerk. Die Stadt setzt sich damit von anderen Kommunen ab, die überiegend auf Hochtechnologie orientierte Unternehmensgründer bauen.

Jedoch: In Bramsche haben auch die innovativen Existenzgründer eine Chance. Die Begriffe Innovation und High Tech werden weit ausgelegt. Stadtdirektor Edwin Sors: „Einziger Maßstab sind für uns die Zukunftsaussichten am Markt.“

Um jungen Unternehmern teure Erfahrungen zu ersparen, hat die Stadt ein für deren Belange maßgeschneidertes Förderkonzept entwickelt. Der Schwerpunkt: Kostenloser Be-

ratungsservice für die ersten drei Jahre der Betriebsfähigkeit. Der Service wird mit einem Beraterstab abgewickelt, dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der Kammern Osnabrück-Emsland, Banker, Gewerkschafter, Steuerberater und Politiker angehören. Schon vor der Realisierung des Projekts klopfen diese Experten die Ideen auf ihre Erfolgsaussichten ab. Zusammen mit Bankfachleuten wird ein individueller Finanzierungs- und Förderungsplan entwickelt, der die Jungunternehmer nicht überfordert. Zur Verfügung stehen beispielsweise das Eigenkapitalhilfsprogramm, das Landesdarlehensprogramm oder das ERP-Existenzgründungsprogramm.

Alle Maßnahmen werden durch einen Ansprechpartner in

der Stadtverwaltung koordiniert. Er stellt den „kurzen Draht“ zu den Beratern her, sorgt für reibungslose Abwicklung in der Verwaltung und garantiert Vertraulichkeit.

Günstige und genau auf die Bedürfnisse zugeschnittene Räumlichkeiten – vom Büro über die Werkstatt bis hin zu kompletten Gebäuden – werden angeboten. Der aktuelle Stand des Angebots ist jederzeit bei der Stadtverwaltung abrufbar. Es stehen Miet-, Kauf- und Leasingobjekte bereit. Grundstücke sind ab acht Mark pro Quadratmeter zu haben.

Um die Ausgaben für Betriebsmittel so gering wie möglich zu halten, bietet die Stadtverwaltung die Nutzung ihrer Büroräumlichkeiten an. Zweimal im Jahr soll in Bramsche ein

intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Jungunternehmern, allen Mitgliedern des Beraterstabes und der Stadtverwaltung stattfinden.

Mit diesem Leistungspaket braucht das Bramscher Gründer-Projekt den Vergleich mit Gründerzentren nicht zu scheuen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, dürfte es sogar ein effektiverer Weg sein. Während bundesweit für Technologie- und Gründerzentren in den letzten Jahren Millionen investiert wurden, kommt das Bramscher Konzept ohne derartige Vorleistungen der Stadt aus. Das BGP lebt allein von der ehrenamtlichen Tätigkeit des Beraterstabes und dem Zusammenwirken der Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

JÖRG KRAMER

LACROIX+KRESS, KLASING

A Raytheon Company

Tauchwulfdraht DIN 1787/40 500 OF-CU
Durchmesser: 8,00 mm und 12,5 mm

Kupferblechdraht DIN 46 431/40 500 OF-CU
blank-harte und blank-weiße Ausführung
Durchmesser: 0,05 mm bis 3,5 mm

Kupferlackdraht DIN 46 435
lösbar, hochwärmebeständig und mit thermoplastischer oder thermohärtbarer Backlackschicht
Durchmesser: 0,03 mm bis 1,40 mm

Feinstkupferlackdraht
lösbar und mit thermoplastischer Backlackschicht
Durchmesser: 0,010 mm bis 0,030 mm

Galvanisch verzinnter OF-CU-Draht
Durchmesser: 0,127 bis 3,0 mm

Feuerverzinnter OF-CU-Draht
Durchmesser: 0,1 bis 0,3 mm

Kabel und Leitungen

Steuerleitungen
geschirmt
Datenübertragungsleitungen, Mikrofonleitungen, Koaxialkabel

Steuerleitungen
nicht geschirmt
paarig- oder lagenverleitet, mit zahlenbedruckten Adern, hochflexibel

Flachbandleitungen
einfarbig und bunt, mit verzinnnten Litzen oder Drähten oder zentralgebundenen Litzen

Kunststoffisolierte Schaltlitzen und Schaltdrähte

Textilisierte, wärmebeständige Schaltlitzen und Schaltdrähte

Kabelkonfektionierung

Hauptwerk und Verwaltung
Postfach 160 - Engterstraße 34
D-4550 Bramsche 1
Telefon: 05461/3011
Telefax: 941417

Zweigwerk Ingolstadt
Postfach 380 - Engter Straße 36
D-8070 Ingolstadt
Telefon: 0841/82055
Telefax: 55063

FHC

POLYMER PRODUKTE

FHC POLYMER PRODUKTE GmbH & Co. KG

Farben- u. Hilfsmittel Chemie

Pigmentpräparationen für die Einfärbung von:
Dispersionsfarben
Papier
Tapeten

Farbsysteme zum Bedrucken von:
Tapeten
Hygieneartikel wie Küchenrollen
Servietten
Toilettenpapier

Dispersions- und Lösungspolymere auf Basis von Styrol, Acrylnitril für Lack- und Dispersionsfarben - Papier - Vliesstoffe - Klebstoffe

Probleme in diesen Bereichen?
Die Lösung heißt FHC

Farben- u. Hilfsmittel Chemie GmbH u. Co. KG
Polymer Produkte GmbH u. Co. KG
Alte Engterstr. 11 D-4550 Bramsche
Tel. 05461/981
Telefax 941423

clinic + job dress

Helmuth Wagner GmbH
Berufskleidung + Mode

Blankenburger Str. 21
4556 Bramsche 1
Telefon (0 54 61) 8 86 11

ENTDECKEN & AUFDECKEN, WAS DUNI HAT.

DIE DEUTSCHE DUNI

Servietten, Tischdecken, Kerzen, Teller, Becher, Gläser, alles Produkte für den gedeckten Tisch – für Endverbraucher und Gastronomie

Deutsche Duni GmbH
4550 Bramsche 3

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Tel. (0 40) 3 47-41 11, -43 83, -1
Telefax 2 17 001 777 asd

rasch

Die Marken-Tapeten für SCHÖNERES WOHNEN
ACHTEN SIE AUF DEN ROTEN EINLEGER IN JEDER ROLLE!

Tapetenfabrik Gebr. Rasch GmbH & Co.
Postfach 120
4550 Bramsche

Index: 286,82 (291,79)
Index: 5730 (5783)
Line-Zahl: 65 (111)
: 267,05 (266,43)
: 274,19 (274,00)

[illegible][illegible]

[illegible][illegible]

RANK XEROX

Machen Sie sich ein Bild vom Fortschritt. Der Xerox 7010 Telekopierer.

Große Fortschritte sehen manchmal sehr klein aus. Wie z.B. der Xerox 7010, der kleinste Telexkopierer der Welt mit dem neuesten Leistungsangebot. Kaum zu glauben, wie kompakt es Können in diesen 30 x 36 x 10 cm steckt! Der Xerox 7010 kommuniziert nicht nur bis zu 2 DIN-A4-Seiten/Minute - er ist selbständig vom Stapel einzeln - an jeden anderen Telexkopierer der

Gruppe 2 oder 3, er kommuniziert auch mit Ihnen: Ausführliche Hinweise per Display machen seine Bedienung extrem einfach. Sofortige Bedienungs- und Sendebestätigung geben Ihnen zusätzliche Sicherheit über die korrekte Eingabe und Übermittlung Ihrer Dokumente. Im „Mitdenken“ ist der Xerox 7010 ebenfalls brillant wie in der Aufmerksamkeitsqualität: Er vermerkt von selbst

Sendetermin, Absender und Seitenzahl auf jeder Kopie. Er informiert Sie durch den Ausdruck detaillierter Aktivitäts-Logbücher über alle Sendungen und Eingänge.

Er erkennt Code-Wörter für den zeitversetzten Fernabruf von Dokumenten und irrt sich nie beim automatischen Zuschneiden jeder ankommenden Sendung auf die Größe des Originals. Und auch in seiner

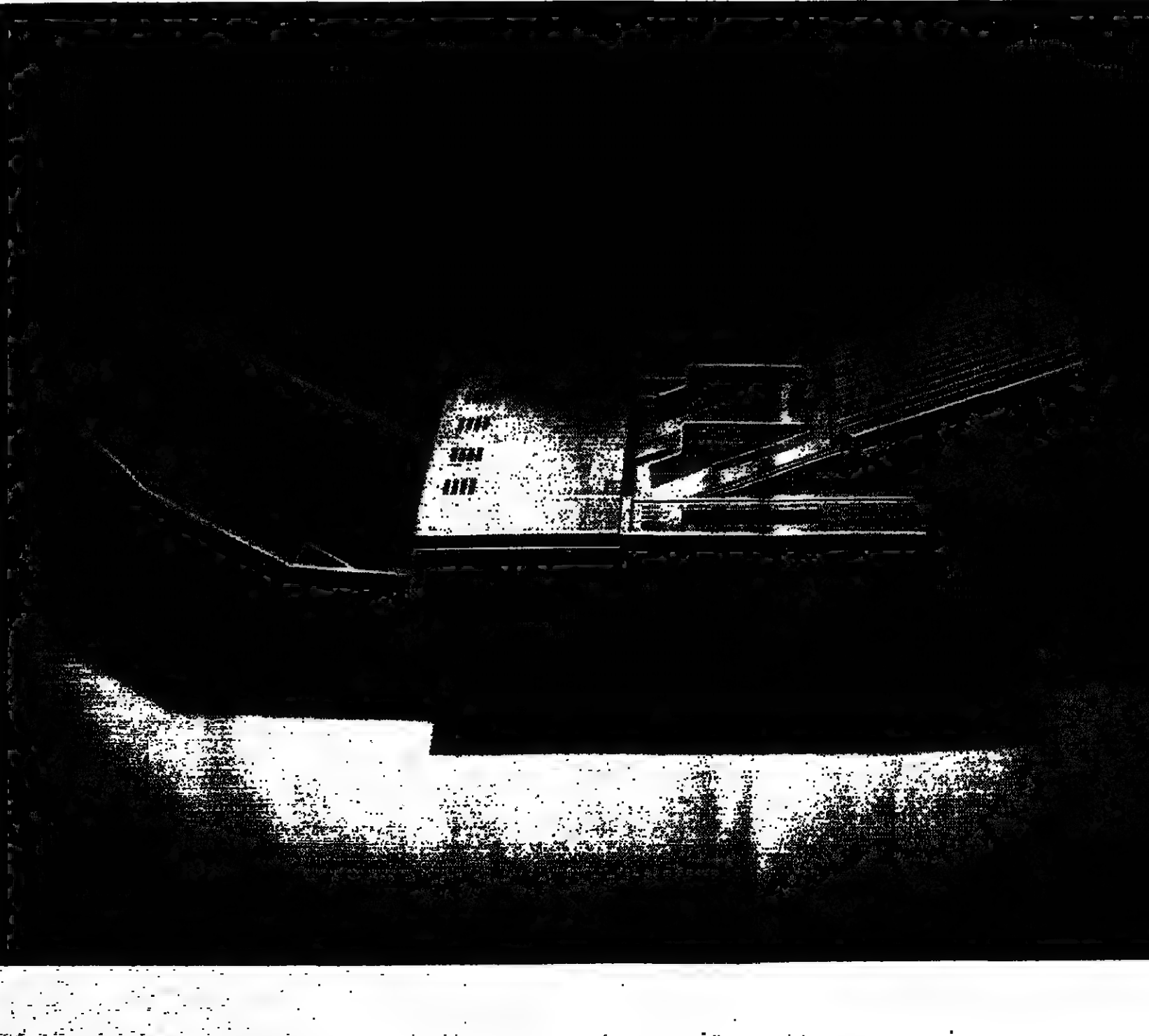
fortschrittliche Flexibilität ist der Xerox 7010 vorbildlich: Er verarbeitet alle Formate von 127 x 109 mm bis 216 x 356 mm in beliebiger Mischung, stellt sich automatisch auf die Modengeschwindigkeit seines Gegenübers ein, bietet ihnen die Möglichkeit, zwischen zwei Auflösungsstufen zu wählen und mit der Empfangsstelle zu sprechen.


Wenn Sie sich über die Fortschrittlichkeit des Xerox 7010 noch näher ins Bild setzen wollen: bitte Coupon einsenden! Rank Xerox in Btx * 55477 #.

Team Xerox.
Durch Qualität überzeugen.

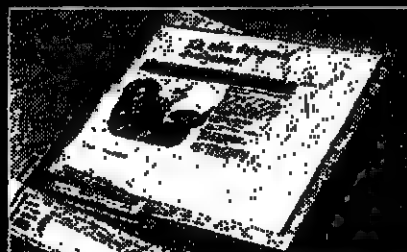
Ich möchte gern ausführliche Informationen über die
Xerox 7010 Telexkopierer.
Rank Xerox GmbH, Abt. MKO 9, Postfach 110450,
6000 Düsseldorf 11.

Name: _____
Firm: _____
Street: _____
PLZ/City: _____ Tel.: _____
Position: _____







Immer handliche, vollständige Teilkopien durch automatische Zeitschnitt auf die Original-Größe.



Schnell und brillant werden alle reibigen Dokumente sauber übertragen.



Vertrauliche Dinge können vom Empfänger persönlich abgerufen werden.



Einfache Bedienung durch detaillierte Angaben per Display.

Vom 16. bis 21. 10. 1986 auf der
ORGATECHNIK
KÖLN '86
 Halle 13.3, Stand 9/10, Gang U/T

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Ziele des Kandidaten

„Ans der Reihe des Kandidaten Raus“
WELT vom 22. August

Die Betreuung des Kanzlerkandidaten Raus, ein Freund Amerikas zu sein, steht in einem eigensinnigen Gegensatz zu seinen Zielen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Kündigung der SDI-Abkommen, Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles, atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa, chemiewaffenfreie Zone in Europa, Zurückfahren des Verteidigungsbaus auf den Anteil im letzten Jahr der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Wohlgerichtet, alle Ziele gelten ohne entsprechende Gegenleistung der UdSSR.

Auch wenn der Kanzlerkandidat der SPD vielleicht noch nicht über alle Einzelheiten unserer Sicherheit durch die NATO und USA informiert sein sollte, müßte ihm doch klar sein, daß die etwaige Verwirklichung seiner Ziele das Ende der NATO und jeder Sicherheitsgarantie der USA für

Europa bedeuten müßte. Der Abzug der dann ungeschützten Truppen der USA in Europa wäre unvermeidlich und Deutschland wäre mit den anderen Ländern Europas den Sowjets schutzlos ausgeliefert.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Frickhahn,
Hamburg 65

Mit der Forderung der SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag, aus der Kernkraft auszuweisen, wird der Ausstieg der Bundesrepublik durch Schwächung des Wettbewerbs gegenüber den anderen Industriestaaten in die Wege geleitet.

Die Folge dieser Entwicklung werden mehr Arbeitslose sein, die Bundesrepublik Deutschland wird zu einem bedeutungslosen und überfüllten Land absinken.

Herr Morgenthau wird mit 50-jähriger Verspätung siegen!
Manfred Janke,
Lübeck 1

Früh festgelegt

„Nurkeitsgeflüster“ WELT vom 22. August

Es hat keinen Tausch „West-Berlin“ gegen Sachsen-Anhalt, Thüringen und West-Mecklenburg gegeben. Die Grenzen der (ursprünglichen drei) Besatzungszonen und des besonderen Besatzungsgebiets Groß-Berlin wurden bereits 1941 (in London) festgelegt.

Neben der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ gibt es weitere drei „Gruppen der sowjetischen Streitkräfte“ in Europa: die nördliche in Polen, die zentrale in der Tschechoslowakei und die südliche in Ungarn.

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Trugly,
Berlin-Wannsee

Lappalie?

Mit der Bezeichnung „Wasserpflanz“ soll dem zahlungsunfähigen Bürger doch suggeriert werden, daß es sich nicht lohnt, über diese Lappalie zu streiten.

Richard Ott,
Krammelsdorf

Klare Aussage

„Die Katastrophe in Tschernobyl war geschehen“ WELT vom 22. August

Sehr geehrte Damen und Herren, der Artikel des Fachmanns Erwin Münch aus Jülich bezieht sich auf den Zeitpunkt, was von der hysterischen Diskussion über die Möglichkeit eines gleich oder ähnlichen Unfalls in deutschen Kernkraftwerken zu halten ist.

Wenn dieser leitende Fachmann aus dem in Wien der Internationalen Atomenergiebehörde jetzt vorliegenden sowjetischen Unfallbericht Tschernobyl die darin ausgegebene unterlegene Anlagentechnik gegenüber unseren deutschen Kernkraftwerken fachlich belegt, und in technischen Einzelheiten des verantwortlichen Sicherungssystems beim Namen nennt, kann der Bürger hoffen, daß diese Klarheit der Aussage für die internationale anerkannte Sicherheit unserer deutschen Kernkraftwerke ein Argument sein wird, das die Verunsicherung der Bevölkerung und damit besonders unsere Frauen zur Kenntnis kommt.

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Schütz,
Grafenrath

Wort des Tages

„Vom Standpunkt der Jugend aus gesehen ist das Leben eine unendlich lange Zukunft; vom Standpunkt des Alters aus eine sehr kurze Vergangenheit.“

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788-1860)

Appelle gab es nicht

„Die Züchter und das Problem der Dysplasie“ WELT vom 22. August

Die in dem Bericht von R. Günther enthaltenen Behauptungen über die Behandlung der Hüftgelenksdysplasie (HD) im „Deutschen Windhundzucht- und Rennverband“ (DWZRV) sind falsch. „Appelle von Besitzern Irischer Wolfshunde...“ die Röntgenpflicht wieder einzuführen, konnten nicht vom DWZRV und seinen Züchtern „rigoros abgelehnt“ werden. Solche Appelle gab es nicht, weil es auch keine IWS gab, die aufgrund schwerer HD schon in früher Jugend hatten eingeschleift werden müssen. Eine einzige Besitzerin (Frau Brigitte Günther, Meckenheim) hat zwar behauptet, ihr IW sei deswegen einge-

schleift worden, sie war aber trotz eindringlicher Bitten des Züchters und der Züchterin des Verbandes nicht bereit, die Röntgenaufnahme der zentralen HD-Auswertungsstelle an der FU Berlin (Prof. Müller) einzulassen. Gleichwohl hat der Züchter auf Veranlassung unserer Züchterin eine Wurfchwester des getöteten Hundes, mit der gezüchtet werden sollte, röntgen lassen. Resultat: HD-frei mit dem seltenen Kommentar „vorzügliche Hüften“. Auch alle anderen Wurfgeschwister haben nie HD-Merkmale gezeigt.

Prof. Dr. Helmut Quaritsch,
Deutscher Windhundzucht- und Rennverband e. V., Speyer

Hinterlassenschaften

WELT-Serie: „Große Testamente“

Herr Schmidt-Mühlisch hat schlichtweg vergessen zu erwähnen, daß Preußen einen mächtigen Verbündeten hatte. Ohne die Bundesgenossenschaft Großbritanniens, welches in all diesen Jahren fast die gesamte Kampfkraft Frankreichs auf sich zog, ohne die britischen (zur See), die Quebecker und in Ost-Indien und ohne den Einsatz britischer, hannoverscher sowie braunschweigischer Truppenkontingente auf dem westdeutschen Kriegsschauplatz hätte Preußen auch nicht durchhalten können. Friedrich der Große hat persönlich gegen die Franzosen „nur“ die Schlacht bei Roßbach geschlagen. Vorher und später hat er selbst auf dem westlichen Kriegsschauplatz nicht wieder in Erscheinung zu treten brauchen, sondern konnte diesen seinen Verbündeten unter dem Befehl des Herzogs von Braunschweig über-

lassen, der dann die Siege von Krefeld und Minden erlöst.

Kurt Fritz v. Binzer,
Bonn 1

„War ein kaiserlicher Beamter nicht Ge-

Sehr geehrte Redaktion, der schlimme Ruf Richelieus beruht doch wohl vor allem auf seiner Heuchelei, daß nur ein zerstörtes Deutschland Reich Frankreich „Sicherheit“ bietet. Wann hatten die Deutschen unter dessen Führung jemals Frankreich angegriffen?

Die Despotie von oben, daß der Wille Gottes mit dem des absoluten Königs gleichgesetzt wurde, begann durchaus mit Richelieu und schlug nachher mit der radikalen Revolution der Jakobiner in eine Despotie von unten um.

Mit freundlichen Grüßen
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Personen

GEBURTSTAG

Auf ungewöhnliche Weise feiert der Präsident des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DAVB), Siegfried Kordis, in Wernau bei Preetz in Schleswig-Holstein morgen seinen 70. Geburtstag. Auf seinen Wunsch wird am Abend in Neumünster ein Meeting mit WM-Teilnehmern und Nationalstadtkämpfern aus England, Irland und Deutschland organisiert. Kordis, pensionierter Sozialrichter, ist seit 1979 Präsident des DABV. An der Spitze der Ehrengäste, die sich für Freitag angesagt haben, stehen Sportbundpräsident Hans Hansen aus Kiel, der Welt- und Europaverbands-Vizepräsident Karl-Heinz Wehr aus Ost-Berlin sowie Helmut Meyer, Leiter der Direktor des Bundesamtes für Leistungssport in Frankfurt am Main. Kordis hat seine Gäste keine Geschenke zu überreichen, sondern statt dessen Spenden beim DABV-Kuratorium einzuholen, das seit Jahren finanzielle Probleme lösen hilft und beispielsweise auch den von einer schweren Kopfverletzung nicht wieder völlig genesenen ehemaligen Mülheimer Mittelgewichtboxer Jürgen Krasse unterstützt.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter Boons in Santo Domingo in der Dominikanischen Republik wird Dr. Wolfgang Schultze. Der Jurist, im In- und Ausland herangebildet, an den Universitäten von Tübingen, Genf und Bonn sowie in Virginia, gehört dem Auswärtigen Amt seit 1974 an. Er war an den Botschaften in Kairo und Algier sowie bei der MBFR-Delegation in Wien tätig. Seit 1983 ist er wieder in der Bonner Zentrale eingesetzt gewesen.

MUSEUM

Im Stuttgarter Linden-Museum, einem der führenden Völkerkundemuseen Europas, ist nach 15-jähriger

Amtszeit als Direktor Professor Friedrich Kufmann verabschiedet worden. Sein Nachfolger wird Professor Peter Thiele vom Völkerkundemuseum Berlin, der am 15. September die neue Aufgabe übernimmt. Insgesamt 33 Jahre wirkte Professor Kufmann nach dem Studium der Völkerkunde, Geographie, Archäologie und der Vergleichenden Religionswissenschaft im Linden-Museum, wo er 1954 als Volontär aufstieg.

EHRUNG

General Bernard W. Rogers, dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte der NATO in Europa, ist vom Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Heute wird Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner dem amerikanischen General die Auszeichnung auf der Bonner Hardthöhe überreichen. Rogers wird mit militärischen Ehren empfangen und dann in Anwesenheit der Spitzen des Ministeriums die hohe Ehrung erhalten. Das Großkreuz ist der höchste zivile Orden, den der Bundespräsident verleiht. Darüber gibt es nur noch die Stufe, die Staatspräsidenten vorbehalten ist. Die Ehrung für Rogers gilt als Aner-



Bernard W. Rogers

kennung seiner Arbeit als SACEUR, mit der er sich stets als „kompetenter Fürsprecher und Freund Deutschlands erwiesen“ habe.

VERANSTALTUNG

Einen originellen Sängerwettbewerb mit Politikprominenz hat sich die Ministeriale Kaufmannschaft einfallen lassen: Vor dem Erdröstenhof, einem alten Adelssitz in Münster, wollen sich Samstag mit um 12.00 Uhr Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP), der parlamentarische Staatssekretär Dr. Friedrich Adorf (CDU) und der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolf M. Cattenbusch, begleitet von einer Kapelle, als Sänger produzieren. Die musikalischen Talente aus Bonn sind der Auftakt eines Barockfestes, das bis zum 14. September dauern wird. Im Mittelpunkt steht eine Konzertreihe mit internationaler Beteiligung.

BERUFUNG

Bernhard Hennecke (35), Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA), ist vom Bundesarbeitsminister zum ehrenamtlichen Richter beim Bundesarbeitsgericht in Kassel berufen worden. Hennecke ist damit einer der jüngsten ehrenamtlichen Richter beim Bundesarbeitsgericht, das das Arbeitsgerichtsgesetz als Mindestalter für die Berufung an das Bundesarbeitsgericht die Vollendung des 35. Lebensjahres vorschreibt.

GESTORBEN

Prälat Joseph Buchmann, von 1967 bis 1981 Direktor der Katholischen Sozialistischen Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz, ist am Dienstag im Alter von 79 Jahren in Hamm gestorben. Papst Johannes Paul II. hatte Prälat Buchmann 1981 zum Apostolischen Protonotar ernannt.

FUSSBALL / Köln und Gladbach – zwei renommierte Klubs am Tabellenende

● Lebt ein Bundesliga-Zweikampf aus vergangenen Jahren wieder auf? Am Samstag spielt Bayern München gegen den Hamburger SV. Die Hamburger, denen eine schwere Saison vorausgesagt worden war, scheinen wieder zur Spitzengruppe zu gehören. Auch Bayer Leverkusen, von vielen Experten als Geheimfavorit genannt, hält sich in der Spitze. Die größten Enttäuschungen nach dem vierten Spieltag: Mönchengladbach und der 1. FC Köln, bei dem Trainer Keßler immer stärker ins Kreuzfeuer der Kritik gerät.

● Alte Bekannte, neue Gesichter, einige Kandidaten, die kurz vor der Weltmeisterschaft in Mexiko noch aussortiert wurden – so sieht das Aufgebot der Nationalmannschaft für das Spiel gegen Dänemark (24. September) aus. Teamchef Franz Beckenbauer nominierte gestern: Tor: Schumacher, Imme, Abwehr: Augenthaler, Brehme, Berthold, Buchwald, Wolfgang Funkel, Hergert, Mittelfeld: Matthäus, Rahn, Rolf, Thon, Angriff: Klaus Allofs, Eckstein, Michael Rummenigge, Wohlfarth, Völler, Waas.

Prinzip der drei Affen als Konzept, Krisen zu meistern

U. S./DW. Köln/Gladbach

Der Blick auf die Tabelle der Fußball-Bundesliga entzückt Erstaunen: Der 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach ganz weit unten, nur Homburg ist noch schlechter. Zwei Renommierklubs, die schlecht aus den Startlöchern kamen. In Köln ist der Trainer Georg Keßler reif zum Abschied. Insider wollen wissen, daß Amateure-Trainer Heinz Hornig, ein früherer Nationalspieler, schon bereitstehe. Geschäftsführer Michael Meier ließ sich nach dem 1:4 gegen Leverkusen eingehend über Pal Csernai informieren. Anders dagegen die Gladbacher. Sie tun das, was sie immer tun: Sie lassen nach dem 1:2 gegen Bremen die Zeit für sich spielen.

Beim Kölner Fußballklub aber verschwimmen immer mehr die Konturen. Geführt wird der Verein nach dem Prinzip „der drei Affen“ (nichts sehen, nichts hören, nichts sagen). In Köln kommt noch die vierte Kategorie hinzu: nichts wissen.

Nun ist der vorläufige Tiefpunkt erreicht. Gegen den Nachbarn Leverkusen zu verlieren, das ist mehr als eine Niederlage, mehr auch als ein sportlicher Machtwechsel zwischen zwei Städten, die so eng zusammenliegen, daß sie gemeinsame Straßennetze, Verbindungen haben. Das ist ein Dolchstoß für das stets gepflegte, stets polierte, stets ein bißchen zu auffällig getragene Selbstwertgefühl der Kölner. Und wieder einmal geben die leitenden Herren nichts als platte Sprüche von sich. Trainer Keßler: „Wir müssen jetzt Ruhe bewahren.“ Geschäftsführer Meier: „Wir müssen zusammenrücken und zeigen, daß wir ein Team sind.“ Vizepräsident Thiele: „Einen neuen Trainer brauchen wir nicht, das bringt nichts.“

Die Mannschaft jedenfalls ist derzeit verunsichert, daß auch die älteren und erfahrenen Spieler schwere Fehler machen. Torwart Schumacher verschuldete zwei Treffer, Libero Olsen verlor oft die Übersicht. Klaus Allofs vergab nicht nur zwingende Torchancen, er verschoß beim Stand von 0:2 auch einen Elfmeter. Aber deutlich treten auch die Fehler des Trainers zutage. Das Kölner Team besitzt keine spielerische Linie. Die einzelnen Mannschaften haben keine Verbindung zueinander. Wie in den Spielen zuvor waren die Kölner auch diesmal nicht auf Eigenarten und Eigenschaften des Gegners eingestellt.

„Dein Stuhl wackelt nicht, denn ich stehe dahinter“, hatte Keßlers Frau Ingeborg ihrem Mann auf einen Zettel geschrieben und in die Jackentasche gesteckt. Für die Ehe der Keßlers mag das richtig sein. Für Keßlers Bindung zum 1. FC Köln sicher nicht.

Ruhe bewahren – mit diesem Motto will auch Borussia Mönchengladbach dem Fehlstart entgegengetreten. Präsident Helmut Beyer gab sich nach dem Spiel gegen Werder Bremen ziemlich fatalistisch: „Wir müssen ganz einfach abwarten. Irgendwann wird sich der Wind schon drehen.“ Ratlosigkeit auch bei Trainer Jupp Heynckes. Er fragt sich: „Was soll ich denn machen.“ Er selbst kennt auch die Antwort: „Ich kann doch nur in Ruhe arbeiten.“

Der Klub aus Mönchengladbach ist dafür bekannt, daß in schweren Zeiten alle zusammenhalten. 1:7-Punkte und Platz 16 in der Tabelle – in den meisten Klubs entsteht in solch einer heiklen Situation oftmals Panik, die sich in Streitereien oder Trainer-Entlassungen ausdrückt. Die Gladbacher bleiben sich wieder einmal selbst treu, wenn Manager Helmut Grasshoff sagt: „Es gibt keinen Riß in der Mannschaft, keine Missetimmungen im Verein und erst recht keine Trainer-Entlassung.“ Die Bestimmtheit, mit der Grasshoff dies

sagt, duldet keinen Widerspruch. Und auch der Präsident umreißt noch einmal klar die Vereinspolitik: „Wir haben noch nie einen Trainer entlassen. Das soll so bleiben. An der Arbeit von Jupp Heynckes gibt es nichts auszusetzen.“

Aber dennoch: Ganz so harmonisch, wie es der Manager und der Präsident sehen, ist die Atmosphäre am Bökelberg jedoch nicht. Denn Trainer Jupp Heynckes sagt: „Ich bräuhete noch einen guten Stürmer und einen guten Mittelfeldspieler. Das habe ich schon vor dem Saisonstart gesagt. Aber es ist ja kein Geld da. Und deshalb werde ich auch nicht nervös. Obwohl es schwer ist, die Mannschaft aufzubauen.“ Moralische Unterstützung findet der Trainer beim Präsidium allemal, sportliche Hilfe in Form von neuen Spielern auf keinen Fall. Grasshoff sagt: „Es gibt keinen neuen Stürmer. Wir haben die Millionen nicht.“

Seinen Gemütszustand bezeichnet der Trainer Jupp Heynckes jedenfalls als sehr stabil: „Das läßt mich alles kalt – meine Nerven halten. Der Knoten wird bald platzen.“

Auch Heynckes, der so schlecht mit Kritik umgehen kann, scheint sich inzwischen daran gewöhnt zu haben, daß Verlierer kritisiert werden müssen – „also auch wir“ (Heynckes). Er schränkt ein: „Aber sachlich und ausgewogen muß die Kritik sein.“ Schließlich spiele die Mannschaft auch ohne die verletzten Cries und Hochstätter gut. Die Gegentore würden durch individuelle Fehler selbstverschuldet.

Anders als beim 1. FC Köln, wo das Maskottchen, der Geißbock, zuweilen zu überraschenden Sprüngen ansetzt, ist den Mönchengladbachern abzunehmen, daß sie tatsächlich in Ruhe den Fehlstart wettmachen. Im Abwarten sind sie schon lange Meister.

GALOPP

Hoher Umsatz an den Totokassen

kgö, Baden-Baden

36 180 Zuschauer wurden an den drei ersten Renntagen der Großen Woche auf der Galopprennbahn in Iffezheim registriert, 7,01 Millionen Mark sind an den Wertschaltern umgesetzt worden. Erstaunlich vor allem, daß an einem Dienstag-Renntag 2 378 700 Mark durch die Totokassen geflossen sind.

Das Hauptrennen wurde wie 1985 vom Hengst Anatas gewonnen, der nach einem geschickten Ritt seines Jockeys Georg Bosckel den vierjährigen Hengst Cassis mit Peter Remmert an den zweiten Platz verwies. Anatas gewann in den Farben des Gestüts Rittingen. Besitzer Manfred Ostermann (32) aus Witten an der Ruhr will den Hengst im nächsten Jahr in seinem Gestüt in Werne als Deckhengst aufstellen will. Zu diesem Zweck soll ein Syndikat gebildet werden, auch andere Züchter können sich an Anatas beteiligen.

Die Goldene Peitsche als Hauptrennen des vierten Tages war bei Redaktionsschluss noch nicht gelaufen.

VOLLEYBALL

Zuviel Respekt vor WM-Zweiten

sid, Brunn

Ihr 357. Länderspiel möchte Rekordnationalspielerin Renate Riek am liebsten schnell vergessen. Im ersten Spiel der Volleyball-Weltmeisterschaft in Brunn in der CSSR erwischte die 26-jährige aus Feuerbach, seit Jahren ideenreiche Stellspielerin im Team der Bundesrepublik Deutschland, beim 0:3 gegen Peru einen rabenschwarzen Tag.

„Ich war überhaupt nicht mit ihr zufrieden“, kritisierte Bundestrainer Andrzej Niemczyk. Doch auch die übrigen Spielerinnen des Deutschen Volleyball-Verbandes, die im Mai in Italien die B-Weltmeisterschaft gewonnen hatten, zeigten zuviel Respekt vor den Zweiten der letzten WM. Zudem machte sich beim Block wie befürchtet das Fehlen der zurückgetretenen Karen Baumeister und Andrea Sauvignier bemerkbar.

Dagegen feierten die Favoriten leichte Siege. Kuba, am Dienstag Gegner des deutschen Teams, bezwang Brasilien 3:0. China (gegen den EM-Zweiten „DDR“) und die USA (gegen Italien) siegt jeweils 3:1. Die UdSSR nahm beim 3:0 über Tunesien nur vier Gegenpunkte hin.

TENNIS / Steffi Graf morgen gegen Navratilova

Manuel Orantes als Trainingspartner geholt

H.-J. POHMANN, New York

Eines muß man der 17 Jahre alten Steffi Graf lassen. Den Umgang mit den Medien hat die junge Welttranglistendritte schnell gelernt. Sie gibt sich routinierter und selbstbewußter auf den Pressekonferenzen und beantwortet brav, ja fast zurückhaltend, die Fragen im vollbesetzten Interviewraum des Louis-Armstrong-Stadions im New Yorker Stadtteil Flushing Meadow, in dem die amerikanischen Tennis-Meisterschaften entschieden werden.

Stets darauf bedacht, der soeben bezwungenen Gegnerin Nettigkeiten mit auf den Weg zu geben – „Sie hat gut gespielt“, oder „Ich mußte mich voll konzentrieren, um zu gewinnen“ –, sammelt der neue Star im Damen-Tennis Tag für Tag Pluspunkte in der Öffentlichkeit.

Dabei ist eine derartige Bescheidenheit fast schon nicht mehr angebracht. Im Gegenteil – wirft man einen Blick auf ihren Weg ins Semifinale bei den US-Open, dann wird ein Klassenunterschied zu all ihren bisherigen Gegnerinnen deutlich. Bestes Beispiel dafür waren die 47 Minuten, die die immerhin an Nummer acht gesetzte 23 Jahre alte Bonnie Gadusek (USA) gegen Steffi auf dem Centre Court stehen durfte. Hillos versuchte sich die doppelhändig schlagende Amerikanerin mit Gewaltschlägen aus der Umkleekammer ihrer Gegnerin zu befreien.

Doch jeder noch so gut gemeinte Versuch war gegen die in allen Belangen überlegene Steffi, so hart es klingen mag, nicht mehr als ein Herausögern der unvermeidbaren Niederlage. Dabei hatte Steffi, nahezu unbemerkt, mit einem Problem ganz besonderer Art zu kämpfen. Ständig ging ihr Blick auf die Stadionuhr, auf der die bereits absolvierte Spielzeit angezeigt wurde. Und dabei versuchte sie, wie schon in den Runden zuvor, den Zuschauern etwas Besonderes zu bieten und in neuer Rekordzeit zu gewinnen. Gegen Raffaella Reggi ging dieses Vorhaben im Achtelfinale mit einem Satzverlust daneben. Jetzt im Viertelfinale schaffte sie es, ihren Part konzentriert bis zum Ende durchzuspielen.

Damit steht Steffi Graf wie auch im letzten Jahr im Semifinale der US-Open. Ein Triumph, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann, angesichts der bisherigen Überlegenheit jedoch fast schon selbstverständlich erscheint.

Selbst ihr Vater Peter, ansonsten

immer darauf bedacht, vorsichtig zu agieren, sprang diesmal angesichts seiner fast perfekt spielenden Tochter über seinen Schatten. Schon vor dem Match gegen Bonnie Gadusek verpflichtete er im Hinblick auf die nächste Runde den ehemaligen Weltklassenspieler Manuel Orantes als Sparringspartner für seine Tochter. Dabei zeigte sich wieder die Cleverness von Peter Graf. Denn Orantes ist Linkshänder, genauso wie die Martin Navratilova, die Nummer eins der Welt und morgen Gegnerin der deutschen Weltklassenspielerin.

Also durfte der Spanier gegen Morgen um elf Uhr in Flushing Meadow rund 200 Aufschläge auf die Rückhand der jungen Deutschen servieren. Denn genau mit diesem Rezept wird die Welttranglistenzweite versuchen, ihre bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Berlin erlittene Niederlage wettzumachen. „Natürlich werde ich alles draussetzen, die beste Waffe von Steffi, die Vorhand, nicht auszuspielen.“

Derart respektvoll äußerte sich Wimbledon-Siegerin Martina Navratilova dann auch nach ihrem 6:3, 6:4-Erfolg über ihre Doppelpartnerin Pam Shriver. Und um ganz sicher über die jetzige Form von Steffi informiert zu sein, beobachtete sie ihren Coach Mike Estep als Spion zum Viertelfinale Graf gegen Gadusek.

Nach dem Spiel fand der frühere Doppelspezialist Estep wenigstens tröstende Worte für Martina Navratilova: „Bei der guten Vorhand von Steffi ist es zumindest beruhigend, daß sie auf dem schnellen Boden nicht auch ‚Serv und Volley‘ spielen kann.“

★

Boris Becker ist derweil auf dem Weg, die nächste Stufe seiner stellenden Karriere zu nehmen: den Sprung auf Platz zwei der Welttrangliste. Der Schwede Mats Wilander, der bisher hinter Ivan Lendl rangiert, schied in der Nacht zum Mittwoch gegen Miloslav Mečir aus der CSSR aus (7:6, 3:6, 3:6, 4:6). Becker würde seinen Platz einnehmen, wenn er nach seinem Erfolg über den Amerikaner Donnelly (6:4, 6:3, 6:7, 6:4) noch zweimal gewinnt. In der Nacht zum Freitag trifft Becker im Viertelfinale auf den Tschechoslowaken Milan Šrejber, der den Wimbledonier schon einmal beim Turnier in Boca West besiegen konnte. Trainer Günther Bosch: „Der hat einen mörderischen Aufschlag.“

ERGEBNISSE

Köln - Leverkusen	1:4 (0:2)
Gladbach - Bremen	1:2 (1:1)
Hamburg - Frankfurt	2:0 (1:0)
Dortmund - Homburg	3:0 (1:0)
Schalke - Udingen	2:1 (0:1)
Düsseldorf - Mannheim	2:0 (2:0)

TABELLE

1. Leverkusen	4	3	1	0	13:3	7:1
2. Hamburg	4	3	1	0	9:1	7:1
3. Bremen	4	3	0	1	8:7	6:2
4. München	3	2	1	0	8:2	5:1
5. Frankfurt	4	2	1	1	8:2	5:3
6. Udingen	4	2	1	1	7:5	5:3
7. Schalke	4	2	1	1	8:7	5:3
8. Bochum	3	1	2	0	7:5	4:2
9. Dortmund	4	2	1	1	6:4	4:4
10. Mannheim	4	2	0	2	6:8	4:4
11. Stuttgart	3	1	1	1	8:5	3:3
12. Klautern	3	1	1	1	5:3	3:3
13. Berlin	3	1	0	2	8:8	2:4
14. Düsseldorf	4	1	0	3	2:13	2:6
15. Nürnberg	3	0	1	2	6:9	1:5
16. Mönchengladbach	4	0	1	3	4:9	1:7
17. Köln	4	0	1	3	2:10	1:7
18. Homburg	4	0	1	3	1:10	1:7

Die Torschützen: Köln - Leverkusen: 0:1 Rolf (31), 0:2 Waas (40), 0:3 Cries (48), 1:3 Engels (51). Handeltmeter, 1:4 Schreier (90). Gladbach - Bremen: Gladbach - Bremen: 0:1 Kutzop (7, Foultmeter), 1:1 Thiele (40), 1:2 Kutzop (82, Foultmeter), 1:3 Thiele (40), 1:4 Thiele (40). Dortmund - Homburg: 0:1 Radu (28), 1:1 Kaser (37), 2:0 Wojcik (78, Elfmeter), 2:1 Schalke - Udingen: 0:1 Böttger (28), 1:1 Böttger (51), 2:1 Böttger (57), 2:2 Böttger - Mannheim: 1:0 Preitz (24), 2:0 Demm (41).

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

VORSCHAU

Samstag: Homburg - Düsseldorf, Mannheim - Köln (1:1), Leverkusen - Nürnberg (0:0), München - Hamburg (2:0), Frankfurt - Klautern (1:1), Bochum - Mönchengladbach (2:0), Stuttgart - Schalke (0:1), Udingen - Dortmund (2:0), BW Berlin - Bremen. Zweite Liga, sechster Spieltag: Aachen - Aachen (1:1), Darmstadt - Freiburg (1:0), Saarbrücken - Ulm (2:0), Solingen - Wetzlar (1:1), Essen - Braunschweig (1:1), Hannover - Köln (2:0), Bielefeld - S. Pauli.

NACHRICHTEN

Karpow nahm Auszeit
Leningrad (dpa) - Der Start zur zweiten Hälfte der maximal 24 Partien um die Schach-WM zwischen Titelverteidiger Gari Kasparow und Anatoli Karpow (beide UdSSR) ist in Leningrad auf morgen verschoben worden. Karpow nahm seine zweite Auszeit. Kasparow führt mit 6,5:5,5 Punkten.

Hartmann kehrt zurück
Hannover (dpa) - Frank Hartmann (26) vom deutschen Fußball-Meister Bayern München kehrt nach einjährigem Gastspiel zu Hannover 96 zurück. Zweitliga-Tabelleführer Hannover zahlt jetzt 500 000 Mark.

Tafelmeier weiter in Form
Lausanne (dpa) - Bei seinem ersten Start nach seinem EM-Titel gelang dem Leverkusener Speerwerfer Klaus Tafelmeier (28) in Lausanne eine ganze Serie guter Wurfte. Alle seine Würfe lagen über 81 Meter. Der weiteste landete bei 83,76. Edwin Moses (USA) erreichte in Lausanne in 47,86 Sekunden seinen 118. Sieg in Folge über 400 Meter Hürden.

Hechter wurde Präsident
Straßburg (sid) - Der Pariser Modeschöpfer Daniel Hechter ist neuer Präsident des französischen Fußball-Erstligaklubs Racing Straßburg. Hechter arbeitete vor Jahren bei Paris St. Germain, wurde aber nach Aufdeckung illegaler Praktiken gesperrt.

ZAHLN

TENNIS
US-Open in Flushing Meadow, Herren, Achtelfinale: Becker (Bundesrepublik Deutschland) - Donnelly (USA) 6:4, 6:3, 6:7, 6:4. Nystrom (Schweden) - Anger (USA) 7:6, 6:2, 6:2. Mečir (CSSR) - Wilander (Schweden)

Kasacks Fortsetzung der „Russischen Literatur“

Samisdat und Tamizdat

Es ist das Elend der Lexika, daß sie, kaum gedruckt, schon zu veralten beginnen. Das gilt besonders für Nachschlagewerke, die sich dem Aktuellen zuwenden. Das „Lexikon der russischen Literatur seit 1917“, das Wolfgang Kasack 1976 bei Kröner in Stuttgart herausgab, bildet da keine Ausnahme. Denn gerade unter den russischen Autoren zeichneten sich im letzten Jahrzehnt Veränderungen ab, die sehr viel stärker als von literarischen Kriterien von politischen Umständen geprägt waren. Zahlreiche Schriftsteller haben inzwischen die Sowjetunion verlassen, neue Namen sind in den – allerdings sehr viel spärlicheren – Veröffentlichungen des Samisdat aufgetaucht, und natürlich wurden auch in den offiziellen

der auf Übersetzungen angewiesen ist, oft nicht zugänglich sind.

Außerdem umfaßt der Ergänzungsband noch 29 Sachartikel. Da werden Zeitschriften – des Samisdat wie „Metropol“ und „Sintaksis“ (Syntax) oder der Emigration wie „Echo“ und „Strelec“ (Der Pfeilschütze) – vorgestellt sowie literarische Begriffe erläutert. Auch den Institutionen, mit denen in der Sowjetunion das Publikationsmonopol nach innen und außen gewahrt werden soll, ist ein Stichwort eingeräumt. Dazu gehören vor allem „Meshdunarodnaja kniga“ (Das internationale Buch) als einzige Organisation für den Export und Import von Büchern und Zeitschriften oder „VAAP“, die Allunionsagentur für Urheberrechte, die weniger dem Schutz als der Gängelung der Autoren dient, weil allein diese Agentur berechtigt ist, Rechte und Lizenzen an das Ausland zu vergeben. Die nonkonformistischen Autoren lassen sich jedoch davon nicht einschüchtern. Viele publizieren im „Tamizdat“ (dem „Dort-Verlag“, in Anlehnung an den „Samisdat“, den Selbstverlag), also im Westen ohne Einschaltung der „VAAP“.

Andere Beiträge behandeln die „Emigration“, „Gulag und Literatur“ oder die „Zensur“, Begriffe, die natürlich eng miteinander zusammenhängen. Das verrät nicht zuletzt die lange Namensliste der „Dritten Welt“, der Emigration, die in den siebziger Jahren einsetzte und keineswegs nur politische Schriftsteller einbezog, sondern gerade auch Autoren der reinen Literatur.

Es ist insgesamt also ein sehr nützliches Buch. Trotzdem wünscht man sich – nicht zuletzt wegen des wenig augenfälligen Druckes – daß es möglichst bald in eine Neuauflage der Kröner-Lexikons aufgehen möge. Das hätte den Vorteil, daß auch die anderen Beiträge auf einen neueren Stand gebracht werden könnten. Außerdem böte sich dann die Gelegenheit, in einem Register neben der slavistischen Transkription auch die im Deutschen übliche Schreibweise zu berücksichtigen, also nicht nur Čukovskaja, sondern auch Tschukowskaja, nicht nur Zinovjev, sondern auch Sinowjew, so wie die Namen bei den deutschen Ausgaben geschrieben werden. PETER DITTMAR

Wolfgang Kasack: „Lexikon der russischen Literatur seit 1917“, Ergänzungsband, Verlag Otto Sagner, München, 228 S., 22 Mark.



Verlagen bislang Unbekannte publiziert. Deshalb hat Wolfgang Kasack jetzt im Rahmen der „Arbeiten und Texte zur Slavistik“ einen Ergänzungsband herausgebracht.

Er beschränkt sich mit seinen 165 Artikeln weitgehend auf Autoren, die im Hauptband noch nicht vorkommen. Lediglich Wassilij Aksenow und Lew Kopelew, die beide 1980 emigrierten, sowie Wladimir Nabokow und Jurij Trifonow, die 1977 bzw. 1981 starben, wurden ergänzende Beiträge zugebilligt. Immerhin sind unter den 131 neuen Namen auch Alja Rachmanowa, die noch zur „ersten Emigration“ gehört, oder der Sängerpoet Wladimir Wysockij zu finden – und nicht zu vergessen ein gewisser „Leonid Breznev, Parteifunktionär“, der „soweit bekannt ... nicht Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR“ war.

Das Lexikon macht keinen Unterschied, ob ein Autor im Lande oder außerhalb lebt, ob er in der Sowjetunion veröffentlichten kann, sich mit dem Samisdat begnügen muß oder im Westen gedruckt wird. Entscheidend ist allein, daß er in Russisch schreibt und publiziert. So vereint eine Fülle von Namen, die dem Leser,



Kulturgeschichte à la Precht: E.T.A. Hoffmanns Spaziergang in Hamburg mit Olympia, Head Berganza und Kater Murr (l.) und „Hybrides EG-Zuchtschaf“, aus der Ausstellung in Hannover

„Denkmalerei“: Bilder von M. M. Precht im Wilhelm-Busch-Museum

Als Marilyn mit den Wikingern

Während der Dichter die Muse malt, zaubert diese auf seinen kahlen Schädel einen Distelfink in leuchtenden Farben. Das Bild zählt zu den sanftesten Bildern eines Künstlers, der sich nicht scheut, die Großen der Geschichte auf recht ungewöhnliche, um nicht zu sagen skandalöse, Art darzustellen, und, so scheint es, weder Gott noch Mensch respektiert.

Doch im Grunde ist Michael Mathias Precht, vor 60 Jahren im bayerischen Amberg zur Welt gekommen, ein ungemein sanftes Mannsbild. Und er ist ein Künstler mit breiter Paletten. Was das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover jetzt von ihm in einer sehenswerten Ausstellung zeigt, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus seinem Werk. Unter dem Titel „Denkmalerei“ sind vor allem die Bilder seiner „Intimen Sitten- und Kulturgebilde“ zu sehen, dazu eine Auswahl seiner Porträts.

Es gibt da kaum ein Thema, kaum eine historische Begebenheit, kaum einen Mythos, der Precht nicht zu einem Bild inspiriert hätte. Doch versucht er keine getreue Wiedergabe

von dem, was damals geschah, als etwa Paris die schöne Helena entführte, Kleopatra auf dem Nil spazierenfuhr oder Caligula sein Pferd zum Senator ernannte. Prechts Bilder erzählen, wie es gewesen sein könnte. Er gibt von jedem Ereignis seine ganz eigene Interpretation, läßt in seiner Phantasie Nero von den Christen verfolgt werden oder den Entdecker der westlichen Welt, Leif Erikson, den Reizen Virginias erliegen, die, deutlich erkennbar, die Züge Marilyn Monroes trägt.

Aber nicht nur diese Szenen einer sehr eigenwilligen, erotisch oftmals derben, aggressiv dramatischen Sittengeschichte enthalten eine Fülle von Zitaten aus Kunst, Kultur, Geschichte, Politik und Wissenschaft, auch Prechts Porträts strotzen von Zitaten und historischen Anspielungen. Franz Kafka etwa erscheint mit einem Käfer im Auge und mit einer Dohle im Haar (Kafka bedeutet auf tschechisch Dohle). Die Armprothese deutet auf Kafkas Beruf als Schadenersatzschlichter hin.

Mit solchen Spielereien verwirrt der Maler den Betrachter, erreicht je-

doch zugleich auch, daß man nicht rasch an seinen Bildern vorübergeht. Es gibt vieles auf ihnen zu entdecken, von der überraschenden Zartheit und Detailfreude der malerischen Ausgestaltung des Bildes bis hin zu den Wortspielen, die Precht mit Vorliebe einbaut. Für ihn sind Malerei und Literatur, Wort und Bild eng miteinander verknüpft und ergänzen sich. Das Bild entspringt dem Gedanken, und neue Ideen entzünden sich am Bild.

Das Reich der Phantasie kennt keine Grenzen, ebenso wenig wie Precht thematische Hemmschwellen zu kennen scheint. Das hat ihm, der Ludwig II. mit Strapsen malte, den Beinamen „Bayernschreck“ eingebracht. Aber man würde den Künstler Precht verkennen, wenn man bei all der Satire über die Eleganz und die Kunst seiner Ausdrucksmöglichkeiten hinwegsieht. Precht der Satiriker ist ein zynischer Moralist. Precht der Künstler ist ein Perfektionist, der sich gelegentlich auch einmal einen freundlicheren Blick auf die Spezies Mensch erlaubt. (Bis 5. Oktober, Katalog 68 Mark)

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Rolandseck: Internationale Meisterkurse für Musik

Lernen, spielen, glänzen

Zwei Wochen im Jahr ist Johannes Wasmuths Künstlerbahnhof Rolandseck ein Eldorado für junge Musiker. Dann absolviert der musikalische Nachwuchs aus aller Herren Länder Meisterkurse im instrumentalen Feinschliff im Schulterschuß mit Musikern von internationalen Spitzenorchestern, und die drei Schülerkonzerte jeweils am Ende reichen nicht aus, zu zeigen, was sie alles gelernt haben, auch wenn man sie bis Mitternacht spielen läßt. Ihre Begleitung würde auch noch darüber hinaus reichen.

Mal waren es die Spitzenpulte vom Israel Philharmonic Orchestra, dessen Konzertmeister Chaim Taub auch diesmal wieder als Spiritus rector fungierte, mal die des London Symphony oder des Saint Paul Chamber Orchestra mit Pinchas Zukerman, die sich vom Nachwuchs auf die Finger sehen ließen. Zum inzwischen fünften Festival Bahnhof Rolandseck kam in diesem Jahr das „Chicago Pro Musica“-Ensemble, also die gerade mit dem „Grammy Award“ ausgezeichneten Solisten des Chicago Symphony Orchestra. Höher kann Wasmuth kaum greifen, aber vielleicht sollte jetzt auch mal eins der großen deutschen Orchester an die Reihe kommen.

14 Tage lang ist der weiße klassizistische Bahnhof über dem Rhein gegenüber dem Siebengebirge ein Haus der Musik, die morgens, mittags, abends aus allen Fenstern quillt. Mal von Meister, mal von Schülerhand, und es fällt einem schon schwer, sie auseinanderzuhalten. Eine hinreißend schöne Angelegenheit, für die sich allerhand Sponsoren, die Stiftung Bahnhof Rolandseck, das Land Rheinland-Pfalz zu Recht stark machen. British Council, israelische Botschaft, Luftwaffe, sie alle bestätigen

den Rang dieser hierzulande einzigartigen Unternehmung.

In der Tat, da tarieren ein Geiger aus Südafrika und ein Cellist aus Israel zusammen mit einer israelischen Pianistin Schuberts B-Dur-Trio sensibel und kläglich aus. Oder perfekte, junge Angelsachsen spielen gemeinsam mit jungen Deutschen Hindemiths Kleine Kammermusik für Bläser, und die glänzende Rolle, die Norman Weidmann aus der Bundesrepublik dabei spielt, war noch vor wenigen Jahren gar nicht selbstverständlich.

Man hatte die Kurse diesmal gestrafft und die Teilnehmerzahl auf etwa 30 eingeschränkt, in der Hauptsache Engländer, Israelis und Deutsche, aber auch Finnland, Mexiko, Japan, die USA waren vertreten. Die Parade israelischer Wunderkinder, die in den letzten Jahren spektakulär auf sich aufmerksam machten, fand nicht statt. Shira Ravins Blagostreife erinnerte nur noch von weitem an Matrosenkleidchen. Bachs d-Moll-Chaconne spielte sie fast perfekt, aber noch nicht als geistige Erfahrung. Tali Steiner ist inzwischen Konzertmeisterin in Hamburg, Yaron Taub studiert in Hannover.

Darauf mag man sich auch in Rolandseck ein bißchen einstellen. Und im übrigen ist man eben, so oder so, über die Jahre hinaus. Statt Wunderkinder arbeiten hier gestandene Jungmusiker so um die 20, von denen beispielsweise die israelische Flötistin Efrat Shechter nachhaltig auf sich aufmerksam machte. Ansonsten war das Sommerfestival ja auch noch die traditionelle Kammermusikdemonstration der Lehrer in den abendlichen Konzerten – die Amerikaner vom „Chicago Pro Musica“ waren fabelhaft in allen Belangen. DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Franz Paul Decker, der ehemalige Dirigent des Sinfonieorchesters Wiesbaden, übernimmt den Dirigentenposten des Stadtorchesters von Barcelona.

Francoesco Rosi dreht in Kolumbien einen Film nach dem Roman „Chronik eines angekündigten Todes“ von Gabriel Garcia Marquez.

Mit Johann Wolfgang von Goethe beginnt zum 200. Jubiläum seiner Ankunft in Italien in Padua die Reihe

„Ausländische Reisende in Padua“ (26. 9.-26. 10.), die im nächsten Jahr mit Proust und 1988 mit Montaigne fortgesetzt wird.

Christliche Archäologie steht im Mittelpunkt eines Kongresses, der vom 21. bis 28. September in Lyon, Grenoble und Genf stattfindet.

Ein Benefizkonzert für die elf Millionen Flüchtlinge in aller Welt findet am 30. September in Genf unter der Leitung von Lorin Maazel statt.

Die neue Symbiose von Politik und Glauben in den Vereinigten Staaten

Religiöse Renaissance via Fernsehen

Pat Robertson ist ein freundlicher Mann mit guten Beziehungen zum lieben Gott, die er zuweilen dazu nutzt, die Gebrechen seiner Mitmenschen zu heilen. In seinem Gesicht strahlt ein immervährendes Grinsen. Seine Stimme und seine Botschaften sind sanft, optimistisch und eindringlich zugleich und verbreiten ein beruhigendes „Es wird schon alles wieder gut“. Pat Robertson ist ein unverwundlicher 56jähriger Cherubim.

Vor einem halben Jahr hat er wissen lassen, daß ihn das Amt des amerikanischen Präsidenten reizte. Die endgültige Entscheidung will er im Dezember fällen. Bis dahin möchte er die politischen und religiösen Klimaverhältnisse im Land testen. „Zehntausende von Amerikanern“, so sagt er, „haben mir in Briefen geraten: Tue es.“ Einige seiner religiösen Mitarbeiter warnen ihn dagegen dringend, die Finger davon zu lassen. Es würde der Sache und seiner Person schaden, sagen sie.

Pat Robertson verkörpert wie niemand anders in den USA die sich immer stärker profilierende Symbiose von Politik und Glauben. Er ist ein Fundamentalist mit eigener Glaubensbotschaft, eigener Fernsehgesellschaft, die seine Botschaften verbreitet und deren Sendungen monatlich von 27 bis 28 Millionen Zuschauern eingeschaltet werden. Sein Unternehmen hat einen Jahresumsatz von 200 Millionen Dollar. Er besitzt eine eigene

Universität und ein eigenes Krankenhaus.

Pat Robertson ist kein Außenseiter in der Politik. Er stammt aus politischem Hause. Seine Vater sah als Senator im amerikanischen Kongreß. Er selbst eignete sich theologisches, juristisches und politisches Wissen an der Yale Universität an. Und da es ihm niemals an Selbstbewußtsein mangelte, versichert er nachdrücklich: „Ich traue mir das Amt im Weißen Hause zu.“

Politik im Namen des Herrn ist kein neues Phänomen in den USA. Religion hatte in diesem Lande bereits in den vergangenen Jahrhunderten in sehr unbefangener Form einen

Religion made in USA – ZDF, 22.05 Uhr

anderen Stellenwert in der Politik als in Europa, obwohl der Versuch einiger Glaubenseiferer, einen Thomas Jefferson und Abraham Lincoln nachträglich zu Fundamentalisten zu machen, etwas strapaziös wirkt.

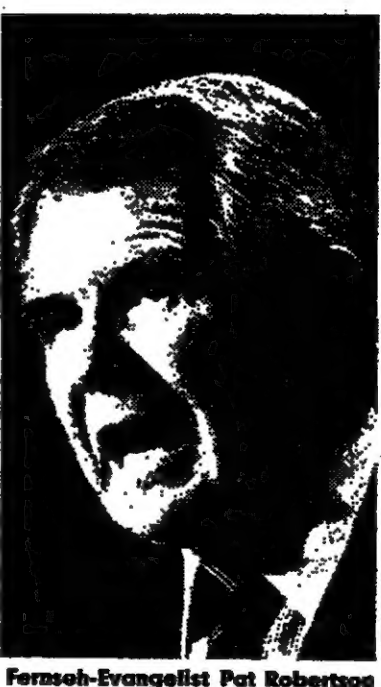
Robertson glaubt, daß in diesem Jahrhundert die Hinwendung zur Religion noch niemals so stark war in den USA wie in den letzten zehn Jahren. Er setzt die Zahl der „wiedergeborenen Christen“ zwischen 60 und 70 Millionen an und glaubt, daß 20 Prozent von ihnen politisch aktiv seien. Jimmy Carters politische Botschaft, die ihn 1976 ins Weiße Haus brachte, hatte starke religiöse Akzen-

te. Ronald Reagan nahm sie 1980 in seine Wahlkampagne auf und wurde dabei von Jerry Falwell, der 1979 die „Moralische Mehrheit“ in den USA gründete, wirksam unterstützt. Falwells religiöse Botschaften werden monatlich von 22 Millionen Amerikanern im Fernsehen zur Kenntnis genommen.

Falwell selbst hat keine direkten politischen Ambitionen, hat aber für den bevorstehenden Wahlkampf Vizepräsident Bush seine Unterstützung zugesagt. Es waren Falwell und Jimmy Swaggart, der in der Popularität der amerikanischen „Televangelisten“ an dritter Stelle rangiert, die in der letzten Woche Robertson eindringlich aufforderten, seine Ambitionen, als nächster Präsidentschaftskandidat der Republikaner anzutreten, fallen zu lassen.

Bei den Republikanern schaut man mit gemischten Gefühlen auf die politischen Aktivitäten Robertsons. Man erinnert sich zu sehr noch der Rolle des Fundamentalisten Jesse Jackson, der bei den letzten Wahlen den Demokraten mehr schadete als nützte.

Eine kürzliche Meinungsumfrage des „Wall Street Journal“ zeigte, daß 78 Prozent der Amerikaner 1988 nicht für einen Präsidentschaftskandidaten stimmen würden, der sich als ein „Prophet Gottes“ zu erkennen gibt. Dieser Widerstand ist bei den jungen Amerikanern besonders stark. Da die Republikaner jedoch 1984 besonders bei den Jungwählern ihre größten Erfolge



Fernseh-Evangelist Pat Robertson strebt nach dem höchsten Amt

FOTO: CAMERA PRESS

erzielten, fürchten sie, daß Pat Robertson mit einer Präsidentschaftskandidatur zahlreiche Jungwähler verprellten könnte. Wie immer sich Pat Robertson in den nächsten Monaten entscheiden mag – seine beste Chance wird sein, sich mit seinen politischen Ambitionen bei seinen Gläubigen einen Namen zu machen. Das Amt des Präsidenten – das ist im Augenblick die fast einhellige Meinung der politischen Profis in Washington – wird für ihn ein Wunschtraum bleiben. FRITZ WIRTH

KRITIK

Alt-Report taufrisch

Getreu der (angenommenen) Stimmungslage im Volk waren es dieses Mal Themen aus der Umwelt, die Franz Alt in seinem politischen Gemischwarenladen Report (ARD) feil bot. Zwei der drei angebotenen „Produkte“ waren eher von mäßiger Qualität, um nicht – wie im Fall des Dauerthemas „Nostalgie“ – zu sagen, schon angeschimmelt. Taufisch dagegen, auch in der Art der Darbietung, die Reportage „Chemie raus, Fruchtsaft rein“ über die sogenannten Wechseltransporte.

Alt witterte wohl die Gefahr, Tschernobyl und die Folgen könnten in der Bundesrepublik Deutschland allzu schnell in Vergessenheit geraten. Doch der Versuch, mit Hilfe der „Elterninitiative gegen eine strahlende Zukunft“ zu suggerieren, wir be-

finden uns noch immer in Gefahr, ging ins Leere. Oder sollen etwa an allen Erdtritten, wo die Bequerel-Werte noch über den Grenzwerten liegen, Schilder aufgestellt werden? Keiner sagte, wie groß die Gefahr wirklich ist.

Anders dagegen der Bericht über den „vielleicht größten Lebensmittelkandal in der EG“, wo, untermauert durch Belege von Lebensmittel-fahndern, deutlich wurde, wie „Wechsel und Ordnung verstoßen“. Da wurde in einem Fall Weißwein in einem Behälter transportiert, in dem kurz zuvor leichtes Heizöl war. Der Wirtschaftskontrolldienst der Polizei in Baden-Württemberg erklärte rund ein Drittel der überprüften Lasten bei Stichproben als ungenießbar. Ein Manko: Wieviel von der verschandelten Ware tatsächlich in den Handel kommt, blieb im Dunkeln. ULRICH REITZ

Expansion mit Augenmaß

Das Zweite Deutsche Fernsehen will in den nächsten Jahren die Vermittlung zuverlässiger Informationen, den Ausbau der Reportagen, eine verstärkte Produktion eigener Serien und Live-Übertragungen vor allem aus dem kulturellen und sportlichen Geschehen als Prioritäten seiner Arbeit pflegen. ZDF-Intendant Dieter Stolte erklärte in einer Pressekonzferenz in Hamburg, die Anstalt wolle mit diesen Schwerpunkten ihre Position im mediopolitischen Spektrum der Bundesrepublik noch deutlicher herausarbeiten und dabei auch „eine stärkere persönliche Note in den Beziehungen zum Zuschauer“ anstreben.

Mit seinen Nachrichtensendungen will das ZDF nach den Worten Stoltes einen Standard erreichen, den der Intendant mit den Worten definierte, es gehe um die „möglichst zuverlässigsten Informationen überhaupt“ – ein Anspruch, dem das

ZDF insbesondere auch in ständiger Konkurrenz mit der ARD gerecht werden müsse. Eigenproduktionen will das ZDF vor allem deshalb forcieren, weil die Anstalt nicht mehr wie im bisherigen Maße von der Markt internationaler Kaufserien abhängig sein will. Live-Sendungen möchte Stolte in der nächsten Zukunft zu einem Charakteristikum des ZDF werden lassen; es gehe darum, dem Zuschauer die unmittelbare Teilnahme am Geschehen zu ermöglichen. Dadurch könne ein kulturelles Ereignis in einer bestimmten Stadt zu einem nationalen Kulturereignis werden. Sein Auslandskorrespondentenetzwerk werde das ZDF durch Reporter ergänzen, die für eine begrenzte Zeit aus Krisengebieten berichten sollen. Dieser Kurs einer Expansion mit Augenmaß werde zunächst keine Gebührenerhöhungen notwendig machen. UWE BAHNSEN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 Info: Arbeit und Beruf	18.55 Aranka
10.00 Tagesschau	12.00 Uwech
10.25 Sport extra	12.15 Magazin
Fußball: 1. Bundesliga	12.35 Presseschau
	13.00 Tagesschau
14.55 Klementine	14.00 heute
15.05 Unsere kleine Farm	14.04 Stippsprache bei Mittagsessen
15.50 Tagesschau	Im Partnerland Runda
16.00 Gessageler und Hammerköpfe	Anschl.: heute-Schlagzeilen
Im Geographie-Jahres	14.35 Verheiratete
Von Wieland Uppoldmüller	17.00 heute / Aus den Ländern
16.45 Anne, Ciro & Co.	17.15 Tele-Blattseite
Ein fremdes Mädchen	17.45 Der rosarote Panther
17.10 Kein Tag wie jeder andere	Anschl.: heute-Schlagzeilen
Roberts und Ragnos abenteuerliche Reise mit dem Fahrrad	18.20 Klugfilm
17.30 Henry und das tolleste Gesicht	Antiquarische
17.45 Tagesschau	18.30 heute
17.55 Regionalprogramme	19.30 Der große Preis
20.00 Tagesschau	20.50 Die große Welle
20.15 Der Dauerbrenner	Stanz der Aktion Sorgenkind
Aus dem politischen Alltag von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher	Gesundheitsmagazin Profis
21.00 Der 7. Sinn	Stoßwellen contra Steine, „Gesundheitshilfe Magen und Darm“
21.05 Wunschkonzert	gegründet. Kein Hausverbot für Tiere in Klinik und Altersheim
Moderation: Dogmar Berghoff, Alex Schutler	21.45 heute-journal
22.30 Tagesschau	22.05 Religion made in USA
23.00 Feuer für den großen Drachen	Glaube und Politik 1984
Gesellschaftskritischer Krimi von Bernhard Iltis	22.35 Die Sport-Reportage
0.45 Tagesschau	Internationales Reit- und Springturnier CIO, Donauwörth
0.50 Nachtgedanken	Volleyball-WM der Damen
	Deutschland – Brasilien
	Aufzeichnung aus Brunn
	23.15 In der Hitze des Zorns
	Australische Spielfilm (1981)
	Deutsche Erstausführung
	0.45 heute
III.	
WEST	19.30 Hessenschau
18.30 Die Sendung mit der Maus	Ab 20.00 Uhr: wie NORD
19.00 Aktuelle Stunde	SÜDWEST
19.30 Dieppe	18.30 Die Sendung mit der Maus
20.15 Frankfurter Soli	18.50 Diagonale
Amerikanischer Spielfilm (1939)	19.00 Schlingensiefel
Synchronisierte Erstausführung	19.20 Abendschau/Blick ins Land
21.00 Von Schicksal und Neugier	19.30 Samstagsnachrichten
Kunst der 60er Jahre in Köln	19.35 Klasse, Kugeln und Kometen
Reisewege zur Kunst	Franz.-ital. Spielfilm (1955)
Schottland: Die Highlands	21.00 Aktuelles
0.35 Nachrichten	Nur für Baden-Württemberg:
NORD	21.15 Politik Südwest
18.00 Die Sendung mit der Maus	Rheinland-Pfalz und Saarland:
18.30 Nichts als Staub in den Augen	21.15 Perspektiven/Treffpunkt
Über die Indianer Parus	Gemeinschaftsprogramm:
Von Mariette Peitz	21.45 Sport unter der Lupe
19.00 Schachspiel	22.50 Schach-WM '84
19.15 Schachspiel	0.00 Nachrichten
20.00 Tagesschau	BAYERN
20.15 Die Eise der Maria Braun	18.15 Die Tier-Sprechstunde
Deutscher Spielfilm (1978)	Meerschweinchen
Mit Hanna Schygulla	18.45 Runderhau
Regie: Rainer Werner Fassbinder	19.00 Am Ende eines Sommers
21.10 #Schachspiel extra	Italienischer Spielfilm (1970)
Tonio Exton	20.25 Flash Gordon
22.50 Über Recht und Gerechtigkeit	Die Waldmenschen vom Mars
Lehmütter	20.45 Stationen
0.10 Nachrichten	Aus dem kirchlichen Leben
HESSEN	21.00 Runderhau
18.00 Die Sendung mit der Maus	21.45 Sportzeit
18.30 Fame	22.30 Z. E. R.
Niemand ist vollkommen	Nördlicher Dächerlandschaft
	22.35 Im Gespräch
	23.30 Runderhau
	23.35 Der Dämon der Insel
	Französischer Spielfilm (1982)
	Mit Anny Duperey, Jean-Claude
	Brialy
	Regie: Francis Ley
	18.15 Sturm/Regional 7
	18.35 Kommt doch mal in die Küche
	18.55 7 vor 7
	19.20 Karibisch
	19.30 Dr. Jonathan Ferrier
	20.15 RTL-Spiel
	20.30 Flammverschau
	20.50 Heimatglocken
	Deutscher Spielfilm (1952)
	21.15 RTL-Spiel
	21.20 Poppye
	22.25 Der Spatz, der ein Star ist
	Ein Aster mit Mireille Mathieu
	23.05 Wetter/Komik/Bethupferl
	23.30 Wallstreet New
	Live aus New York

Professor auf Abwegen

A. W. - Alle Achtung! Auf „Sinn und Form“, die exklusive Zeitschrift der Ostberliner Akademie der Künste, kann man sich verlassen. Irgendwas Ausgefallenes, Ortsunübliches ist immer drin.

Diemal serviert man (in Nummer 4/1988) eine rasant geschriebene Erzählung der Berliner Graphikerin Christine Perthen, in der ein volkswirtschaftlicher Mathematikprofessor einem ausgefallenen Hobby frönt. Heimlich, still und leise verzieht er sich in seiner Freizeit auf eine versteckte Bodenkanne, die nicht einmal seine Frau kennt, und veranstaltet dort ganz private Leichenbegänge.

Jedemal, wenn in der Zeitung eine ihn anmernde Todesanzeige erscheint, passiert das. Der Professor bildet dann den fraglichen Toten in miniature in Plastik nach,

legt ihn in einen Sarg mit Klarsichtschelbe (vulgo: Eukalyptusbombon-Schachtel aus Plastik) und „bestattet“ ihn in der fraglichen Kammer hinter einem schwarzen Vorhang, wobei regelmäßig „sein Harnblasenmuskel versagt“.

Jeder Leser der Zeitschrift wird sich bei der Lektüre sogleich fragen: Was hat das nun wieder zu bedeuten? Wer ist hier gemeint? Wie ist diese Publikation in die Ostberliner Kulturpolitik einmündend? Deutet es auf „Tatwetter“, oder signalisiert es Verhärtung?

Auf den Gedanken, daß der verantwortliche Redakteur den Text einfach hat absetzen lassen, weil er ihm gefiel, kommt kaum einer. Aber das liegt weniger am Leser als an den Verhältnissen. In einer Welt, wo ein gut Teil der neuen Literatur wegzugeworfen wird, weil sie „nicht gemein“ ist, erhalten ein verrückter Professor und seine Eukalyptusbombon-Schachteln mit Naturmotwendigkeit überhöhtes spezifisches Gewicht.

Interview des Moskauer Dichters Wosnessenskij

„Zeit für Zivilcourage“

Jede Sekunde unserer Zeit lehrt uns, wie sehr wir alle auf dieser Welt miteinander verbunden sind. Es ist unmöglich, sich durch Zünne oder eiserne Vorhänge abzugrenzen... Das ist alles 19. Jahrhundert.“

Diese für einen Sowjetbürger recht ungewöhnliche Feststellung trifft Andrej Wosnessenskij, einer der bekanntesten zeitgenössischen Lyriker und Schriftsteller der Sowjetunion, in einem Interview mit der Berliner Zeitung „Politika“ und dem jugoslawischen Wochenmagazin „Nin“.

Wosnessenskij hatte zuletzt von sich reden gemacht, als ausgerechnet die „Pravda“ einige Gedichte von ihm über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl abdruckte, in denen der Beistand Gottes für die Rettungsmannschaften beschworen wurde.

„Bei uns (in der Sowjetunion) glaubte man lange Zeit, daß das Volk alles gleichgültig sei“, erklärt Wosnessenskij. „Jetzt sehen wir auf einmal, daß das Volk nicht apathisch ist... Aus den Briefen, die ich erhalten, sprechen sowohl Energie als auch Angst.“

Und Wosnessenskij sagt dann: „Die Menschen sprechen nicht mehr über Literatur, sondern über das, was man bei uns in Russland „bürgerliche Tapferkeit“ (also: Zivilcourage) nennt. Sie sagen mir, wie lange sie darauf gewartet hätten, daß die Schriftsteller endlich anfangen, die Wahrheit auszusprechen, ohne vor jemandem Angst zu haben oder sich zu verstecken.“

Fast euphorisch meint der sowjetische Dichter dann, man müsse „jetzt“ etwas tun: „Ich bin ein Dichter, aber auch ich wünsche, daß meine Landsleute gut essen, sich gut anziehen, sich gut erholen – und daß sie alles lesen können, was sie lesen sollten. Unser Volk muß alles lesen und alles sehen.“

Wosnessenskij erwähnt auch, daß die Schriftsteller Okudschawa, Frau Achmatowa, Tschernyschenko und Kondratjew auf seinen Vorschlag hin in das neue Präsidium des sowjetischen Schriftstellerverbandes gewählt worden seien, obwohl sie nicht einmal Delegierte des jüngsten Kongresses der Schriftsteller waren. Aber

nicht nur diese „Nonkonformisten“ gehe es zu fördern. Wosnessenskij verlangt auch, daß die gesammelten Werke Boris Pasternaks, der Anna Achmatowa und Leonid Samojlov endlich in der Sowjetunion gedruckt werden müßten. Und mit Energie tritt er dafür ein, den verstorbenen russischen Emigranten-Schriftsteller Wladimir Nabokow in Moskau zu drucken. Wosnessenskij: „Wladimir Nabokow ist ein großer russischer Schriftsteller.“

Der sowjetische Dichter sagt einen großen Wechsel an der Spitze der führenden sowjetischen Literaturzeitschriften voraus, fügt aber hinzu: „Für die Bedingungen der Demokratie, die wir schaffen, haben wir nicht genügend Kader, nicht genügend Menschen der neuen Art des Denkens. Aber die Redakteure (der Literaturzeitschriften) müßten gerade solche Leute sein.“

Dann nennt Wosnessenskij einige bereits seit langem im Manuskript vorliegende Werke, deren Erscheinen bisher von den offiziellen sowjetischen Stellen verhindert wurde, so den Roman „Die Kinder des Arbeit“ von Anatoli Rybakow und die „Weißen Kleider“ von Dudinow. Noch wichtiger als das Drucken älterer, bisher unterdrückter Werke sei, so Wosnessenskij, „daß jetzt neue Romane geschrieben werden, daß die Menschen, die zur Feder greifen, nicht unterdrückt werden, daß sie die Wahrheit schreiben können und daß neue Namen erscheinen.“

Wosnessenskij erwähnt auch die Zensur. „Leider wird die Konkurrenz zwischen unseren Schriftstellern oft in Form von politischen Beschuldigungen ausgetragen.“ Auch er selber sei auf dem jüngsten Schriftstellerkongress von einem Kollegen, dessen Namen er lieber nicht nennen wolle, einer „antisowjetischen Haltung“ bezichtigt worden; für ihn, so habe es geheißen, dürfe es nicht länger einen Platz im Sekretariat des Schriftstellerverbandes geben.

Auf die Frage des jugoslawischen Interviewers, worin seine angeblich antisowjetische Haltung bestünde, antwortet Wosnessenskij: „Weil meine Gedichte im illegalen Almanach „Metropol“ gedruckt wurden und weil ich einige dieser Gedichte Emigranten gewidmet habe... Aber ich bin dennoch im Sekretariat gewählt worden.“

CARL GUSTAF STRÖHM

Düsseldorf: „Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein“

Mehr Herz als Häme

Der Mann im grauen Hemd und in grauer Hose nimmt auf dem Klavierstuhl Platz und schaut sich um. Der vierschemel vor dem kleinen Orgelplatz, legt einen Stapel Blätter feig säuberlich geordnet vor sich, schiebt das oberste Blatt auf die linke Seite und blickt durchdringend ins Publikum: Auftakt zum Abend „Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein“. Es hätte uns auch wirklich gewundert, wenn jenes Programm mit dem Titel „Und die bewegt mich doch“, das er sich kürzlich zum 60. Geburtstag selbst geschenkt hat, sein letztes gewesen wäre – wie er bekannt hat. Im Düsseldorf „Kom(m)öden“ begann jetzt seine neue Tournee.

„Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein“ – das ist Programm und Standortklärung gleichermaßen, denn wenn auch sein Wohnsitz schon lange Mainz ist, so ist seine Seele immer noch irgendwo im Dreieck zwischen Wesel, Rheurdt und Moers verwurzelt, jener Welt, in der die Pappe höher ist als die Kirchentürme.

Den Landstrich zwischen Duisburg und der holländischen Grenze hat er zu einem Seelenzustand gemacht. Hier wohnen die Menschen, die Typen und die Stereotypen, deren Leben sich wie rote Fäden durch seine Erzählungen ziehen. Mit ihnen entwirft er eine Welt der kleinen Leute, der Fuhrmänner, der Steiger, Kneipenwirte und Dienstmädchen. Hüsch macht seine Witze nicht auf Kosten derer, die diesen Kosmos bevölkern. Gewiß, er ist ironisch, aber niemals bössartig, und in seiner

Satire steckt immer mehr Herz als Häme. Ob Ditz Atrops, stets besoffen, aber kerngesund, an Johannes Kleiberhans Theke von seinen Münchhauslügen erzählt; ob der Niederheimer als Typ schlechthin geschildert wird („Er versteht nichts, kann aber alles erklären“) – das alles erzählt, nein, das spielt Hüsch mit bewundernswürdiger Präzision und schmerzhaftem Kopfschmerz, verströmte Armen, wobei er sein fiktives Gegenüber durch blitzende Brillengläser fixiert. So ist die leere Bühne des „Kom(m)öden“ mit einem Mal bevölkert von den Bewohnern eines ganzen Dorfes, und Hüsch versteht es blendend, einen jeden mit seinem ganz besonderen Tick zu schildern.

Köstlich persifliert er die Niederrhein-Mentalität, vom Hindersten ins Tausendste, oder wie man dort sagt, vom „Hölzchen aufs Stöckchen“ zu kommen, und hinter allem steht die autobiographische Erfahrung eines Menschen, dessen Beobachtungsgabe ihn zu einem Genremaler der Wörter gemacht hat.

Nicht alles ist neu, was Hüsch da oben auf der Bühne erzählt. Die „Nachfeier“, die boshafte Schilderung einer Beerdigungsgesellschaft, hat schon reichlich Patina angesetzt. Aber wo gibt es schon mal einen Erkenntnisplausus für einen Kabarettisten? Mit ihm ist dann auch das letzte Manuskriptblatt „erledigt“, und Hüsch verschwindet so leise, wie er gekommen ist. RAINER NOLDEN

Zwischenbilanz der Filmbiennale von Venedig: Bienenzüchter und ein deutsch-britisches Vaterland

Südlichen Lebens letzter Frühling

Der geflügelte Löwe von San Marco mit dem geöffneten Evangelium zwischen den Pranken – das alte Friedenssymbol der Republik Venedig – ist dieses Jahr der unübersehbar Schutzpatron der Mostra Internazionale del Cinema. In den Kinosaal gibt er, zu Vivaldis Musik, den Auftakt zu jedem Film, während draußen das Babeln auf Hochtouren läuft.

Wenn man Glück hat, sieht man Peter Ustinov, der in der Jury ist, im blauweiß gestreiften Badehose am Strand promenieren. Oder man begegnet der Lolli, die gekommen ist, um das bislang unveröffentlichte „Portrait of Gina“ anzusehen, das Orson Welles in den späten fünfziger Jahren von ihr gedreht hat und das hier im Rahmen der Orson-Welles-Retrospektive gezeigt wird.

Ein anderer großer italienischer Schauspieler sorgte für einen brillanten Höhepunkt im Programm der ersten Biennale-Hälfte: Marcello Mastroianni. Er ist der Titelheld in dem Film „Der Bienenzüchter“, den Griechenlands renommiertester Regisseur, Theo Angelopoulos, gedreht hat. Der 50jährige Athener hat seiner Heimat im europäischen Film ein unvergessliches Gesicht gegeben: ein Gesicht in den Farben des Südens, oft geheimnisvoll nebelverhangen, mit steinernen Dörfern und melancholisch-schweren Sonnenuntergängen. In diesem Ambiente ist auch der Bienenzüchter zu Hause, ein müder alter Mann, der allen seinen Träumen längst abgeschworen hat.

Im letzten Frühling seines Lebens macht er sich – in Todesgedanken verankert – noch einmal auf den Weg, den die Inker alljährlich zu nehmen pflegen, um ihre Bienen zu den Blüten zu bringen und den er schon unzählige Male zurückgelegt hat. Ein junges Mädchen, halb Tochter, halb Geliebte, wird ihm eine Weile zur Gefährtin, bis er sich eines Tages inmitten wundersam blühender Felder seinen Bienenvölkern ausliefert, die ihn totsetzen.

Der ganze Film ruht auf Mastroiannis Schauspielkunst, und er ruht dort gut. Die Kamera arbeitet an Mastroiannis Gesicht wie ein Bildhauer an einem Modell. Seine bloße Präsenz – er hat hier einen recht schweigsamen Tag – treibt die Handlung wunderbar voran. Mastroianni at his best, in einer reifen, schönen Altersrolle. Die Jury wird an diesem Film schwerlich vorbeigehen können.

Mit einem kleinen Meisterwerk wartete auch Eric Rohmer für Frankreich auf. In seinem zweiten Filmzyklus „Komödien und Sprichwörter“ porträtiert er bekanntlich junge Frauen von heute. In der nunmehr fünften Folge dieser 1980 begonnenen Reihe, die er – auf einen Jules-Verne-Roman anspielend – „Der grüne Strahl“ genannt hat, erzählt er von Delphine (Marie Rivière), 30 Jahre alt, solo, im schwierigen Zeichen des Steinbocks geboren. Ein sensiblen Mädchen, das die französischen Klassiker beinahe



Zwiespältiges Echo auf den deutschen Beitrag: Szene aus Peter Lilienthals „Das Schweigen des Dichters“

im Schlaf rezitiert. Kein Wunder, daß ihr die jungen Männer ihrer Umgebung recht fad erscheinen.

Der Film hat die Form eines Tagebuchs. Ein paar Momentaufnahmen aus Delphines Urlaub, den sie allein verbringt, zeigen ganz belläufig, wie einsam sie ist. Bis sie den von Jules Verne beschriebenen, seltenen „grünen Strahl der Sonne“ sieht, der Glück verleiht. Eine gute, alte, sie findet eine verwandte Seele, den langgesuchten „prince charmant“. Der Film, der mit glänzenden Szenen Schauspielern bestückt, wurde am Lido auf Anhieb zum Publikumsliebling. Und Marie Rivière gilt als aussichtsreiche Anwärterin auf den Darstellerpreis.

Eine eigenwillige Tafelrunde führt der Italiener Pupi Avati in seinem Film „Das Weihnachtsgeschenk“ vor. Anstatt den Weihnachtsabend mit ihrer Familie zu verbringen, treffen fünf Männer mittleren Alters in einem Landhaus bei Bologna zu einer Pomerand zusammen. Ein jeder hofft auf den großen Coup, der sein Leben grundlegend ändern wird – und jeder steht doch kurz vor dem Totalruin. Eine Tragikomödie aus dem bürgerlichen Heidenleben, mit dem großartigen Komiker Carlo Delle Piane hier erstmalig in einer – fast – ersten Rolle.

Ein Kuriosum der diesjährigen Biennale ist der britische Beitrag „Vaterland“ von Ken Loach, der ein deutsches Thema behandelt, weitge-

hend in deutscher Sprache gedreht wurde und für die englische Kinofassung unterteilt werden muß. Offensichtlich hat sich Loach von seinem Hauptdarsteller Gerulf Pannach inspirieren lassen, jenem Liedermacher aus Leipzig, der 1975 Auftrittsverbot erhalten hatte, wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ ins Gefängnis kam und neun Monate später in den Westen abgeschoben wurde.

Pannach ist Klaus Dittmann, der Held des Films. Wir begegnen ihm in östlichen wie in westlichen Verhören, wo er sich wortkarg gibt und beteuert, sein Vaterland mehr als alles andere zu lieben. Dittmanns der Mauer entzieht er sich der Unterhaltungsbranche, die ihn vereinnahmen will, und macht sich auf die Suche nach seinem Vater, der vor 30 Jahren ebenfalls Ost-Berlin verlassen hatte. Er findet ihn in Cambridge, wo er unter falschem Namen lebt. Und er erfährt von der Rolle, die sein Vater einst als Nazi-Spitzel gespielt hat. Ohne sich zu erkennen zu geben, verläßt der junge Dittmann England. „Vaterland“ beeindruckt vor allem durch die nüchtern-emotionalen, gelassene Haltung, mit der ein Mann, Gerulf Pannach, sein eigenes Schicksal nachspielt.

Peter Lilienthals neuer Film „Das Schweigen des Dichters“ war ebenfalls schon in der ersten Biennale-Hälfte zu besichtigen. Ihn liegt eine Erzählung von Abraham Yehoshua zugrunde, die in Israel nach dem

Yom-Kippur-Krieg spielt. Doch ist die Zeitgeschichte nur Hintergrund für eine sehr private Episode. Es geht um einen alten Schriftsteller, der seit vielen Jahren das Schreiben aufgegeben hat. Warum? Da mag es viele Gründe geben. Die Zeitläufte, der Tod seiner Frau, der spätgeborene Sohn Gideon, mit dem er allein in einem alten Haus am Stadtrand von Tel Aviv lebt. Es ist ein zurückgebliebenes Kind, ein Narr, ein Grenzfall.

Lilienthal zeigt – über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg – wie sich Vater und Sohn immer stärker ineinander verstricken. Der Film hat einige Meriten: Atmosphärische Bilder aus Tel Aviv und vor allem das einsame tête-à-tête des alten Mannes mit dem Kind. Das Interesse verliert sich jedoch, je älter der Junge wird, denn seine exzentrischen Späße sind ebensowenig abendfüllend wie ein schweigender Dichter.

Wenn der debile Junge dann den Vater mit allerlei Tricks wieder dazu verleiten will, Gedichte zu schreiben, wenn er gar selber alte Arbeiten des Vaters zu einem Verleger trägt, wirkt der Film vollends ungläubig. Die drei Araber, die am Schluß unvermittelt durch die Wüste reiten, geben ebenfalls Rätsel auf. Lilienthals Film konnte in Venedig nicht überzeugen. Nur Jakob Lind, ein Poet auch im Leben, der die Titelrolle spielt und hier erstmals vor der Kamera steht, erhielt zu Recht einigen Beifall.

DORIS BLUM

Nach dem Stillstand des Intendanten-Karussells: Blick auf die Spielpläne der neuen Opernsaison

Ein guter „Ring“ ist schon eine halbe Spielzeit

Wenn es denn einen Hintz für Opernintendanten gibt, dann hat sich den Claus Helmut Drese für seine erste Spielzeit an der Wiener Staatsoper vorgenommen: Er hat Premieren mit Luciano Pavarotti (Verdis „Maskenball“), José Carreras (Massen „Werther“) und Plácido Domingo (Verdis „Otello“) angekündigt. Die drei Super-Tenöre von heute auf dem Premieren-Tableau einer einzigen Saison – das hat es wahrscheinlich noch nie gegeben.

Aber wer da schon fürchtet, die Wiener Staatsoper würde nun zur Arena für den Kampf um die höchsten Töne, der wird sich wundern: Für den „Maskenball“ (Dirigent: Claudio Abbado) greift man auf die Ur-Version zurück: Pavarotti wird also keinen Riccardo, Gouverneur in Boston, zu mimen haben, sondern Gustav III. von Schweden, und seine Herzensdame Margaret Price heißt denn auch gut schwedisch Amelia Ankerström. Nikolaus Harnoncourt bekommt endlich Gelegenheit, seine Mozart-Exzesse nicht mehr nur im Züricher Exil vorzustellen, sondern auch im heimischen Wien: beim „Idomeneo“, den Johannes Schaal inszeniert. Und Bergs „Wozzeck“ wird von Adolf Dresen für das Haus am Ring vorbereitet (Dirigent: Abbado).

Dreses Wechsel von Zürich nach Wien hat ja noch drei weitere Drehungen des berühmten Intendanten-Karussells ausgelöst, so daß auch anderswo auf neue Hausherren zu achten sein wird: Christoph Großer übernimmt Dreses Position in Zürich, Claus Leininger die von Groszer in Wiesbaden, und Gelsenkirchen endlich hat einen Leininger-Nachfolger ohne Abwerbung gefunden – in dem bisherigen Frankfurter Gielen-Adlatus Matthias Weigmann.

Am spannendsten dürfte dabei sein, ob Zürich sein hohes Niveau halten kann. Immerhin ist für die Fortsetzung des Mozart-Zyklus von Ponnelle und Harnoncourt gesorgt („Die Zauberflöte“, Belcanto-Repertoire wird mit Bellinis „Puritani“ und Rossinis „Italianen in Algier“ gebildet. Auch an vergessene Opern wird erinnert, so inszeniert Giancarlo del

Monaco Othmar Schoecks 1937 in Dresden uraufgeführte „Massimilla Doni“, der Claus H. Henneberg ein neues Libretto unterlegt. Vor allem aber beginnt hier Claus Helmut Drese, an der früheren Stätte seines Wirkens, mit seinem neuen „Nibelungen-Ring“ zusammen mit dem Surrealist Ul de Rico als Ausstatter.

Eine „Ring“-Spielzeit wird es wohl wieder werden. Die Bayerische Staatsoper hat sich vorgenommen, die vier Brocken, „Das Rheingold“, „Die Walküre“, „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ binnen zehn Tagen auf die Bühne zu wuchten (Premierenzyklus vom 19. bis 29. März 1987). Die Inszenierung, mit der der Regisseur Nikolaus Lehnhoff und der Ausstatter Erich Wunder betreut sind, ist schon vorweg böse ins Gerede gekommen, weil sie angeblich 2,6 Millionen Mark kosten solle, was für vier so groß dimensionierte Werke gar nicht so exorbitant ist, wobei die Er-

stehen. Mit wenigstens ebensoviel Neugier sollte man aber der Frankfurter Premiere von Mozarts „Hochzeit des Figaro“ entgegensehen: Die in Brüssel eingelegte szenische Erneuerung der Opern Mozarts durch die Regie-Kapitane der Berliner Schaubühne, Luc Bondy und Karl-Ernst Hermann, findet nun auch nach Deutschland.

Wer auch in der Oper das Heil weiterhin von der Regie erwartet, wie es wohl die meisten Theaterchefs tun und dabei seelenruhig zuschauen, wie die Kunst des Singens ausstirbt, der darf sich noch eine ganze Reihe spektakulärer Termine aufschreiben: zum Beispiel Rudolf Noettes „Freischütz“-Inszenierung in Bremen, Meyersberg „Hugenotten“ in Berlin unter John Dew, Wagners „Meistersinger“ unter Christof Nel in Gelsenkirchen oder „André Chénier“ unter Hansgünther Heyme in Essen, Harry Kupfers „Schlaues Fuchslein“ (Köln)

Der dritte „Ring“ von Gewicht schließt sich in dieser Spielzeit in Frankfurt, wo ja Dirigent Michael Gielen, Regisseurin Ruth Berghaus und Bühnenbildner Axel Manthey schon bis zur „Walküre“ gediehen sind, also nur noch „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ aus-



Gelingt ihm der Hintz? Claus Helmut Drese von der Wiener Staatsoper

FOTO: KEYSTONE

JOURNAL

Dissident Szoecs hat Rumänien verlassen

AFP, Budapest
Der regimekritische Schriftsteller Geza Szoecs, ein Angehöriger der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen, hat Rumänien mit einem für einen Monat gültigen Ausreisevisum für Ungarn verlassen. Der 38jährige Szoecs ist in Budapest eingetroffen und will offenbar ein Einreisevisum für die Bundesrepublik Deutschland beantragen. Der Schriftsteller war Redakteur der ungarischen Untergrundzeitschrift „Ellenpontok“ (Gegenstimmen), die bis Ende 1983 in Siebenbürgen erschienen ist. Er hatte 1985 einen offenen Brief an die Menschenrechtskonferenz der KSZE in Ottawa gerichtet, in dem er die „gewaltsame rumänische Assimilationspolitik gegenüber der ungarischen Minderheit im Lande“ anprangerte.

Fortbildungsprojekt für arbeitslose Schauspieler

dpa, München
Den Ausbildungsstand professioneller Schauspieler will die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wieder auf ein „hoffnungsvolles Niveau“ bringen. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) startet die Gewerkschaft im Dezember erstmals ein Fortbildungsprojekt. Der Lehrgang dauert sieben Monate und soll dazu beitragen, die Situation der derzeit etwa 1400 arbeitslos gemeldeten Schauspieler zu verbessern.

Deutsche Erfolge bei kanadischem Filmfestival

AFP, Montreal
Große Erfolge waren beim 10. Weltfilmfestival in Montreal der neue Streifen des Franzosen Jean-Jacques Beineix, „37,2 le matin“ (37,2 Grad morgens) und „Laputa“, der neue Film der Deutschen Helma Sanders-Brahms. Beineix erhielt den Großen Amerika-Preis, die Hauptauszeichnung des Festivals, sowie den nicht offiziellen Publikumspreis. Den Preis der Jury ging an Helma Sanders-Brahms, außerdem wurde ihre Hauptdarstellerin, die Polin Krystyna Janda, mit dem Darstellerpreis ausgezeichnet.

Symposium: Militärwesen zur Zeit Friedrichs d. Gr.

dpa, Ulm
Zum Thema „Friedrich der Große und das Militärwesen seiner Zeit“ findet derzeit in Ulm ein Symposium des Militärwissenschaftlichen Forschungsausschusses (Freiburg) statt. In den Vorträgen befassen sich die Historiker mit Themen wie „Der Einfluß der Technik auf die Kriegsführung zur Zeit Friedrichs d. Gr.“, „Bauernfreiheit durch Wehrpflicht“ und „Die Nachwirkung Friedrichs d. Gr. im preußischen und deutschen Heer“.

Gut erhaltene Mumien in Nordchina gefunden

AFP, Peking
Chinesische Archäologen haben in der autonomen Provinz Xinjiang im Nordwesten der Volksrepublik China 50 Mumien entdeckt, die mindestens 3000 Jahre alt sind. Die gut erhaltenen Mumien wurden nahe der Stadt Hami in ein bis zwei Meter Tiefe unter der Erdoberfläche ausgegraben. Vor sieben Jahren waren an der gleichen Stelle bereits drei Mumien entdeckt worden. Die Mumien aus dem ersten Jahrtausend v. Chr. sind nach Ansicht der Archäologen wegen des heißen und trockenen Klimas in Xinjiang besonders gut erhalten.

Wichtelmännchen im Brüder-Grimm-Museum

dpa, Kassel
Das Kasseler Brüder-Grimm-Museum ist nach anderthalbjähriger Renovierung mit der Ausstellung „Sag's, wenn die Hexe kommt“ wieder geöffnet worden. Ausgestellt werden bis zum 19. Oktober Illustrationen zu Kinder- und Hausmärchen der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm aus 150 Jahren. Eine Sonderausstellung zeigt Kinderarbeiten, darunter Zeichnungen von japanischen Kindern zum Thema „Wichtelmännchen“.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sollte eine dreiwöchige Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei der Grund für die mysteriösen Vorkommnisse sein, die Robert Karga in der letzten Zeit erlebt? Immerhin hatte ihn diese Zeit schon seine Stelle als Mathematiklehrer gekostet. Aber die beiden Männer, die er in seiner Wohnung überrascht, sind aus einem anderen Grund bei ihm eingebrochen. Die Ereignisse brechen schließlich über den ehemaligen Lehrer zusammen, und unvermittelt sieht er sich in der Mitte eines internationalen Komplotts. Um dessen Fängen zu entkommen, muß Karga Kopf und Kragen riskieren... no Peter Schmidt: „Der EMP-Effekt“,rororo, 216 Seiten, 7,80 Mark

Bei Privatpiloten ist das Risiko größer

Nach der Katastrophe von Los Angeles: Gespräch mit dem Fliegerarzt Jochen Wurster

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Bereits am Steuer eines Autos, erst recht aber hinter dem Knüppel eines Flugzeugs führen plötzlich auftretende Erkrankungen zu folgenschweren Zwischenfällen. Der Herzinfarkt des amerikanischen Privatpiloten, der das Luftflugzeug in Los Angeles versenkte hat - es forderte mindestens 90 Tote -, zeigt die Gefahr, die ständig im Flugzeug mitfliegt. Auch hierzulande gibt es viele ältere Privatpiloten, die ein erhöhtes Risiko für unerwartete und plötzliche Erkrankungen besitzen. Darauf weist jetzt Dr. Jochen Wurster, Fliegerarzt des Luftfahrtbundesamtes, in einem Gespräch mit der WELT hin.

Die genaue Zahl solcher Notfälle im Cockpit ist allerdings nicht bekannt, weder in der kommerziellen noch der privaten Luftfahrt. Die Zwischenfälle werden eigentlich nur dann bekannt, wenn eine Maschine abstürzt oder eine dramatische Notlandung erforderlich wird. Durch die starke physische und psychische Belastung des Piloten beim Fliegen macht sich eine angegriffene Gesundheit doppelt bemerkbar. Abgesehen vom schlimmsten Fall, einem Herzinfarkt oder Schlaganfall, treten häufig plötzliche Übelkeit, Schwindel oder ein Kreislaufkollaps auf. Schon eine nicht auskurierte Grippe kann schlimme Folgen haben.

In der Bundesrepublik sind die Pi-

loten verpflichtet, sich alle zwei Jahre einer fliegerärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Nach Überschreiten des 60. Lebensjahres verkürzt sich die Frist auf ein Jahr. Bestimmte Risikofaktoren für Erkrankungen, etwa sehr hoher Blutdruck, führen zum Entzug der Flugerlaubnis. Viele Krankheiten kann der Arzt aber nicht vorhersehen. Ein Patient kann auch nicht allein deshalb fluguntauglich geschrieben werden, weil er bestimmte Risikofaktoren für Herz- und Kreislaufkrankheiten (etwa Übergewicht, hohe Cholesterinwerte im Blut, Rauchen, Bluthochdruck) besitzt.

Bei den großen Fluggesellschaften werden die Piloten mindestens einmal im Jahr, zum Teil alle sechs Monate medizinisch untersucht. Die Firmen unterhalten einen eigenen fliegerärztlichen Dienst, der das fliegende Personal betreut. Die Piloten werden meist mit 60 Jahren, oft auch schon früher aus dem Liniendienst abgezogen. Krankheitsfälle im Cockpit werden von den Gesellschaften allerdings nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben, so daß auch hier keine Zahlen über die Häufigkeit solcher Vorkommnisse fehlen.

Im Gegensatz zur kommerziellen Luftfahrt, wo immer ein Co-Pilot mitfliegt, der die Maschine jederzeit übernehmen kann, ist das Risiko für Privatpiloten erheblich höher. Inzwischen werden „Schnellkurse“ für An-

gehörige von Privatpiloten angeboten, die häufig mitfliegen. Dabei lernen sie, das Flugzeug notzulanden.

In den Sicherheitsstandards gibt es nach Auskunft Wursters kaum Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den USA. Sicherheits- und Tauglichkeitsrichtlinien sind von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO festgelegt und werden in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen befolgt. Die Ausbildung der Piloten ist in den USA eher noch gründlicher als hierzulande.

Das größte Problem ist die hohe Zahl an Flugbewegungen über stark besiedelten Gebieten. Auch in der Bundesrepublik ist der Luftraum bereits sehr eng: Kommerzielle, private und Militär-Maschinen in großer Zahl teilen sich die engen Korridore am Himmel. Hinzu kommen schwierige und wechselhafte Wetterbedingungen, die oftmals ein Fliegen nur nach Instrumenten möglich machen.

Dennoch: ein Vorfall wie in Los Angeles könnte hierzulande nicht passieren, weil das Umfeld aller Verkehrsflughäfen für normale Privatmaschinen gesperrt ist. Im Fall des Frankfurter Flughafens reicht diese Zone von Wiesbaden bis fast nach Würzburg. Privatmaschinen dürfen in diesen Luftraum nur dann eindringen, wenn der Pilot eine spezielle Ausbildung und Berechtigung besitzt.

Frachter funkte: „Macht euch keine Sorgen“

AP, Moskau

Auch gestern wurde die Suche nach Überlebenden des Schiffsunfalls im Schwarzen Meer fortgesetzt. Bei dem Unglück fanden vermutlich 400 Menschen den Tod. Bisher wurden 79 Leichen geborgen.

Die Besatzungen der „Admiral Nachimow“ und des Frachters „Pjotr Wassjow“ hatten vor dem Zusammenstoß Sicht- und Funkkontakt. Der Steuermann des Passagierschiffes, Smirnow, sagte in einem Interview, die Besatzung habe schon früh den Kurs des Frachters erkannt. Der Offizier vom Dienst habe daraufhin per Funk die „Pjotr Wassjow“ angerufen. Nach einer kurzen Pause sei die Antwort gekommen: „Macht euch keine Sorgen. Wir werden einander nicht in die Quere kommen. Wir werden tun, was erforderlich ist.“ Die Warnung an den Frachter sei wenige Minuten später wiederholt worden. Die Besatzung der „Pjotr Wassjow“ habe daraufhin versucht, die Maschinen rückwärts laufen zu lassen, um den Zusammenstoß in letzter Minute zu verhindern. „Es war zu spät“, sagte der Steuermann.

In der „Komsomolskaja Prawda“ hieß es, die meisten Passagiere seien von der Kollision überrascht worden: „Nur wenige von denen, die auf dem Deck tanzten, sahen den herankommenden Frachter.“

Fünffacher Mord: Polizei sucht Diener

dpa, London

War der fünffache Mord in dem einsamen Landhaus des Verlegers Joseph Cleaver ein Racheakt des entlassenen Dieners? Die Polizei in der südwestenglischen Grafschaft Hampshire begann gestern eine Großfahndung nach dem 35-jährigen George Stephenson, der bis Anfang August bei Cleaver gearbeitet hatte. Als er entlassen wurde, mußte er sein kleines Häuschen auf dem einsamen Gelände im Naturpark des New Forest verlassen. Gestern wurde im nahegelegenen Badoort Bourne mouth auch ein etwa 25-jähriger Mann festgenommen, in dessen Wohnung die Polizei ein aus der Cleaver-Villa stammendes Videogerät fand.

Offenbar waren die Täter am Montagabend in das 10-Zimmer-Haus eingedrungen und hatten die Familie beim Abendessen überrascht. Sie überführten den 80-jährigen Cleaver, seine an einen Rollstuhl gefesselte Frau, den Sohn und die Tochter sowie eine Krankenschwester, die sich um die gelähmte Frau Cleaver kümmerte.

Dann schleppten sie die Opfer in verschiedene Schlafzimmer des Obergeschosses und erdrosselten sie. Die Täter nahmen verschiedene Wertgegenstände aus der Villa mit. Dann legten sie Feuer, das die Spuren verwischen sollte.

Bergführer fing Abstürzenden mit einer Hand

SAD, Paris

Eine in der internationalen Bergsteigerwelt einmalige Rettung ist einem italienischen Bergführer im Montblanc-Gebiet gelungen. Mitten in einer Steilwand hängend, fing Hans Marguettaz einen Mann auf, der zehn Meter über ihm abgestürzt war.

Roland Matras (29) hatte zusammen mit seiner Ehefrau versucht, eine 250 Meter hohe Steilwand zu erklimmen. Er verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte mit einem Schrei in die Tiefe. Zehn Meter unter dem Ehepaar befand sich der italienische Bergführer. Er hörte den Schrei und sah, wie der Franzose auf ihn zu stürzte. Der Italiener reagierte blitzschnell: Mit der linken Hand klammerte er sich an einen Felsvorsprung und streckte den rechten Arm aus. Am Rückenteil des Anoraks bekam er den Verunglückten zu fassen. Mit beinahe übermenschlicher Anstrengung stoppte der Italiener den Sturz und hielt den Franzosen fest.

Vorsichtig zog er den Ohnmächtigen dann auf seinen Rücken und kletterte mit ihm ein paar Meter weiter auf eine kleine Felsplatte. Hier wartete er, bis die von Augenzeugen alarmierte Rettungsmannschaft im Hubschrauber der französischen Gendarmen eintraf. Der verletzte Franzose wurde ins Krankenhaus gebracht.



In Amerika gilt der eigene Salonwagen als Dorn im Auge.

FOTO: TIME MAGAZINE

Ein Steckenpferd für Millionäre

Wer meint, das Sammeln und Fahren alter Autos sei ein teures Hobby, muß sich eines Besseren belehren lassen. Amerikanische Millionäre haben ein neues exklusives Steckenpferd: den privaten Eisenbahnwagen. Im eigenen Salonwagen wie einst John Jacob Astor oder John Pierpont Morgan reisen sie jetzt zum reinen Vergnügen durch das Land, bewirten darin Geschäftsfreunde oder halten Konferenzen ab. Der „Klub der Privatwagenbesitzer“ hat bereits 157 volle und 240 assoziierte Mitglieder. Sie geben ihre eigene Zeitung heraus - Auflage: 3000.

Billig ist das Vergnügen nicht zu nennen. Bill Gardner (38), Chef einer Firma für Elektrogeräte, zahlte 1984 rund 45 000 Dollar für einen ausrangierten Wagon - und legte noch mal 450 000 (vierhundertfünfzigtausend) Dollar dazu, um ihn mit Telefon,

Waschmaschine, Trockner, zwei mit Teakholz gefüllten Badezimmern, einem Wohn- und einem Schlafraum auszustatten.

Der Unternehmer Roy Thorpe fuhr 1973 als Fünfzigjähriger erstmals mit einer Dampflok durchs Land. Er kaufte sich den bereits perfekt restaurierten Pullman-Wagon „Clover Colony“. Ein Jahr später kaufte er den Wagon „Hampton Roads“ dazu, mit zwei Salons, Küche, Personal-Einliegerwohnung und einer Aussichtsplattform. Heute gehören ihm insgesamt sieben Wagons, inklusive Speisewagen.

Auch ein Wagon aus dem ehemaligen Fuhrpark der Millionärsfamilie Morgan rollt wieder. Es ist der „Erie 400“. Er gehört heute einem Anwalt aus West Virginia. Larry Holmes, ein 71-jähriger Amerikaner, hat in 14 Jahren für seinen Wagon „Clover Colo-

ny“ 40 000 Dollar ausgegeben. Clark Johnson, ein Arzt aus Denver, kaufte vor drei Jahren für 10 000 Dollar den Wagon „Caritas“ - und richtete ihn im perfekten Art-Déco-Stil für 280 000 Dollar ein.

Ein Anruf bei der amerikanischen Eisenbahnzentrale Amtrak genügt, und 24 Stunden später kann jeder seinen Privatwagen an jedem beliebigen Personenzug anhängen lassen. „Das kann einen ruinieren, mehr noch als die Kosten einer Restaurierung“, sagt ein Salonwagen-Besitzer. Für die Beförderung seines Wagens von Wisconsin nach Kalifornien und zurück kassierte Amtrak von ihm 14 500 Dollar. Für jene Erwachsenen, die lieber mit einer elektrischen Eisenbahn spielen, haben Besitzer von Salonwagen nur ein mittelmäßiges Lächeln übrig.

PETER SYLVER (SAD)

Neuseeland und die „Identitätskrise“

Aus einem vertraulichen Bericht der deutschen Mission in Neuseeland an das Auswärtige Amt in Bonn (Pol 320.10, Ber.-Nr. 399/86).

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des „Fishing Industry Board“ enthüllte eine explosive Restrukturierung der neuseeländischen Wirtschaft. Industrie, Medien und Öffentlichkeit zeigen sich besorgt. Es geht um nichts weniger als die signifikante Abnahme des Konsums der hierzulande traditionellen Schnellspeise „fish and chips“ zugunsten chinesischer und amerikanischer Fast-food-Angebote.

Die Mitte dieses Monats publizierte repräsentative Umfrage zeigte - bei drei Prozent Toleranz - daß 50 Prozent der Take-away-Kunden gekauft wird, während 13 Prozent sich für chinesische, 21 Prozent für amerikanische Fast-food entschieden.

In kulturpolitischer Hinsicht wird von engagierten Beobachtern befürchtet, daß nimmend ein wichtiges Element des angelsächsischen Beiges zu - noch immer zu definierenden - neuseeländischen Identität in Frage gestellt sein könnte. Man

weist darauf hin, daß Solanum tuberosum, die Kartoffel, von den britischen Einwanderern in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach Neuseeland gebracht wurde, wo sie bald die weniger haltbare einheimische Süßkartoffel (Kumara) zurückdrängte. Hinzu kam die Presse, die bereits seit 1822 in England etabliert, bald der Kartoffel nach Neuseeland folgte. Schließlich bedurfte es nur noch der Fische, die allerdings, wie selbst entschieden traditionellen kulinarischen Kommentatoren räumen, schon seit prä-britischen Zeiten vorhanden waren, um auch die britische Nationalspeise „fish and chips“ in der jungen Kolonie heimisch zu machen.

Noch heute gilt „fishnships“ bzw. „shark'n'tatie“, wie es die Bewohner der Südküste nennen, als wichtiger Bestandteil der hiesigen, im allgemeinen für europäische Zungen eher einfachen Küche. Des tieferen Zusammenhangs zwischen Kopf und Magen ist man sich durchaus bewußt. Daher erheben einheimische Kulturkritiker, wohl zu Recht, Bedenken, daß die sich abzeichnende Überwindung des kulinarischen Erbes auch Auswirkungen auf die men-

tale Perzeption des neuseeländischen Selbstverständnisses haben könnte.

Schließlich sind die außenpolitischen Konsequenzen der Fast-food-Umfrage nicht zu übersehen. Die zunehmende Nachfrage der neuseeländischen Bevölkerung nach US-amerikanischen und chinesischen Produkten könnte sich längerfristig negativ auf die zumindest untergeordnete anti-amerikanische Politik der Regierung auswirken und ein von lange wahrscheinlich nicht gewolltes - noch engeres Zusammengehen mit China präjudizieren. Selbst die trotz des Endes der Rainbow-Warrior-Affäre noch immer gespannten Beziehungen zu Frankreich könnten einen unerwarteten Akzent bekommen. Denn die Neuseeländer verlangen zunehmend „fish and - horrible dictu! - french fries“.

Weitere Berichterstattung bleibt vorbehalten, insbesondere für den Fall, daß bei zukünftigen Verkehrskontrollen von Botschaftsangehörigen das Nicht-Mitführen von „fish and chips“ von den neuseeländischen Behörden als unfreundlicher Akt und unvereinbar mit der Wiener Konvention beurteilt werden sollte.

Frankreich: Fremde Schläger mit Untertiteln

SAD, Paris

Im französischen Fernsehen sollen ausländische Schläger nur noch mit Untertiteln in französischer Sprache gesendet werden. Entsprechende Maßnahmen bereitet der französische Staatssekretär für die Kommunikation, Philippe de Villiers, vor. Die beiden staatlichen Programme, Antenne 2 und FR 3, sollen verpflichtet werden, mindestens 50 Prozent französischer „musikalischer Erzeugnisse“ ins Programm zu nehmen. Das Ministerium hoffe, dem Publikum dadurch die „Nichtigkeit und die geistige Leere“ der englischen und amerikanischen Schläger vor Augen zu führen. Die Anordnung soll Anfang 1987 in Kraft treten. Ausgenommen davon sind die privaten Fernsehsender La Cinq, TV 6 und das zur Zeit noch staatliche Programm TF 1, das bis Ende des Jahres in Privatbesitz überführt werden soll.

Anklage erhoben

dpa, Bielefeld

Ersatz- und Zubehörsätze im Gesamtwert von nahezu zehn Millionen Mark sollen zwei Handlungsbevollmächtigte innerhalb von zwei Jahren bei der Paderborner Nixdorf Computer AG veruntreut haben. Das Material sei mit Hilfe von zwei Hehlern über Scheinfirmen in Verl (Kreis Gütersloh) und Hellbronn an Interessenten im In- und Ausland verkauft worden. Nach mehr als zehnmonatigen Ermittlungen hat die Bielefelder Schwerepunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität jetzt gegen die vier Männer Anklage erhoben.

Tote bei Wohnhausbrand

AP, Paris

Bei einem Brand in einem fünfstöckigen Wohnhaus in einem Pariser Arbeiterviertel sind in der Nacht zum Mittwoch sieben Menschen ums Leben gekommen und 17 weitere zum Teil schwer verletzt worden. Im Haus wohnten überwiegend Gastarbeiter und Einwanderer. Sechs der Opfer starben nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Hausbewohner, die vor den Flammen aus dem Fenster sprangen, verletzten sich zum Teil schwer.

Vergiftete stach zu

dpa, Paris

Ein 30-jähriger Mann, der in Bagnot bei Paris seine Frau vergiftet hat, ist von der Sterbenden mit dem Messer schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei flüchte der von der französischen Karibikinsel Martinique stammende Franz Jean seiner sieben Jahre älteren Frau Yvette nach einem Streit mit Gewalt ein vergiftetes Getränk ein. Die Frau wehrte sich und konnte ein Messer ergreifen, mit dem sie ihren Mann schwer an Rücken und Gesicht verletzte. Nachbarn fanden die beiden bewußtlos am Boden liegen. Die Frau starb im Krankenhaus.

Hilferuf auf dem Klavier

AP, Frankfurt

Durch kräftiges Einbämmern auf ein Klavier hat ein 44-jähriger Frankfurter versucht, Hilfe zu rufen, die ihn aus einem abgeschlossenen stockdunklen Weinkeller befreien sollte. Dort war er nach durchdringender Nacht aufgewacht. Bei seiner Suche nach einem Lichtschalter fand er lediglich das Klavier. Da niemand seine künstlerische Darbietung beachtete, machte er sich erneut auf die Suche, fand dabei das Telefon und wählte den Polizeinotruf.

Jäger contra Wanderer

AP, Düsseldorf

Eine Einschränkung des allgemeinen Rechts, den Wald zu betreten, hat der Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen gefordert. Wie sein Vorsitzender, Constantin Freiherr Heereman, sagte, werde das Wild durch Jogger, Pilzküher und Wanderer gestört, tagsüber und bei Dämmerung in der Deckung zu verweilen. Dies führe zu erheblichen Schäden in den Rückzugsgebieten der Tiere. Große Probleme bereite den Jägern auch der Zusammenbruch des Marktes für Wildfleisch nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl. Der Preis für Wildfleisch sei infolge der geringeren Nachfrage von zwölf auf fünf Mark gefallen.

ZU GUTER LETZT

„Alle als ‚schadstoffarm‘ eingestuft. Autos brauchen nicht mehr jährlich, sondern nur noch einmal im Jahr zu der Sonderuntersuchung.“ Es stand in der WELT.

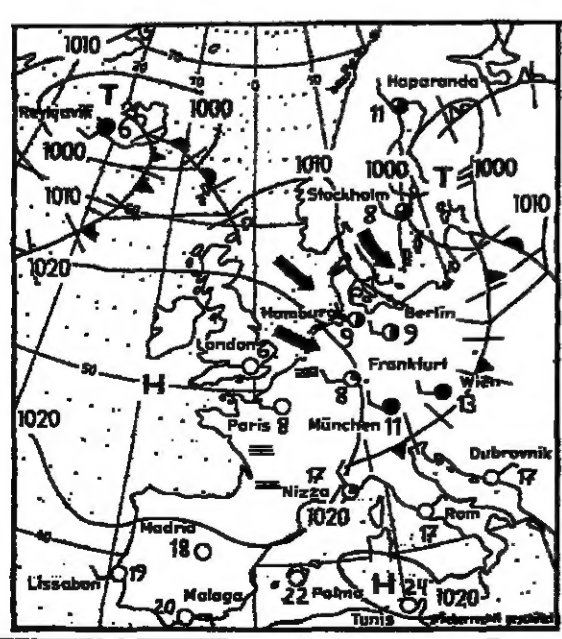
WETTER: Hochdruckeinfluß

Lage: Auf der Rückseite eines nach Polen gezogenen Tiefs fließt kühle Meeresluft nach Deutschland, die von Westen her rasch unter Hochdruckeinfluß gelangt.

Weitere Aussichten: Heiter und trocken. Höchsttemperaturen zwischen 20 Grad im Norden und 25 Grad im Süden.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.40 Uhr; Untergang: 20.00 Uhr; Mondanfang: 7.45 Uhr; Untergang: 20.36 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kasal).

Vorhersagekarte für den 4. Sept., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14. Uhr (MESZ):

Deutschland:	Paris	Flora
Berlin 17	17	22
München 15	15	22
Köln 14	14	22
Düsseldorf 14	14	22
Dortmund 14	14	22
Dresden 14	14	22
Frankfurt 14	14	22
Hamburg 14	14	22
Leipzig 14	14	22
Magdeburg 14	14	22
Münster 14	14	22
Nürnberg 14	14	22
Regensburg 14	14	22
Saarbrücken 14	14	22
Stuttgart 14	14	22
Wuppertal 14	14	22
Zürich 14	14	22
Amsterdam 14	14	22
Brüssel 14	14	22
Lissabon 14	14	22
London 14	14	22
Madrid 14	14	22
Oslo 14	14	22
Stockholm 14	14	22
Warschau 14	14	22
Wien 14	14	22
Zagreb 14	14	22

Information für Studenten.

Sie müssen mehr wissen als andere. Tiefer in die Probleme eindringen. Für die Zukunft denken. Sie brauchen eine Zeitung, die sachlich berichtet. Aktuell informiert. Die pointierte Meinungen zu Wort kommen läßt. Sie brauchen eine Zeitung wie die WELT. Deshalb bieten wir Ihnen ein Vorzugs-Abonnement der WELT.

Das Scheck-Abonnement für Studenten kostet nur DM 19,75. Das Zustell-Abonnement für Studenten kostet nur DM 19,75. (Zum Vergleich: Das Voll-Abonnement der WELT kostet im Inland DM 27,10). Schicken Sie uns den Bestellschein.

DIE WELT
BRANDENBURGER VERLAGS- und DRUCKEREI-GESELLSCHAFT

Hinweis für den privaten Abnehmer: Sie haben das Recht, Ihre Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abbestell-Datum) gemäß schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Bitte ausfüllen und einreichen an: DIE WELT, Vertriebsabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein Ab _____ bestelle ich bis auf weiteres, mindestens für die Dauer _____

des Semesters _____

☐ ein Scheck-Abonnement der WELT zum ermäßigten Preis von DM 19,75 im Monat.

☐ ein Zustell-Abonnement der WELT zum ermäßigten Preis von DM 19,75 im Monat.

Bitte nennen Sie mir eine Abholstelle in _____

Vor- und Zuname/stud./cand. _____

Studienfach _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abbestell-Datum) gemäß schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift